



Integrationsmonitoring für die Landeshauptstadt Kiel

Design und Datenanalyse 2010

Integrationsmonitoring für die Landeshauptstadt Kiel

Design und Datenanalyse

Bericht von:

Prof. Dr. Uta Klein

Fabian Rebitzer, M.A.

Institut für Sozialwissenschaften

Gender Research Group

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

März 2011

Text-Layout, Satz:

Holtener Verlag, Kiel

1.	Einleitung	2
2.	Integrationsmonitoring für Kiel	3
2.1	Was ist Integration – was ist Monitoring?	4
2.2	Wozu Monitoring?	7
2.3	Wie sieht ein Integrationsmonitoring aus?	7
2.4	Was ist möglich – was ist (noch) nicht möglich?	8
3.	Zum vorliegenden Bericht	10
3.1	Aufbau und Methode	10
3.2	Verhältnis zu den Handlungsempfehlungen der Stadt	10
3.3	Problematik der vorliegenden Daten	11
3.4	Achtung: Fallen!	16
4.	Indikatoren und erste Ergebnisse	19
4.1	Demographie und Raum	19
4.2	Arbeitsmarkt und Transfereinkommen	39
4.3	Bildung und Sprachkompetenz	52
4.4	Gesundheit, Vorsorge, Alter und Pflege	79
4.5	Gesellschaftliche Partizipation	91
4.6	Interkulturelle Öffnung	93
5.	Empfehlungen	95
5.1	Allgemeine Voraussetzungen und Empfehlungen für eine zukünftige Berichterstattung	97
5.2	Prüfung: Tauglichkeit der Datengrundlagen	99
5.3	Empfehlung: Konkrete Indikatoren für ein diversitätsorientiertes Integrationsmonitoring	104
6.	Literatur	107

Einleitung

Politische Steuerung heute arbeitet national und international mit Leistungsmessungen, Evaluationen und Monitorings. In vielen Bereichen bemühen sich die Städte und Gemeinden darum, systematische Informationen zur Lebensqualität der Bevölkerung zusammen zu stellen, um gezieltere Grundlagen für die politische Entscheidungsfindung und die Ausgestaltung von Maßnahmen zu haben. So ist es auch für den Bereich Integration/Migration bzw. – wenn man es weiter fasst - Diversity/Vielfalt notwendig, Informationen zu erhalten, um Maßnahmen zur Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt entwerfen und bewerten zu können.

Dieses Ziel setzt sich ein Integrationsmonitoring. Es bezieht sich vor allem – wie jedes kommunale Monitoring – auf solche Bereiche, in denen es um kommunale Aufgaben geht.

Die Landeshauptstadt Kiel hat 2007 die *Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten* vorgelegt. Um eine Datenbasis aufbauen zu können, die es ermöglicht, den Erfolg oder Misserfolg der Handlungsempfehlungen zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu treffen, wurde ein Integrationsmonitoring erforderlich. Es erging der Auftrag an das Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, ein entsprechendes Design zu erarbeiten. Der hier vorliegende Bericht, erstellt von Prof. Dr. Uta Klein (Leitung) und Fabian Rebitzer, M.A., zeigt auf, was ein Integrationsmonitoring leisten soll und kann, welche Kiel-bezogenen Daten in welcher Form vorliegen und welche Datenproblematik auf lange Sicht gelöst werden muss (Empfehlungen). Für einige Bereiche werden erste Zahlen für die vergangenen Jahre und entsprechende Berechnungen vorgelegt, für andere Bereiche werden Indikatoren vorgeschlagen. Das vorliegende Design soll auch Hilfestellung für andere Kommunen in Schleswig-Holstein bieten. Unter anderem wurden dazu die zentralen Aspekte der Empfehlungen auf einer Sitzung der Arbeitsgruppe „Umsetzung des Nationalen Integrationsplans in Schleswig-Holstein“ auf Einladung des Städteverband vorgestellt und diskutiert.

Im folgenden Bericht geht es daher vor allem um Indikatoren und Zahlen - ein Monitoring arbeitet mit Indikatoren. Indikatoren sollten

dabei den Kern eines Problems kennzeichnen, statistisch solide und nicht manipulierbar sein, vergleichbar für verschiedene Einheiten (bspw. Kommunen) gestaltet, zeitnah und „gut messbar“ sein (vgl. Hauser 2002:253). Ein Monitoring ist nicht zu verwechseln mit einem allgemeinen „Integrationsbericht“, der auf einzelne Projekte und Maßnahmen eingeht.

Integrationsmonitoring berührt eine Reihe von ungeklärten und schwierigen Fragen. So können nur Daten ausgewertet werden, die irgendwo erhoben wurden. Dabei zeigt sich zum einen, dass vorliegende Daten häufig nicht vergleichbar und daher nicht verwertbar sind - z.B. wenn bestimmte Zahlen nach „Deutsch“ und „Nicht-Deutsch“ differenziert sind, andere nach der Definition „ohne Migrationshintergrund“ – „mit Migrationshintergrund“.

Gleichzeitig ist die Frage der Datenerhebung der Herkunftskultur überhaupt eine sensible. So ist beispielsweise in den Niederlanden eine „ethnische Registrierung“ ein üblicher Begriff und seit Jahrzehnten ein übliches Vorgehen. In Frankreich dagegen ist es regelrecht verboten, Daten zum Merkmal Herkunftskultur zu erheben.

Wir bedanken uns für die Unterstützung der verschiedenen Ämter bei der Datenrecherche und bei Frau Lawrenz, Referat für Migration und den Mitgliedern des Forums für Migrantinnen und Migranten in Kiel für den Austausch über Ziele des Integrationsmonitorings.



2. Integrationsmonitoring für Kiel

Die Landeshauptstadt Kiel hat 2007 die *Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten* vorgelegt. Sie waren in den Jahren zuvor von einer Lenkungsgruppe erarbeitet worden, die aus den migrationspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Ratsfraktionen, dem Vorstand des Forums für Migrantinnen und Migranten in Kiel sowie je einem Vertreter des AWO-Landesverbandes und des Caritasverbandes bestand. Die Federführung lag beim Referat für Migration des Amtes für Familie und Soziales und mehrere andere Ämter waren in die Erarbeitung einbezogen. Es zeigte sich in der Folgezeit, dass ein Integrationsmonitoring erforderlich sein würde, um eine Datenbasis aufbauen zu können, die es ermöglicht, den Erfolg oder Misserfolg der Handlungsempfehlungen zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu treffen. In den letzten Jahren arbeiten Städte zunehmend an der Erarbeitung solcher Integrationsmonitorings, einige haben dabei bereits erste konkrete Monitorings vorgelegt. Anlässlich der Fachtagung „Von der Multikulturellen Gesellschaft zum Integrationsmonitoring? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsdiskurs“¹, die verschiedene Träger im Januar 2010 in Kiel ausrichteten, befasste sich ein Workshop mit der Problematik der Gestaltung von Integrationsmonitorings.

Im Laufe des Jahres 2010 erging der Auftrag an das Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, ein entsprechendes Design zu erarbeiten. Die verschiedenen Erwartungen und Möglichkeiten eines solchen Designs wurden in verschiedenen Treffen mit der o.a. Lenkungsgruppe und dem Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel diskutiert. So sollten die entsprechenden Daten in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen dargestellt werden, um über die Berichterstattung der Gruppe der Migrantinnen und Migranten hinaus zu gehen. Auch sollten nicht nur Problemfelder der Integration sondern auch erfolgreiche Bereiche ausgewiesen werden. Konsens bestand darin, dass ein Monitoring Daten zur Verfügung stellt, und die

Bewertung und entsprechende Maßnahmen- und Politikgestaltung auf diesen Daten aufbauen, aber nicht Teil eines Monitorings sind. Während der Erstellung des Design waren eine Reihe von Hürden zu meistern, nicht alle Probleme konnten ausgeräumt werden (dazu s. vor allem 3.3). Der hier vorliegende Bericht, erstellt von Fabian Rebitzer, M.A. und Prof. Dr. Uta Klein, zeigt auf, was ein Integrationsmonitoring leisten soll und kann, welche Kiel-bezogenen Daten in welcher Form vorliegen und welche Datenproblematik auf lange Sicht gelöst werden muss (Empfehlungen). Für einige Bereiche werden erste Zahlen und Analysen für die vergangenen Jahre vorgelegt, für andere Bereiche werden – entsprechend einem Design – Indikatoren vorgeschlagen. Der Autor und die Autorin haben versucht, Unzulänglichkeiten vieler Datensammlungen zu vermeiden, die auf mangelnder Differenzierung beispielsweise der „Herkunftsgruppen“ beruhen und die durch mangelnde Kontrolle anderer Variablen wie soziodemografischen Faktoren und/oder soziale Schichtzugehörigkeiten entstehen. Zur Diskussion der vorläufigen Ergebnisse mit der Kieler Öffentlichkeit veranstaltete das Referat für Migration zusammen mit dem Institut für Sozialwissenschaften der CAU am 14.1.2011 eine Tagung. Die Rückmeldungen der gut besuchten Fachtagung wurden für diesen Bericht berücksichtigt.

Zieht man alle Überlegungen, die im Laufe des Projektes mit den verschiedensten Gruppen diskutiert wurden, in Betracht, sollte die Stadt eine Grundsatzentscheidung zur Fortführung eines Monitorings fällen. Hier wird ein Design für ein Integrationsmonitoring und sogleich auch ein erstes Monitoring (2006-2009) vorgelegt. Üblicherweise müsste jetzt entschieden werden, in welchen Zeitabständen – sinnvoll wären u.E. alle zwei Jahre – das Monitoring in Zukunft durchgeführt wird. Es gibt u.E. verschiedene Optionen, in welchem Rahmen dies unternommen wird, die ausführlich in Kap.5 behandelt werden. Vorweggenommen sei hier, dass wir dafür plädieren, zukünftig statt eines Integrationsmonitorings ein „Vielfaltsmonitoring“ oder „Diversitymonitoring“ zu erstellen. In diesem wäre das Integrationsmonitoring auch wieder enthalten. Hinzu kämen allerdings relevante Daten in Hinblick auf demographischen Wandel (Kategorie: Vielfalt),

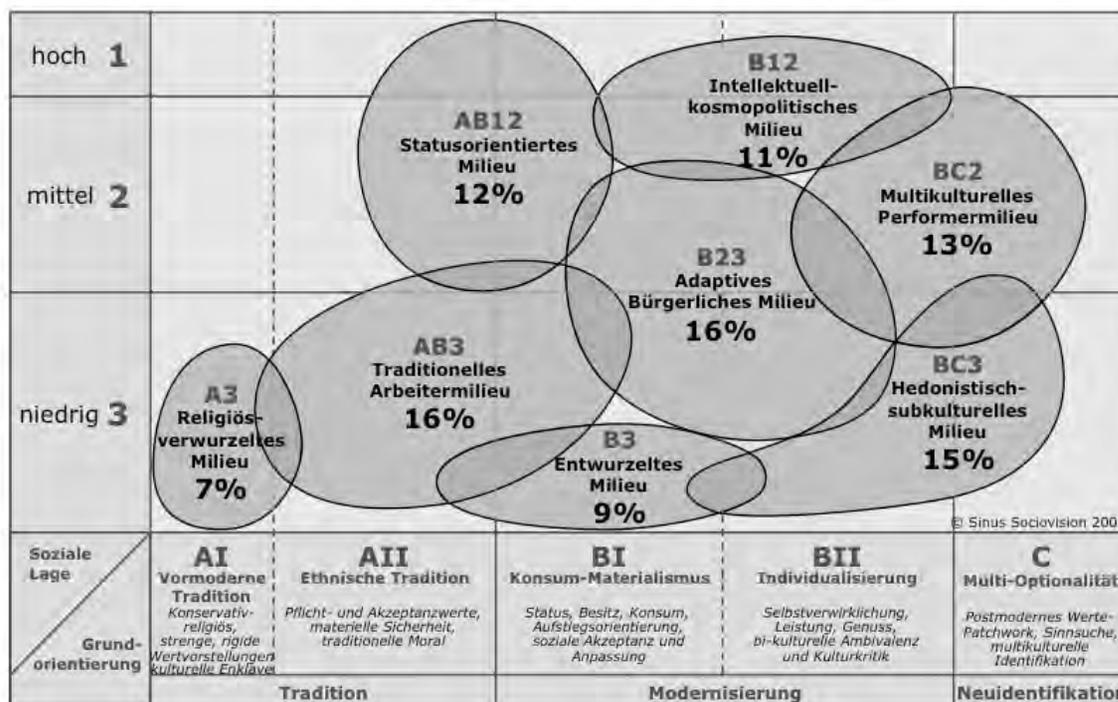
1. Bericht s. unter: http://www.gender.uni-kiel.de/veranstaltungen_intemoni

Integrationsmonitoring für Kiel: Grundsätzliches

in Hinblick auf Gleichstellung (Kategorie: Geschlecht) und in Hinblick auf Inklusion (Kategorie: Behinderung). Dies sind Bereiche, die in Zukunft bedeutender für die Stadtentwicklungsplanung werden als je zuvor. Man würde damit auch der Pluralisierung der Gesellschaft

zwangsläufig immer über einen besseren Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt und zu anderen gesellschaftlichen Bereichen, da sie nicht zuletzt Informationen und Wissen darüber haben, wie es funktioniert. Insofern ergibt sich für die Minderheit eine Notwendigkeit für

Die Sinus-Migranten-Milieus® in Deutschland Soziale Lage und Grundorientierung



gerecht werden, denn wie im vorliegenden Bericht gezeigt, sind die Migranten und Migrantinnen ebenso wenig eine homogene Gruppe wie Menschen mit Behinderungen oder Frauen. Nicht zuletzt wäre hier die wünschenswerte Ressourcenorientierung und Konzentration auf Diversität als Potential umsetzbar.

2.1 Was ist Integration – was ist Monitoring?

Ganz allgemein gesprochen heißt Integration sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sozialer Zusammenhalt setzt eine Teilhabemöglichkeit aller Mitglieder der Gesellschaft voraus. In einer Einwanderungsgesellschaft verfügen Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft

Abb.1: Sinus-Migranten-Milieus® in Deutschland 2008. Quelle: SINUS SOCIOVISION Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland.

Integration. Integration ist dabei generell von zwei Seiten zu leisten. Auf der einen Seite muss die Mehrheitsgesellschaft „willkommen“, d.h. es müssen Zugangsbeschränkungen zu Ressourcen, Diskriminierungen abgebaut werden. Auf der anderen Seite müssen sich Immigranten und ihre Nachkommen Zugänge verschaffen, indem sie beispielsweise die Sprache der Aufnahmegesellschaft erlernen. In der wissenschaftlichen Literatur werden der Begriff der Integration und auch theoretische Modelle zur Integration sehr kontrovers diskutiert. Übereinstimmung besteht dahingehend, dass Integration mit der gleichberechtigten

Teilhabe bzw. Zugang zu relevanten Ressourcen der Gesellschaft einhergeht (vgl. Hinrichs 2003; Treibel 2008). Relevante Ressourcen sind ökonomische, soziale und kulturelle.

Zur Untersuchung von Erfolgen oder Misserfolgen der Integration ist es sinnvoll, verschiedene Prozesse zu differenzieren. Üblicherweise wird zwischen folgenden Dimensionen unterschieden: der strukturellen (z.B. Bildungssystem, Arbeitsmarkt), der kulturellen (z.B. Sprache), der sozialen (Beziehungen, Freundschaften) und der identifikatorischen (Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft) Dimension (vgl. Esser 2000; Heckmann 2001). Diese Dimensionen stehen für die Etablierung wechselseitiger Beziehungen von „Alteingesessenen“ und „Neuankömmlingen“, sie beziehen sich auf die Einstellungen der neuen Akteure zu dem sozialen System, in das sie einwandern und für die Eingliederung in das neue System insgesamt.

Eine soziale Ungleichheit oder eine schlechtere soziale Platzierung von Migrantinnen und Migranten in der Aufnahmegesellschaft liegt dabei auch an ungleichen Ressourcen. In Anlehnung an Pierre Bourdieu (1992) sind sowohl das ökonomische als auch das soziale und das kulturelle Kapital entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg beim Zugang zu gesellschaftlich relevanten Bereichen oder für einen sozialen Aufstieg. Dies trifft für alle Menschen zu, nicht nur für Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte. Alle Menschen müssen Integrationsleistungen vollbringen, indem sie Zugang zu Arbeit, Erziehung und Ausbildung, Politik und Recht finden müssen und sie verfügen über ungleiche Ressourcen dazu. Was ihre individuelle Ausstattung von Nicht-Migranten und -Migrantinnen unterscheidet, ist meist, dass sie die Sprache des Zuwanderungslandes erlernen, dass sie ihr Wissen, ihre Wertvorstellungen und ihre Erwartungen neu ausrichten müssen und dass sie ihre sozialen Beziehungen erweitern müssen, um sich Zugang zu verschiedenen Lebensbereichen zu verschaffen (vgl. Bommes 2007).

Einerseits ist für den Erfolg ihre Ressourcenausstattung entscheidend – sie kann förderlich oder hinderlich sein –, andererseits ist ihr Erfolg durch strukturelle Barrieren eingeschränkt, mangelnde interkulturelle Kompetenzen der Mehrheitsgesellschaft und andere Ausschließungsmechanismen. Hinzu kommt,

dass die Zusammensetzung der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ (s. Definition 3.3) so divers ist, dass sich die Frage stellt, wie sinnvoll es ist, von „den Migrantinnen“, „den Migranten“, „den Ausländern und Ausländerinnen“ zu sprechen. Dies verdeutlicht die Sinus-Studie 2007, die Migranten-Milieus aufgrund der sozialen Lage und der Grundorientierung herausgearbeitet hat (s. Abb. 1)². Dort werden acht Milieus unterschieden und auch wenn man diesen Ansatz nicht teilt, stimmt es, dass die Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in etliche Gruppen zerfällt.

Mit dem Begriff Integration wird Politik gemacht und so „verrät“ eine Gesellschaft in der Debatte über Integrationsprozesse „mehr über ihr eigenes Selbstbild (...) als ihr bewusst sein mag“ (Treibel 2008: 302). So ist es auch verständlich, dass – wegen der missbräuchlichen Verwendung – einige den Begriff Integration am liebsten gar nicht mehr verwenden wollen.

Im vorliegenden Bericht wird Integration vor allem in Hinblick auf die Verfügungsmöglichkeiten über gesellschaftliche Ressourcen wie Bildung, Arbeit, Wohnraum, gesundheitliche Versorgung u.a. verstanden, d.h. als Verwirklichung der Chancengleichheit. Da der Bereich des Arbeitsmarktes nur partiell der kommunalen Zuständigkeit unterliegt, wurden für den vorliegenden Bericht nicht erschöpfend viele Daten verwertet. Durch einige Auswertungen lässt sich partiell zudem etwas über die Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital sagen. Vieles von dem was allgemein unter „kultureller Annäherung“ verstanden werden kann, wird hier nicht erfasst. Gleichwohl ist bekannt, dass gegenseitige kulturelle Annäherungen die sozial-wirtschaftliche Integration fördern können. Beispielsweise korrelieren inter-ethnische Kontakte, wie inter-ethnische Partnerschaftsbildungen mit einem verbesserten Zugang der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu Bildung und Erwerbsarbeit. Dies wird erklärt über die Kraft der sozialen Netzwerke: wer über soziale Netz-

2. Für die Studie wurden 100 mehrstündige Tiefeninterviews mit Migranten unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Alter, Geschlecht und Bildung durchgeführt. Zudem wurden 2.072 Personen befragt, repräsentativ für die definierte Grundgesamtheit ab 14 Jahren ist. Sinus Sociovision, Heidelberg 2008.

Integrationsmonitoring für Kiel: Grundsätzliches

.....

werke in der Aufnahmegesellschaft verfügt, erhält leichter Zugang zu relevanten gesellschaftlichen Bereichen.

Ein **Integrationsmonitoring** soll dabei helfen, die Integrationspolitik besser zu steuern. Integrationsprozesse werden hier empirisch beobachtet und analysiert. Daten sollen eine Grundlage bieten, um politische Entscheidungen auf objektiv gestützten Tatsachen zu ermöglichen.

Leistungsmessung ist bei der Modernisierung des öffentlichen Sektors generell nicht mehr weg zu denken und geht auf die Debatten über „Neue Steuerungsmodelle“ der frühen 90er Jahre zurück (vgl. Kuhlmann 2004). Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung sollte durch eine Steuerung über Ergebnisse gesteigert und eine Transparenz der Wirkungen verstärkt werden. Vor allem bedeutet Messung über Indikatoren eine Orientierung an Ergebnissen und Produkten und unterstützte dabei den Übergang zur Kontrakt-Verwaltungsführung.

In den letzten Jahren ist dabei eine Richtungsänderung eingetreten. Dem gesellschaftlichen Umfeld von Politik und Verwaltung wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt („governance“), nachdem die stark ökonomisch und betriebswirtschaftlich ausgerichteten Reformen als zu reduktionistisch empfunden und kritisiert wurden (vgl. ebd.). Auf der Agenda steht heute die Notwendigkeit eines wirkungsorientierten Politik- und Verwaltungshandeln, das mit Indikatoren arbeitet und das die Möglichkeiten und Grenzen politisch-strategischer Steuerung mit reflektiert³.

Monitorings – als recht neue Verfahren - helfen bei einer kontinuierlichen Berichterstattung und bieten damit eine Grundlage für politische Steuerung. Mit der Hilfe von Informationen, die das Monitoring abbildet, sollen politische Prozesse und Verwaltungsprozesse zielgerichtet gestaltet werden. Ein Monitoring arbeitet mit Indikatoren (Kennzahlen) und misst in regelmäßigen Abständen soziale

Realität. Es ist besonders für den sozialpolitischen Bereich geeignet (d.h. Themen wie soziale Sicherheit, Integration, Gleichstellungsfragen, Chancengleichheit). Es liegt auf der Hand, dass dabei eine Auswahl stattfindet und mit dieser Auswahl immer auch eine Reduktion der Komplexität sozialer Wirklichkeit einhergeht. Daher ersetzt ein Monitoring keine tieferen Analysen. Diese werden begleitend, zusätzlich zu einzelnen Fragen bzw. Themen weiterhin notwendig sein. Handlungsempfehlungen für die Politik sind nicht direkt aus Monitorings ablesbar, sie müssen auf der Grundlage der Informationen, die ein Monitoring bietet, erarbeitet werden.

Monitoring ist keine Evaluation. Eine Evaluation misst und bewertet die Wirkung einzelner Projekte, die meist befristet durchgeführt werden. Monitoring ist auch kein Benchmarking. Ein Benchmarking misst und vergleicht Zielerreichung bzw. -abweichung von einer zuvor festgelegten Zielgröße. D.h. Benchmarking arbeitet immer mit Vergleich, eigene Produkte und Prozesse sollen durch den Vergleich und das Vorbild einer Vergleichsorganisation bzw. -kommune verbessert werden. Auch hier ist das Zusammentragen der Daten notwendig und entsprechend schwierig, aber erst wenn Ziele und Maßstäbe definiert sind.

Ein Monitoring ist auf langfristige Messung angelegt, da sich gesellschaftliche Veränderungen erst langfristig abzeichnen. Seine Anlage und damit auch die sinnvolle Interpretation seiner Ergebnisse ist auf diese Dokumentationen der Entwicklung langfristiger Prozesse hin ausgerichtet. Auch wenn natürlich soweit ausreichend genau analysiert werden muss, dass keine Scheinkorrelationen entstehen, dient ein Monitoring nicht dazu, einzelne Zusammenhänge im Detail zu erklären. Hierzu ist die tiefgründige und differenzierte Analyse eines Themenfelds oder eines Zusammenhangs notwendig.

Es geht hier nicht um einen z.B. interkommunalen Vergleich. **Insofern wurde bei dem hier vorgelegten Design und ersten Zahlen auch auf Vergleichswerte anderer Städte explizit verzichtet.** Gleichwohl kann aber mit einem Monitoring – und das ist auch erklärte Absicht – ein Austausch zwischen kommunalen Akteurinnen und Akteuren vorangetrieben werden.

Ein Integrationsmonitoring, das sich auf eine

3. So verwendet beispielsweise auch die Europäische Union soziale Indikatoren und setzt sie im Rahmen der so genannten „offenen Methode der Koordinierung“ ein, um Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union zu bekämpfen. Informationen dazu unter: <http://ec.europa.eu/social/>

Stadt oder Kommune bezieht, kann sich nur auf Bereiche beziehen, in denen es um kommunale Aufgaben geht. Im Bereich der Integrationspolitik „bewegen sich Kommunen heute zwischen den Vorgaben des Staates und eigenen Bedürfnissen. (...) Im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Abhängigkeit entstehen in Kommunen vielfältige Integrationsprojekte, Initiativen und Programme“ (Baraulina 2007:26). Dabei haben sich die Kosten der Zuwanderung in den letzten zwei Jahrzehnten – wie in anderen Bereichen auch - vom Bund und von den Ländern auf die Kommunen verlagert (vgl. ebd.). Die Kommunen, so auch Kiel, bieten eine Spanne von Maßnahmen an (Jugendhilfe, Beschäftigungsförderung, Gesundheitsprävention, Stadtteilarbeit) und orientieren sich heute an interkulturellen Integrationskonzepten. Es ist deutlich geworden, dass eine einseitige Integrationspolitik, die die einseitige Anpassung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an die Institutionen betreibt, nicht greift und kurzsichtig ist. Stattdessen wird zunehmend mehr Gewicht darauf gelegt, dass die Institutionen ihrerseits lernen, mit Heterogenität umzugehen, sei es in ihrer eigenen Belegschaft, sei es hinsichtlich ihrer Klientel.

2.2 Wozu Monitoring?

Mit einem Monitoring sollen soziale Prozesse kontinuierlich langfristig beobachtet werden, um eventuelle Fehlentwicklungen erkennen zu können und – nach entsprechenden politisch-administrativen Entscheidungen – entsprechende Maßnahmen zu verändern oder neu konzipieren zu können. Oben wurde bereits ausgeführt, inwiefern die Notwendigkeit solcher strategischer Steuerung für die Kommunen wächst. Auch für die Integrationspolitik, die letztlich ein Querschnittsthema der Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Gleichstellungspolitik ist, gilt:

„Die Entscheidungsprozesse im öffentlichen Bereich werden durch zunehmende Komplexität der Problemlagen und durch verschiedene Interdependenzen immer schwieriger. Gleichzeitig verläuft der Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Bürgerschaft stetig rascher, wodurch Anpassungen immer schneller erfolgen müssen. Dieser Wandel und die Komplexität erfordern

eine Strategische Steuerung, in der Ziele und Prioritäten gesetzt werden“ (Pröhl 2006: 10).

Ein Monitoring macht nur Sinn, wenn es in einen größeren Rahmen eines Konzeptes eingebettet ist, in diesem Falle eines Integrationskonzeptes. In einem solchen Konzept muss bereits ein Leitbild entwickelt worden sein. Ein Monitoring bietet keinen Ersatz für Integrations- oder Vielfaltspolitik, sondern macht nur Sinn, wenn ein entsprechendes Konzept besteht, in das Monitoring dann als ein Instrument zur „Dauerbeobachtung“ eingebunden ist. Während es bei einem Konzept im sozialen Bereich generell letztendlich – allgemein gesprochen - um die Verbesserung von Lebensqualität geht, in unserem Fall im Kontext von Migration und Vielfalt, gilt es, mit einem Monitoring die Lebenslage von Menschen zu erfassen. Gleichzeitig sollte ein Monitoring weitgehend allgemeinverständlich sein. Zielgruppe sind nicht ausschließlich die (statistischen oder migrations-/sozialpolitischen) Fachleute, sondern alle kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteure und die breite Öffentlichkeit.

2.3 Wie sieht ein Integrationsmonitoring aus?

Auf *Bundesebene* wurde erstmals Mitte 2009 ein so genannter „Erster Integrationsindikatorenbericht“ vorgelegt. In diesem ging es um die Erprobung eines Indikatorensets und er enthält, erarbeitet von Forschungsinstituten, eine Reihe von Vorschlägen zur Modifizierung und Weiterentwicklung zur Fortschreibung eines Integrationsmonitorings für die Zukunft. Der Indikatorenbericht weist 100 Indikatoren in 14 Handlungsfeldern vor und stützt sich überwiegend auf Daten der Jahre 2005 bis 2007. Er verwendete Daten der amtlichen Statistik und thematischer Surveys, soweit sie bundesweit erhoben wurden.

Auf *Landesebene* wurde in Berlin 2006 ein Monitoring entwickelt, das in ein Integrationskonzept des Landes eingebettet ist. Die Länder haben sich 2008 für ein Integrationsmonitoring ausgesprochen. Zugleich haben sie eine Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ unter der Leitung Berlins und Nordrhein-Westfalens beschlossen, um eine einheitliche Definition des Merkmals „Migra-

Integrationsmonitoring für Kiel: Grundsätzliches

tionshintergrund“ zu erarbeiten und Indikatoren abzustimmen. In einer Pilotstudie wurde ein erster Indikatorensetz vorgestellt⁴. Dabei wird deutlich, dass für eine Reihe von Kennzahlen keine ausreichende Datenbasis zur Verfügung steht und auch, dass keine einheitliche Definition des Merkmals „Migrationshintergrund“ verwendet wird. Die länderübergreifende Auswertung soll zukünftig alle zwei Jahre fortgeschrieben und aktualisiert werden.

Auf *kommunaler Ebene* führte Wiesbaden als erste deutsche Stadt ein „Monitoring zur Ausländerintegration“ ein (2005). Dieser Datenbericht wird jährlich vorgelegt⁵. 26 Indikatoren zu elf Bereichen werden angeführt: (1) Rechtliche Integration, (2) Bildungssystem, (3) Arbeitsmarkt, (4) Wohnungsmarkt, (5) Werteanäherung, (6) Spracherwerb, (7) Gesundheit, (8) Aufenthaltsdauer u. Bleibeabsicht, (9) multikulturelles Zusammenleben, (10) Sozialkontakte, (11) Einbürgerungen.

Es folgten Stuttgart und Essen, deren Integrationsmonitorings auf der Grundlage einer „Vorlage“ des Initiativkreises der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) erarbeitet wurde. In Frankfurt wurde ab 2007 ein Integrationsmonitoringskonzept entwickelt. Inzwischen verfügen neben Wiesbaden, Stuttgart, Essen und Frankfurt auch die Städte Aachen, Bochum, Hannover, München, Osnabrück, Saarbrücken, Solingen, Wuppertal und der Landkreis Osnabrück über eigene Monitorings.

Der Schwerpunkt bisheriger Monitorings liegt auf strukturellen Integrationsaspekten. Es finden sich fast immer Daten zu Rechtsstatus und Aufenthaltsdauer, zur Staatsangehörigkeit und Einbürgerung, zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktteilnahme von Migrantinnen und Migranten. Häufig, gerade auf Landes- und Bundesebene auch Daten zu Einkommen und Armutsrisiko. Hingegen finden sich kaum Daten zu kultureller oder identifikatorischer

Integration (vgl. 2.1). Zu diesen Fragen ist es schwierig, geeignete Indikatoren aufzustellen. Die Schwierigkeit eines Integrationsmonitoring liegt darin, dass Indikatoren aus verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Demographie usw. gebildet werden müssen und die entsprechenden Daten umso schwieriger zu erhalten sind, um so kleiner die geographische Einheit wird. So lassen sich für deutschlandweite Untersuchungen viele Daten finden, für die Länderebene auch noch recht gut. Auf kommunaler Ebene dagegen liegen Daten in unterschiedlichen Ämtern vor und basieren nicht auf den gleichen Definitionen. Die Daten müssten, um sinnvolle Aussagen machen zu können, vergleichbar sein, sind es aber fast nie (dazu vgl. Kap. 3.3). Dies trifft nicht nur auf Migrationsfragen zu, sondern auf alle Bereiche, die eine Querschnittsaufgabe darstellen – beispielsweise auch Geschlechtergleichstellung⁶.

2.4 Was ist möglich – was ist (noch) nicht möglich?

Die Aufgabe eines Monitorings ist es, möglichst objektiv, also unvoreingenommen, wertneutral und deutungs offen eine spektral breite, jedoch übersichtliche Datengrundlage zu schaffen, auf Basis derer sich Fragen aufwerfen und Hypothesen erstellen, Problemfelder und Handlungsprioritäten diskutieren und Felder für tiefergehende Forschung identifizieren lassen. Analytisch sollte gesichert sein, dass die Ergebnisse belastbar sind.

Dafür ist ein Monitoring auf verwertbare Daten angewiesen. In der Regel liegen diese Daten bei der Stadt vor, in einigen Fällen auch bei den Statistikämtern der Länder. Verwertbar heißt in diesem Zusammenhang auch vergleichbar und dies ist die größte Hürde für den Aufbau eines Integrationsmonitorings auch für Kiel (vgl. 3.3).

Ein Problem für die kommunale Ebene ist es, dass bundesweite Surveys, die interessante Daten liefern könnten wie beispielsweise der Mikrozensus nicht auf die kommunale Ebene herunter gebrochen werden können, da die Grundgesamtheit zu gering ist. Zusätzliche Daten, beispielsweise Befragungen der Kieler Bewohner und Bewohnerinnen, standen

4. Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren (IntMK): Ergebnisse der Pilotstudie Indikatorenentwicklung und Monitoring 2005 – 2008 für die Länder Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg. Berlin, Februar 2010.

5. Die Entwicklung fand im Rahmen des europäischen Projektes Indicators of Immigrant Integration statt.

6. Daher auch unsere Empfehlung Kapitel 5.3.

für unseren Bericht nicht zur Verfügung. Die letzte vorliegende Befragung stammt aus dem Jahr 2006. **Wünschenswert wäre eine erneute Durchführung, die das Kriterium Migrationshintergrund berücksichtigt.** Vergleichbare Städte führen Bürgerbefragungen zumeist im Zwei-Jahres-Abstand durch. In Frankfurt konnte die jährlich durchgeführte „Bürgerbefragung“, eine Stichprobenbefragung, teilweise für das dortige Monitoring verwertet werden. Allerdings war auch hier die Möglichkeit aufgrund der geringen Fallzahl, wie auch bei den Daten des Mikrozensus, begrenzt.

Bedacht werden muss auch, dass die verwendeten Daten für ein Monitoring repräsentativ für die Kieler Bevölkerung sind und regelmäßig über einen langen Zeitraum erhoben werden müssen. Daten aus Projekten mit nicht repräsentativen Teilnehmendenzahlen oder einer nicht repräsentativen Teilnehmendenzusammensetzung können ebenso wenig berücksichtigt werden, wie Daten aus einmaligen, nicht dauerhaften oder unregelmäßigen Erhebungen, Befragungen oder Projekten. Insofern enthält der vorliegende Bericht auch an einigen Stellen Empfehlungen für die Erhebung neuer, zusätzlicher Daten – die allerdings in Zukunft regelmäßig erhoben werden müssten.

Zum vorliegenden Bericht

.....

3. Zum vorliegenden Bericht

Unsere Aufgabe war es, ein Design für ein Integrationsmonitoring zu entwickeln. D.h. zu analysieren, welche Daten zur Bevölkerung der Stadt Kiel vorliegen, auf welchen Grundlagen sie beruhen, und zu prüfen, inwieweit sich diese Statistiken für ein regelmäßiges Monitoring eignen. Zudem wurden für verschiedene Handlungsfelder oder Themenbereiche Indikatoren entworfen, die für die Zukunft Aufschluss zu Fragen geben können und eine politische Steuerung von Maßnahmen und Entwicklungen erleichtern. Auf dieser Grundlage haben wir bereits Werte für die vergangenen Jahre angeben können. Gleichwohl darf der vorliegende Bericht nicht mit einem Integrationsbericht zu einem bestimmten Jahr oder für einen bestimmten Zeitraum verwechselt werden. Hier geht es ausschließlich um „Zahlen“. Die vielen Projekte, Maßnahmen und anderen Aktivitäten, die von verschiedenen Seiten in Kiel zu Integration durchgeführt wurden und werden, sind nicht beschrieben oder dargestellt.

Ein wesentlicher Teil des Designs sind Empfehlungen und Beispiele, um Missverständnisse oder Fehlinterpretationen der Statistik vorzubeugen. **Und schließlich werden wir am Schluss begründen, warum unserer Ansicht nach in Zukunft eine Zusammenfassung der Bereiche Soziales, Bildung, Gleichstellung und Integration als Monitoring im Sinne eines Vielfaltsberichts überlegt werden sollte.**

3.1 Aufbau und Methode

Nachdem die Grundlagen des Monitorings zuvor dargestellt wurden und dieses Kapitel Handlungsempfehlungen und die Datenproblematik für die Stadt Kiel vorstellt, geht Kapitel 4 auf das Indikatorenset für die jeweiligen Bereiche/Themen ein. Angelehnt (leicht modifiziert) an die *Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten* wird auf sechs Themenfelder bzw. Bereiche eingegangen. Nicht für alle werden bereits Daten vorgestellt, sondern teils eine Empfehlung für Indikatoren gegeben. In Einzelfällen werden existierende Daten möglichst anschaulich dargestellt – in der Regel beginnend mit dem Jahr 2006 - und in einigen Fällen wurden Datenanalysen durchgeführt. So können

sozialstrukturelle Faktoren auch im Kontext identifiziert werden. Damit unterscheidet sich der vorliegende Bericht von fast allen bisherigen kommunalen Monitorings. Diese verzichteten auf Analysen, sondern verfahren lediglich deskriptiv.

Erst mit einer Analyse lassen sich bestimmte Zusammenhänge heraus arbeiten – beispielsweise Unterschiede der verschiedenen Herkunftsgruppen, Zusammenhänge zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit und Herkunft. So fordert auch der Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration eine solche „ausgewogene Verschränkung von Aussagen über Herkunftsgruppen und Sozialmilieus“ (Sachverständigenrat 2009: 2), die in der Praxis jedoch fast nie vorgenommen wird. Dort, wo wir es für hilfreich hielten, werden darüber hinaus bestimmte Definitionen nochmal hervor gehoben. Auch wird hier und da weiterer Forschungsbedarf aufgewiesen, teils geeignet für Einzelanalysen im Rahmen von Examensarbeiten.

3.2 Verhältnis zu den Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten

Wie oben dargestellt, macht ein (Integrations-) Monitoring nur Sinn, wenn es ein dazu gehörendes (Integrations-)Konzept gibt. In diesem werden Ziele und Leitlinien der Integrationspolitik definiert bzw. beschrieben. Solche Leitlinien finden wir in den *Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten* der Landeshauptstadt Kiel.

Sie definieren folgende Themenbereiche, für die Integrationsfragen relevant sind: Interkulturelle Bildung und Erziehung (Elementarbereich, Schule, Sprachförderung für Erwachsene, Religiöse Belange); Jugend und Ausbildung; Gesundheit, Seniorinnen und Senioren; Wohnen und Wohnumfeld; Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste sowie Förderung der Selbstorganisation und Partizipation).

Im vorliegenden Bericht sind die Themenfelder der Handlungsempfehlungen enthalten, teils jedoch etwas verändert geordnet.

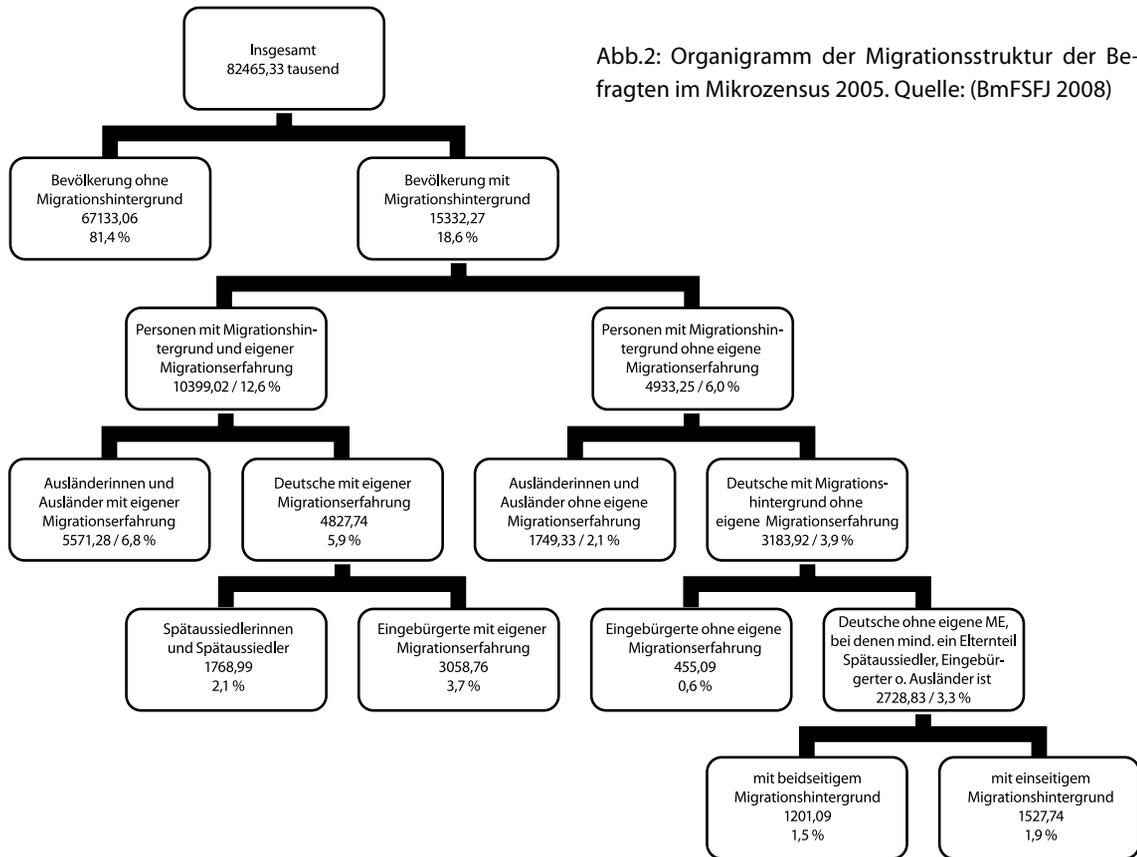


Abb.2: Organigramm der Migrationsstruktur der Befragten im Mikrozensus 2005. Quelle: (BmFSFJ 2008)

Unterschieden wird nach den Bereichen:

- ▶ Demographie und Raum
- ▶ Arbeitsmarkt und Transfereinkommen
- ▶ Bildung und Sprachkompetenz
- ▶ Gesundheit, Vorsorge, Alter und Pflege
- ▶ Gesellschaftliche Partizipation
- ▶ Interkulturelle Öffnung

Ein Problem stellt die Definition des Merkmals „Migrationshintergrund“ dar, worauf im folgenden Abschnitt eingegangen wird. Die Vorgabe des Landes Schleswig-Holstein, die sich in den Handlungsempfehlungen der Stadt wiederfindet, ist für eine Verwendung deutlich zu umfassend, da keine temporäre Beschränkung stattfindet und keine Generationenbeschränkung seitens der Elterngeneration. Das vorliegende Monitoring musste eine andere Definition verwenden.

3.3 Problematik der vorliegenden Daten

Im Zuge der Erarbeitung des Designs zeigte sich eine Fülle von Problemen mit den vorlie-

genden Daten. Vielfach trifft man in den Institutionen auf Quellen,

die den Begriff Migrationshintergrund noch überhaupt nicht nutzen, sondern lediglich nach der zum Meldezeitpunkt vorhandenen Staatsangehörigkeit unterscheiden,

die den Begriff ohne vorherige Aufklärung über die Definition der Selbstausskunft von Personen oder der Interpretation durch untergeordnete, mit der Datenerhebung beauftragte Institutionen überlassen und daher auch bei vorliegender Definition deren exakte Einhaltung bei der Erhebung nicht garantieren können,

die entsprechend ihrer Bedürfnisse eingeschränkte oder abweichende Definitionen oder Merkmalskonstrukte verwenden, die nur indirekt oder unzuverlässig auf Migrationshintergrund verweisen, (bspw. das Kriterium des Deutschen als nicht dominanter Sprache in der Familie).

Zum vorliegenden Bericht

Quelle/Amt	Verwendete Definition
Statistisches Bundesamt 2005	Migrationshintergrund weisen auf : Alle Ausländerinnen und Ausländer, alle über die Grenzen Deutschlands zugewanderten Personen, sofern sie nicht eindeutig als Flüchtlinge und Vertriebene während und nach dem Zweiten Weltkrieg zu identifizieren sind, sowie alle Personen mit mindestens einem ausländischen, zugewanderten oder eingebürgerten Elternteil.
Mikrozensusauswertung Nordrhein-Westfalen	Migrationshintergrund liegt vor, wenn es sich um Ausländerinnen und Ausländer handelt, um ab dem 1.1.1950 zugewanderte Personen sowie deren Kinder.
Kinder- und Jugendhilfestatistik	Migrationshintergrund weist ein Kind dann auf, wenn mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde.
Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein. Juni 2002. (So auch in den Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel)	„Als Migrantin oder Migrant werden unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit alle Personen mit einem Migrationshintergrund bezeichnet. Neben staatenlosen Personen und Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit fallen hierunter auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder dem Status eines Deutschen nach Art. 116 des Grundgesetzes mit Migrationshintergrund. Rechtsstatus, Dauer des Aufenthaltes und Geburtsort sind insoweit nicht entscheidend. Personen mit derartigem Migrationshintergrund sind beispielsweise ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Kinder, auch wenn sie in 2. oder 3. Generation hier geboren sind und unabhängig davon, ob sie aus den sog. „Anwerbeländern“ kommen, sonstige EU-Bürgerinnen und Bürger, nachgezogene Familienangehörige von Ausländerinnen und Ausländern oder Deutschen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Angehörigen, andere Eingebürgerte, Kinder aus binationalen Beziehungen, jüdische Emigrantinnen und Emigranten, Asylberechtigte, Asylbewerberinnen und Asylbewerber, (Bürger-)Kriegsflüchtlinge und Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthalt aus verschiedenen Gründen nicht beendet werden kann, oder ohne Papiere.“
Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein	Migrationshintergrund weisen alle Personen auf, die Ausländer/-innen sind, nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind, eingebürgert wurden oder mindestens ein Elternteil haben, auf das eines dieser Merkmale zutrifft.
Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen, Abteilung 05.3 – Statistik (LH Kiel)	Migrationshintergrund weisen alle Personen auf, die nicht die deutsche oder neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch selbst nach 1949 eingewandert oder eingebürgert worden sind oder die mindestens ein Elternteil aufweisen, das ausländischer Staatsangehörigkeit ist, selbst eingewandert ist oder eingebürgert wurde, wobei der Migrationshintergrund über die Eltern lediglich bis zur Volljährigkeit des Kindes erfasst wird.
Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen bzgl. Schulen (LH Kiel)	Weitgehend kein Migrationshintergrund erfasst, sondern Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit. Soweit Migrationshintergrund vorliegt, liegt er in Daten der Schulen selbst vor. Das Amt verwendet folgende Definition: Schüler/-innen mit Migrationshintergrund besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, sind jedoch selbst eingewandert oder haben mindestens ein eingewandertes Elternteil oder eine/n eingewanderte/n Erziehungsberechtigte/n.
Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen bzgl. Kinderbetreuungseinrichtungen der Landeshauptstadt Kiel	Migrationshintergrund indiziert über überwiegend gesprochene Sprache des Kindes (einsprachig, zweisprachig, nach Sprache)
Gesundheitsamt (LH Kiel)	Migrationshintergrund indiziert über Herkunftsgebiet der Eltern sowie überwiegend gesprochene Sprache in den ersten 4 Lebensjahren des Kindes.

Quelle/Amt	Verwendete Definition
Bundesagentur für Arbeit	kein Migrationshintergrund, Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit
Polizeikriminalstatistik	kein Migrationshintergrund, Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit
Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes (Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung – MighEV) vom 29. September 2010 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn 1. die Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder 2. der Geburtsort der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder 3. der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteiles in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.

Nur wenige Daten liegen in einer Weise vor, die (mit Einschränkungen) eine fundierte Analyse ermöglichen, wozu insbesondere die Kontrolle von Drittvariablen gehört, die Unterschiede zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund durch andere Einflussfaktoren erklären könnten. Oftmals liegen aggregierte Daten vor, die den Zusammenhang zwischen Migrationsstatus und einer Variable bestenfalls kreuztabellarisch, teils auch gar nicht analysierbar, sondern lediglich mittels Prozentzahlen beschreibbar machen.

Insbesondere ist auch die kontrollierte Analyse von Zusammenhängen zwischen Variablen, die in unterschiedlichen Datensätzen erfasst sind, nicht möglich.

Unterschiedliche Definitionen und Erfassung des Merkmals Migrationshintergrund

Ein Grundproblem stellt die unterschiedliche Definitionen und Erfassung des Merkmals Migrationshintergrund dar. Die Merkmale

- ▶ keine deutsche Staatsbürgerschaft,
- ▶ ausländischer Geburtsort in Verbindung mit Immigration,
- ▶ erfolgte Einbürgerung,
- ▶ Binationalität
- ▶ Migrationsstatus mindestens eines Elternteils

werden teils in unterschiedlicher Ausprägung und Kombination für die Definition von Migrationshintergrund verwendet, so dass entsprechende Daten auf unterschiedliche Grundgesamtheiten referieren. Generell gibt es in Deutschland das Problem, dass in der Regel nur differenziert wird zwischen „Deutsch“

– „Ausländer/Ausländerin“, d.h. das Merkmal Staatsangehörigkeit wird erfasst. Dies wird auch in einigen Statistiken der kommunalen Ämter praktiziert. 2005 wurde durch den Mikrozensus⁷ eine Art Konstrukt geschaffen: der „Migrationshintergrund“. Diese Definition dient seitdem als Orientierung, da sie einerseits differenziert ist und andererseits eine stabile Datenbasis darstellt. Es handelt sich hier um die Zusammenfassung verschiedener Menschen zu einer Gruppe:

- ▶ ausländische Staatsangehörige (Kriterium: Staatsbürgerschaft),
- ▶ deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund, diese sind:
 - Spätaussiedler/innen,
 - Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung besitzen⁸,
 - Kinder von Zuwanderern ausländischer Staatsangehörigkeit, die bei Geburt zuzätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (zweite Generation),
 - Personen, bei denen mindestens ein Elternteil ausländischer Staatsangehörigkeit oder Spätaussiedler/in ist oder die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung besitzt (zweite Generation).

7. Der Mikrozensus ist eine Haushaltsbefragung, der mit einer Stichprobengröße von 1% der Bevölkerung arbeitet. Damit stellt er die größte repräsentative Haushaltsbefragung in Deutschland dar.

8. Dieses Kriterium bezieht sich nach dem Mikrozensus auf nach dem 1. Januar 1950 Zugewanderte. Wer im Ausland geboren ist und bereits vor diesem Stichtag eingewandert ist, weist demnach keinen Migrationshintergrund auf. Hierdurch sollen die Kriegsvertriebenen aus der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ausgeschlossen werden. Allerdings existieren in verschiedenen Quellen auch unterschiedliche Stichtage, in der Regel zwischen dem 01.01.1949 und dem 01.01.1955.

Zum vorliegenden Bericht

.....

Danach machen Ausländer und Ausländerinnen sowie Deutsche mit Migrationshintergrund in ganz Deutschland 19 Prozent der Bevölkerung aus (15,3 Millionen). Die Deutschen mit Migrationserfahrung sind dabei mit knapp 10 Prozent die Mehrheit aller Personen mit Migrationshintergrund.

Wie differenziert die Gruppe derjenigen „mit Migrationshintergrund“ betrachtet werden muss, zeigt das Organigramm zur Migrationsstruktur der Befragten im Mikrozensus 2005 (Abb.2).

Wer Migrationshintergrund aufweist, wäre demnach Ausländer, eingewandert, eingebürgert oder hätte mindestens ein Elternteil, auf das diese Merkmale zutrifft. Insgesamt bedeutet dies, die Unterscheidung Deutsch versus Migrationshintergrund ist keinesfalls zulässig, denn alle aus den o.g. Gruppen sind Deutsche, sofern sie deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Verwendet wird in den Fällen, in denen Daten nach der obigen Definition des Mikrozensus vorliegen, die Unterscheidung zwischen „Menschen/Personen mit Migrationshintergrund“ und „Menschen/Personen ohne Migrationshintergrund“.

Diese Definition verwenden Ämter der Stadt Kiel jedoch kaum, wie sich übrigens auch die Bundesländer erst Ende 2008 auf eine gemeinsame Definition geeinigt haben (vgl. Übersicht) und erst Mitte 2009 einen Katalog gemeinsamer Indikatoren erstellt haben. Da es verschiedene Bezugsgrößen gibt, können die Daten dadurch nur begrenzt bzw. gar nicht miteinander verglichen werden. Viele Monitorings basieren daher auf der Grundlage des Vergleichs zwischen „Deutsch“ und „Ausländer/Ausländerin“ bzw. „Nicht-Deutsch“. **Es wird auf Dauer die größte Herausforderung sein, die amtlich erhobenen Daten und Statistiken an eine einheitliche Definition anzupassen.** Dabei ergibt sich dann das Problem, dass u.U. neuere mit älteren Daten nicht mehr verglichen werden können. Insofern ist jeweils zu diskutieren, wann das Merkmal „Migrationshintergrund“ entscheidend ist und wann nicht.

Wird nur nach Staatsangehörigkeit geschaut, leben in der Stadt Kiel im Jahr 2009 19151 Ausländerinnen und Ausländer. Dies ist weniger als die Hälfte derjenigen mit Migrationshin-

tergrund (nach unserer Rechnung 43658 Personen, das sind 18.6 % der Kieler Bevölkerung, vgl. Kap. 4.1). Als Problem kommt hinzu, dass in der Bevölkerungsstatistik aus rechtlichen Gründen die Erfassung des Merkmals Migrationshintergrund ausschließlich über die Eltern (als ein Kriterium für Migrationshintergrund) lediglich für Minderjährige erfasst und spätestens mit Volljährigkeit der Betroffenen gelöscht wird. Das hat zur Folge, dass die entsprechenden Menschen von einem Tag zum anderen, allein aufgrund ihres fortschreitenden Alters ihren Status wechseln. Wiesen sie bis dato noch Migrationshintergrund auf, tun sie das im nächsten Moment nicht mehr. Dies widerspricht der Definition des Mikrozensus und lässt zudem eine korrekte Analyse nicht mehr zu. Es wäre nicht korrekt, für eine Analyse des Integrationsstandes lediglich auf die erste Generation zu referieren und das Kriterium (Migrationshintergrund der Eltern) nicht gelten zu lassen. Es entstünden systematische Fehler: Gesetzt den Fall, es bestehe in einem Merkmal ein signifikanter Unterschied zwischen den Menschen mit und den Menschen ohne Migrationshintergrund, aus dem sich ableiten ließe, dass in diesem Merkmal eine mangelhafte Integration vorliege. Steht in diesem Fall die zweite Generation in ihrer Charakteristik dieses Merkmals der Gruppe ohne Migrationshintergrund näher, dann erscheint der als Integrationsindiz betrachtete Unterschied zwischen den Gruppen trotz der Annäherung der zweiten Generation und damit einer gelückten Integration größer. Steht die zweite Generation jedoch in ihrer Charakteristik des Merkmals der Gruppe mit Migrationshintergrund näher, fällt der Unterschied geringer aus, obgleich im Vergleich zum anderen Fall de facto eine schlechtere Integration der zweiten Generation vorläge.

Weiterhin muss bei Statistiken, die den Begriff „Migrationshintergrund“ verwenden und eine Definition anbieten, hinterfragt werden, wie die Daten zustande gekommen sind. Teilweise werden die Daten nicht zentral von einer statistikführenden Institution erhoben, sondern von ausführenden Stellen, die mit den Menschen arbeiten, beispielsweise in Schulen. In einem solchen Fall kann nicht garantiert werden, dass die vor Ort erhebenden Personen über die exakte Definition der Behörde instruiert sind, bzw. dass diese auch Anwen-

dung findet und die Daten nicht über frei definierbare Selbstauskunft im Sinne von „Haben Sie Migrationshintergrund?“, einer unzulässig verkürzten Abfrage im Sinne von „Woher kommen Deine Eltern?“ oder gar nach Augenschein und Akzent erhoben werden.

Nicht vergleichbare Grundgesamtheiten

Nochmal schwieriger (s. auch Kapitel 3.4) wird es, wenn weitere Kriterien wie Alter nicht einheitlich verwendet werden (z.B. zu unterschiedlichen Gruppen zusammen gefasst sind) oder gar nicht zur Verfügung stehen, wie in manchen Fällen sozio-ökonomischer Status der Bevölkerung. Zu vielen Fragestellungen existieren keine Daten zum sozialen oder ökonomischen Hintergrund der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, um die es geht.

Für die statistische Auswertung stellt es auch ein Problem dar, wenn Daten entweder als Individualdaten, als aggregierte Daten und im Extremfall als bloße Gegenüberstellung zweier Prozentzahlen vorliegen. Das volle Spektrum der Analysemöglichkeiten ergibt sich nur auf Basis von Individualdaten in einem einzigen Datensatz. Dann lassen sich multivariate Analysen ausfertigen, die auf bestimmte Faktoren kontrollieren. Der Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Wohnort könnte somit beispielsweise unter Kontrolle der Faktoren Alter, Erwerbstätigkeit, Einkommen und Bildungsstand erfolgen. Liegen jedoch zwei unterschiedliche Datensätze mit Individualdaten vor, können keine Signifikanzen oder Korrelationen mehr datensatzübergreifend berechnet werden, da die Einzelfälle in den jeweiligen Datensätzen nicht identifiziert und einander zugeordnet werden können. Dann ist auch keine Kontrolle auf Faktoren möglich, die im jeweils anderen Datensatz enthalten sind.

Auf bivariate statistische Abhängigkeit beispielsweise mittels Chi-Quadrat kann zumindest noch bei hierarchisch angelegten aggregierten Personendaten getestet werden, wenn also aufgrund von Unterdifferenzierungen eine Kreuztabelle erstellt werden kann. Es könnte beispielsweise auf einen Zusammenhang des Merkmals ‚Stadtteil‘ und des Merkmals ‚erfolgreiche Schulabgänger nach Schularten‘ getestet werden, wenn für jeden Stadtteil die einzelnen Zahlen der Schularten vorlä-

gen, also Prozentangaben oder absolute Zahlen in $n \times m$ Feldern für n = Zahl der Stadtteile und m = Zahl der Schularten. So wäre herauszufinden, ob in bestimmten Stadtteilen die Verteilung der Abgänger über die Schularten anders ausfällt, als in anderen Stadtteilen.

Dies funktioniert allerdings nicht mehr mit einfachen, nicht unterdifferenzierten aggregierten Daten aus zwei unterschiedlichen Tabellen, die nur einmal Auskunft über die Verteilung der Abgänger über die Stadtteile ohne Differenzierung nach Schularten und zum anderen Auskunft über die Verteilung der Abgänger über die Schularten ohne Differenzierung nach Stadtteilen geben. Dies wären dann nicht mehr $n \times m$, sondern lediglich $n+m$ Felder, die Informationen über die Faktoren sind nicht mehr verschränkt. Aus der Betrachtung dieser beiden Tabellen lassen sich rechnerisch keine Zusammenhänge mehr ableiten. Gleiches gilt für mehrere Datensätze mit Individualdaten, deren Einzelfälle einander nicht zugeordnet werden können.

Räumliche Abgrenzung von Grundgesamtheiten

Eine ähnliche Problematik ergibt sich aus der räumlichen Abgrenzung von Grundgesamtheiten. Während bspw. zur Analyse der demographischen Situation eine feingliedrige Untergliederung anhand statistischer Bezirke und damit eine klare Abgrenzung der Kieler Bevölkerung möglich ist, sind bspw. Daten zum Bildungserfolg, gemessen in Schulabgängern, nicht nach Wohn-, sondern nach Schulort differenziert. Dies impliziert auch, dass in den Daten Schüler enthalten sind, die ihren Wohnort nicht in Kiel, sondern in den Landkreisen Rendsburg-Eckernförde oder Plön haben, den Daten liegt also auch hier eine andere Grundgesamtheit zugrunde.

Fehlende Daten

Ein letztes erhebliches Problem ist folgendes: Dort wo keine Daten vorliegen, kann auch nicht ausgewertet werden. In der Einleitung wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Frage der Datenerhebung in Hinblick auf Herkunftskultur überhaupt eine sensible ist.

Zum vorliegenden Bericht

Das „ethnic monitoring“, wie es auch genannt wird, kann auch sehr kritisch gesehen werden. Wir sollten uns schließlich auch klar machen, dass die Daten grundsätzlich rudimentär sind und bestimmte Gruppen nicht erfassen. „Menschen ohne Papiere“, unregistrierte Flüchtlinge beispielsweise, gehören zwar sowohl per definitionem als auch dem Sinn nach zu den Menschen mit Migrationshintergrund, sind aber nicht in den amtlichen Statistiken enthalten. Austauschstudenten und –studentinnen gehören per definitionem als Nicht-Deutsche dazu, sind aber nur teilweise amtlich gemeldet und in den Statistiken geführt und über den Sinn ihrer Zugehörigkeit im Sinne einer Integrationsbedürftigkeit ließe sich streiten. Wir greifen diese Gruppe dennoch auf, weil sie zur Internationalität der Stadt beitragen. Touristen wiederum gehören als Ausländerinnen und Ausländer per definitionem dazu, da die Definition keine Mindestaufenthaltsdauer vorgibt, selbstredend aber nicht dem Sinn nach und auch faktisch sind sie nicht in den amtlichen Statistiken enthalten.

3.4 Achtung: Fallen!

Aus dem oben dargestellten wird ersichtlich, wie schwierig es ist, einen konsistenten, analysierbaren Datenpool zu generieren, dessen Ergebnisse schließlich wirklich belastbar sind. Da dennoch (vermeintliche) Analysen und Berichte vorliegen, haben wir dieses Kapitel „Achtung: Fallen!“ genannt, um häufige Fehler – die nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich sind – zu benennen.

Datenfriedhöfe

Im Rahmen der Benchmarkingprozesse und der Kennzahlensysteme v.a. der 90er Jahre wurde die Erfahrung gemacht, dass die Abwehr, Daten zu erheben und zu sammeln, kontinuierlich stieg. Dies als Reaktion darauf, dass die „Datensammelwut“ dazu führte, zu viele Daten zu häufig zu erheben. Für die Sozialämter bspw. waren in dem Kennzahlensystem der Bertelsmann Stiftung für die 150 teilnehmenden Kommunen über 300 Kennzahlen entwickelt worden, die quartalsweise zu erheben waren (vgl. Tebbe 2004). Dies überstieg

die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsmitarbeiter und –mitarbeiterinnen bei weitem. Der Aufwand war zu hoch und der Nutzen fraglich. Für ein Integrationsmonitoring heißt das:

- ▶ So viele Indikatoren wie nötig und nicht wie möglich aufzustellen
- ▶ Die Kennzahlen müssen leicht erfassbar gestaltet werden

Thomas-Theorem

„Zahlen machen Politik“ – damit ist gemeint, dass Statistiken nicht nur abbilden, sondern auch Realitäten schaffen können. Das besagt das Thomas-Theorem: Wenn Menschen etwas als Realität definieren und empfinden, ist es in der Wirkung auch Realität.

Wenn also aufgrund unvollständiger Daten angenommen wird, alle Bewohner und Bewohnerinnen mit Migrationshintergrund verfügten nicht über ausreichende Bildungsabschlüsse, wird öffentlich über die mangelnde Bildung der Migranten und Migrantinnen gesprochen, als sei diese eine Tatsache. Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen werden die Bewerbungen wegen vermeintlich schlechterer Qualifikation gleich aussortieren.

Dies bedeutet, dass mit Zahlen extrem vorsichtig umgegangen werden muss. Sie müssen differenziert genug sein, um keine unzulänglichen Verallgemeinerungen zuzulassen, was aber nicht immer gelingt. In diesem Fall müsste zwischen den unterschiedlichen Gruppen mit Migrationshintergrund unterschieden werden und Differenzierungen zwischen Deutschen zugelassen werden, um die Gruppen benennen zu können, deren Zugang zu Bildung erhöht werden muss.

Das bedeutet, Zahlen müssen differenziert werden, um auch einem weiteren Fehlschluss vorzubeugen.

Typ 1 und Typ 2 - Fehler

Zwei Fehlschlüsse sind in unserem Fall möglich. Zahlen können so wirken, dass es aussieht, als gebe es keine Probleme des Zugangs von Migrantinnen und Migranten zu bestimmten gesellschaftlichen Bereichen. Dies

geschieht beispielsweise dann, wenn innerhalb der Gruppe nicht genügend differenziert wird. Dies sind *Typ 1-Fehler*.

Mit *Typ 2 Fehler* wird der umgekehrte Fall bezeichnet. Wenn Zahlen nicht nach sozio-ökonomischem Hintergrund oder aber Geschlecht oder aber Alter differenziert werden, können sie den Anschein erwecken, es gebe Probleme aufgrund des Migrationshintergrundes. Hier handelt es sich um eine Ethnisierung sozialer Probleme, ein Fehler, der sehr häufig gemacht wird und dringend zu vermeiden ist, da er Stigmatisierungen erzeugt. Das bedeutet umgekehrt nicht, dass es etwa nicht auch Unterschiede gäbe, die nach Kontrolle weiterer Variablen auf Unterschiede der ethnischen Herkunft zurück zu führen sind.

Beispiel Kriminalität

Etliche Zahlen werden so verwendet, dass es scheint, Menschen mit Migrationshintergrund wiesen eine höhere Kriminalitätsrate auf als diejenigen ohne. Da aber der Anteil junger Männer innerhalb der Gruppe mit Migrationshintergrund höher ist als in der Gruppe ohne Migrationshintergrund und die Kriminalitätsbelastung generell bei jungen Männern am höchsten ist, handelt es sich um eine Verzerrung. Die Merkmale männlich und Alter sind es hier, die relevant für die Kriminalitätsquote sind und nicht das Merkmal Migrationshintergrund.

Mangelnde Kontrolle weiterer Variablen wie Geschlecht, Alter, sozio-ökonomischer Status

Typ 2 Fehler beziehen sich, wie oben dargestellt, auf dieses Problem. Hier soll darauf hingewiesen werden, dass dies selbstverständlich auch für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund gilt. Die „Deutschen“ oder die Bevölkerung „ohne Migrationshintergrund“ als Referenzgruppe wird meist nicht differenziert. So entstehen wiederum *Typ 2 Fehler*.

Konzentration auf Probleme der Minderheiten, nicht der Mehrheit

Integrationsberichte erscheinen häufig schief, weil sie zahlreiche Daten verwenden, die etwas über den mangelnden Zugang bestimmter Gruppen aus der Minderheit zu gesellschaftlichen Bereichen aussagen. Damit wird teilweise der Eindruck erweckt, die Probleme lägen an den Defiziten der Minderheit. Es fehlen dagegen in solchen Berichten Daten über die Defizite der Mehrheitsgesellschaft, wie etwa zu so genannter Fremdenfeindlichkeit oder Vorurteilen oder rassistischen Einstellungen und Handlungen. Im Integrationsbericht der Bundesregierung werden zumindest Zahlen zu Fremdenfeindlichkeit aufgeführt und als weiterer Hinweis auf Probleme der Mehrheitsgesellschaft Daten zur Öffnung/Nicht-Öffnung öffentlicher Verwaltung angemahnt. Darüber hinaus kommen jedoch keine Zahlen vor.

Tabuisierung

Aus Angst, Vorurteile und Stigmatisierungen zu fördern, werden zum Teil existierende Herausforderungen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit oder kultureller Herkunft tabuisiert. Dies ist problematisch, da eine seriöse Auseinandersetzung verhindert und ein „Sarrazinscher Populismus“ der mit unseriösen und falschen Daten operieren, Zulauf erhält. Sofern Zahlen vorhandene Herausforderungen darstellen, diese auch nach der Überprüfung anderer Variablen nicht auf sozioökonomischen Status, Geschlecht oder Alter zurück zu führen sind, bleibt ein erklärungswürdiger Rest. Dieser Rest kann zweierlei Ursachen haben. Zum einen kann das Problem eine reine Diskriminierung sein. So legen es Daten zu Vermietungen nahe: unabhängig vom sozialen Status und vom Alter haben es Menschen mit nicht-deutsch klingendem Namen und Aussehen schwerer, eine Wohnung zu finden. Zum anderen kann der Rest jedoch auch durch religiöse oder aber kulturelle Zugehörigkeit erklärt werden. Nicht in dem Sinne, als führe eine bestimmte kulturelle Zugehörigkeit inhärent zu bestimmten Eigenschaften oder Verhaltensweisen, aber in dem Sinne, dass bestimmte Phänomene von kultureller Zugehörigkeit mit beeinflusst werden. Dies ist in unserem Fall

Zum vorliegenden Bericht

und für die deutsche Gesellschaft die deutsche Sprache und die Tatsache, dass die Sprachfähigkeit mit Schulerfolg korreliert.

Dies zu entscheiden, ist nicht immer einfach, manchmal auch nicht möglich.

Indexbildungen

Es ist verführerisch und beliebt, aus Kennzahlen zweier Monitorings für die entsprechenden Städte einen so genannten Index zu errechnen, um ein Ranking vorzunehmen: wer ist besser, wer ist schlechter aufgestellt? Dies basiert auf einem Missverständnis. Zum Einen ist die einzig sinnvolle Lesart eines Monitorings die Beobachtung der Entwicklung, eben weil Integration ein fortschreitender Prozess und ihre Entwicklung weit bedeutungsvoller ist, als ihre Ausprägung zu einem bestimmten Zeitpunkt. Deshalb sollten keine einzelnen Merkmale zu einem bestimmten Stichtag verglichen werden, sondern – wenn überhaupt – dann Entwicklungsverläufe. Zum Anderen muss auch bei einem Vergleich der jeweilige strukturelle Kontext berücksichtigt werden, respektive die Bevölkerungsstruktur und –entwicklung, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen, letztlich alle Faktoren, die Einfluss auf die Merkmale nehmen, mit denen Integration in dem entsprechenden Monitoring zu fassen versucht wird. Diese strukturellen Kontextmerkmale können sowohl bezüglich ihrer Stichtagskonstellation, als auch bezüglich ihrer Entwicklungen zwischen verschiedenen Städten, zwischen unterschiedlich großen Kommunen, zwischen Stadt und ländlichem Raum, zwischen Hauptstadt und Bundesland völlig unterschiedlich sein. Erst unter dem Einbezug dieser Faktoren in die Interpretation eines Vergleichsergebnisses wäre ein Vergleich sinnvoll und zulässig.

4. Indikatoren und erste Ergebnisse

4.1 Demographie und Raum

Thematik und Relevanz

Dieses Kapitel nimmt die Gesamtbevölkerung Kiels in den Blick und stellt zunächst die Entwicklung der Anteile verschiedener Bevölkerungsgruppen nach Staatsangehörigkeit, verschiedenen Merkmalen von Migrationshintergrund und nach Bezugsgebieten von 2006 bis 2009 dar. Auch die Entwicklung der Einbürgerungszahlen wird dargestellt. Im Anschluss erfolgt eine Betrachtung der Geschlechts- und Altersverteilungen sowie der räumlichen Segregation im Stadtgebiet differenziert nach o.g. Bevölkerungsgruppen. Auf eine Analyse in der zeitlichen Entwicklung wird für die Faktoren Geschlecht, Alter und räumliche Segregation aufgrund der notwendigen Beschränkung des Umfangs der Analysen verzichtet. Zudem können diese Faktoren auch als kurz- bis mittelfristig stabil gelten, so dass Veränderungen erst über einen längeren als den hier betrachteten Zeitraum sichtbar und relevant werden. Dennoch sollten diese Analysen zukünftig in größeren Zeitabständen ebenfalls wiederholt und in ihrer Entwicklung verglichen werden.

Im vorliegenden Kapitel wird untersucht, ob und inwiefern sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund anhand unabhängiger, demographischer Merkmale von der ihr gegenübergestellten Bevölkerungsgruppe unterscheidet. Entsprechend groß ist in diesem Kapitel auch der Anteil an Analysen von Zusammenhängen zwischen verschiedenen Merkmalen der betrachteten Bevölkerungsgruppen gegenüber dem Anteil an Betrachtungen der zeitlichen Entwicklung, denen in den folgenden Kapiteln und späteren Monitorings weit größere Relevanz zukommen wird. So stellt dieses Kapitel sicher, dass in der Betrachtung der in den weiteren Kapiteln folgenden Ergebnisse auch bekannt ist, worauf sich diese Ergebnisse überhaupt beziehen.

In Hinblick auf die *Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten* in der Landeshauptstadt Kiel vermittelt dieses Kapitel Hinweise auf die aktuelle und zu erwartende Entwicklung der Altersverteilung der Bevölkerungsgruppen, den Anteil von Personen im Schulalter, im Alter potentieller Er-

werbstätigkeit oder im Alter potentieller Pflegebedürftigkeit. Ebenso Informationen darüber, wo interessierende Personengruppen primär im Stadtgebiet angesiedelt sind, so dass lokale Angebote entsprechend positioniert werden können. Zudem ist die »Durchmischung von Wohnbereichen« - so die Handlungsempfehlungen - als explizites Ziel kommunaler Entwicklungsbestrebungen definiert worden.

Datengrundlage

Für dieses Kapitel liegen Daten des Amts für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen (Abteilung 05.3 – Statistik) vor. Es handelt sich um Daten der Jahre 2006 bis 2009 auf Individualebene, so dass auch umfassendere analytische Auswertungen möglich sind. Die Datensätze umfassen Informationen zu Merkmalen von Migrationshintergrund, Geschlecht, Geburtsjahr, Bezugsland, Bezugsgebiet, Geburtsland, Geburtsgebiet, dem Zuzugsjahr nach Kiel, dem Zuzugsjahr nach Deutschland und dem statistischen Bezirk der Basisadresse. Die Einbürgerungszahlen liegen beim Bürger- und Ordnungsamt der Landeshauptstadt Kiel vor. Betrachtet werden im Folgenden neben den Einbürgerungszahlen die Daten zum Migrationshintergrund, das Geschlecht, das aus dem Geburtsjahr abgeleitete Alter, das Bezugsgebiet sowie die aus den statistischen Bezirken zu ermittelnde Zugehörigkeit zu Sozialzentren und Stadtteilen.

Die Verwendung des Bezugsgebiets, also der Region, zu der man bezüglich seiner Herkunft den engsten Bezug aufweist, wird der Verwendung des Geburtsgebiets vorgezogen, da das Bezugsgebiet nahezu für alle Fälle vorliegt, das Geburtsgebiet jedoch eine hohe Zahl an fehlenden Angaben aufweist. Das Bezugsgebiet fasst mehrere Länder zu einer Gruppe zusammen, eine Auswertung nach Ländern wäre zu feingliedrig, unübersichtlich und entspräche nicht den heutigen Begebenheiten (z.B. »Jugoslawien« als Land). Dennoch sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass 2009 die Türkei mit 4,6% (N: 10.809) und Polen mit 2,4% (N: 5563) der Gesamtbevölkerung Kiels mit Abstand die wichtigsten Bezugsländer sind, gefolgt von Irak mit 1,1% (N: 2532). Dann folgt Russland (0,9%; N: 2112), dessen Relevanz jedoch aufgrund der beschriebenen Problematik mit

			2006	2007	2008	2009
nach Merkmalen	kein Migrationshintergrund [0]	N	191057	191132	191421	191606
		%	82,2%	81,8%	81,7%	81,4%
	ausschließlich nicht-deutsche	N	20034	20104	19398	19151
	Staatsangehörigkeit [1]	%	8,6%	8,6%	8,3%	8,1%
	deutsche Staatsangehörigkeit,	N	3575	3694	3726	3823
	eingewandert [2]	%	1,5%	1,6%	1,6%	1,6%
	in Deutschland geboren,	N	9294	9843	10259	10646
	eingebürgert [3]	%	4,0%	4,2%	4,4%	4,5%
	in Deutschland als Deutsche	N	5366	5522	5697	5906
	geborene Binationale [4]	%	2,3%	2,4%	2,4%	2,5%
	nur min. ein Elternteil ist nicht-	N	3014	3406	3766	4132
	deutsch oder eingewandert [5]	%	1,3%	1,5%	1,6%	1,8%
	Gesamt	N	232340	233701	234267	235264
		%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Staatsangehörigkeit	deutsch [0] [2] [3] [4] [5]	N	212306	213597	214869	216113
		%	91,4%	91,4%	91,7%	91,9%
	ausschließlich nicht deutsch [1]	N	20034	20104	19398	19151
		%	8,6%	8,6%	8,3%	8,1%
Migrations-	kein Migrationshintergrund [0]	N	191057	191132	191421	191606
hintergrund		%	82,2%	81,8%	81,7%	81,4%
	Migrationshintergrund	N	41283	42569	42846	43658
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	17,8%	18,2%	18,3%	18,6%
Migrations-	kein Migrationshintergrund	N	208731	209903	211143	212290
hintergrund	[0] [3] [4] [5]	%	89,8%	89,8%	90,1%	90,2%
nur Nicht-Deutsche	Migrationshintergrund	N	23609	23798	23124	22974
und Einwanderer	[1] [2]	%	10,2%	10,2%	9,9%	9,8%
Migrations-	kein Migrationshintergrund [0]	N	191057	191132	191421	191606
hintergrund		%	82,2%	81,8%	81,7%	81,4%
in drei Kategorien	deutsch mit Migrationshintergrund	N	21249	22465	23448	24507
	[2] [3] [4] [5]	%	9,1%	9,6%	10,0%	10,4%
	ausschließlich nicht deutsch [1]	N	20034	20104	19398	19151
		%	8,6%	8,6%	8,3%	8,1%

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung nach Migrationshintergrund (differenziert)

der Erfassung der Sowjetunion (0,4%; N: 841) de facto höher ausfallen könnte.

Auf die Auswertung des Zuzugsjahrs nach Deutschland und entsprechend der Aufenthaltsdauer wird ebenfalls aufgrund der hohen Anzahl fehlender Angaben verzichtet. Sie verspricht zudem keinen Erkenntnisgewinn, da der Ausgangsort des Zuzugs nicht erfasst ist. Es könnte sich demnach um einen Zuzug aus dem Ausland ebenso handeln, wie um einen Zuzug aus Kronshagen. Auch wird bei in Kiel Geborenen das Geburtsdatum als Zuzugsdatum erfasst. Auf Probleme bezüglich der Daten zum Migrationshintergrund wird im Folgenden eingegangen.

Indikatoren und Analysen

Migrationshintergrund und Staatsbürgerschaft

- ▶ Bevölkerungsentwicklung nach Migrationshintergrund (differenziert)

Einbürgerungen:

- ▶ Entwicklung der Einbürgerungen
- ▶ Entwicklung der Einbürgerungen im Verhältnis zur Anzahl Nicht-Deutscher

Bezugsgebiet:

- ▶ Bevölkerungsentwicklung nach Bezugsgebieten
- ▶ Entwicklung des Ausländeranteil nach Bezugsgebieten

Geschlecht:

- ▶ Geschlechtsverhältnis nach Migrationshintergrund (differenziert)
- ▶ Geschlechtsverhältnis nach Bezugsgebieten

Alter:

- ▶ Altersverteilung nach Migrationshintergrund (differenziert)
- ▶ Migrationshintergrund (Anteil in %) nach Alterskategorien
- ▶ Altersverteilung nach Bezugsgebiet

Räumliche Segregation:

- ▶ Migrationshintergrund (differenziert) (Anteil in %) nach Sozialzentrum / Stadtteil
- ▶ Räumliche Segregation nach Migrationshintergrund (differenziert)
- ▶ Räumliche Segregation nach Bezugsgebiet

Migrationshintergrund

Bezüglich ihrer Merkmale des Migrationshintergrunds wird die Bevölkerung im betrachteten Datensatz wie folgt in fünf Gruppen unterteilt.

- ▶ Die Gruppe derer, die ausschließlich eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit besitzen [1],
- ▶ die Gruppe derer, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber selbst nach 1949 aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert sind [2],
- ▶ die Gruppe derer, die als Ausländer in Deutschland geboren und später eingebürgert wurden, das heißt Eingebürgerte ohne eigene Einwanderungsgeschichte [3],
- ▶ die Gruppe derer, die keiner der bereits genannten Gruppen angehören, also keine eigene Einwanderungsgeschichte haben und von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber dennoch neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen [4],
- ▶ die Gruppe derer, die keiner der bereits genannten Gruppen angehören, also keine eigene Einwanderungsgeschichte haben, von Geburt an und ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber mindestens ein Elternteil haben, das eine ausländische Staatsangehörigkeit hat oder eingebürgert wurde [5].

	2006	2007	2008	2009
Anzahl Nicht-Deutsche [1]	20.034	20.104	19.398	19.151
Anzahl Einbürgerungen	1.009	1.001	785	761
Verhältnis Einbürgerungen zu Nicht-Deutschen	5,04%	4,98%	4,05%	3,97%

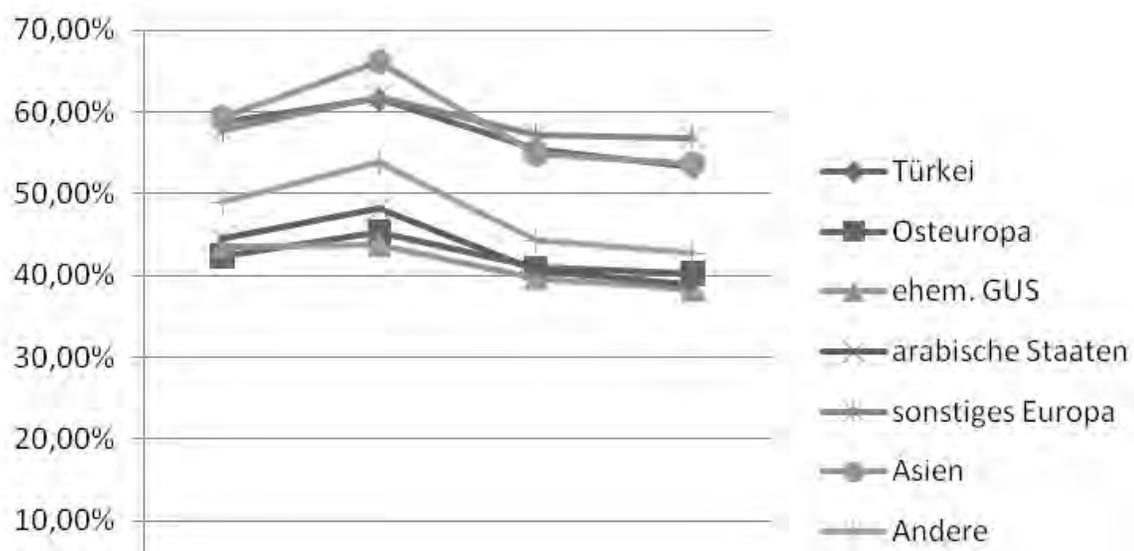
Tabelle 2: Entwicklung der Einbürgerungen

			2006	2007	2008	2009
Deutschland	nach Migrationshintergrund	N	192697	196085	193311	193549
	[0]	%	83,0%	84,0%	82,6%	82,4%
	nach Staatsangehörigkeit	N	212306	213597	214869	216113
	[0] [2] [3] [4] [5]	%	91,4%	91,5%	91,8%	91,9%
Türkei	nach Migrationshintergrund	N	10931	10098	10786	10809
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	4,7%	4,3%	4,6%	4,6%
	nach Staatsangehörigkeit	N	6425	6218	5974	5753
	[1]	%	2,8%	2,7%	2,6%	2,4%
Osteuropa	nach Migrationshintergrund	N	8833	8470	9123	9155
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	3,8%	3,6%	3,9%	3,9%
	nach Staatsangehörigkeit	N	3743	3834	3734	3684
	[1]	%	1,6%	1,6%	1,6%	1,6%
ehem. GUS	nach Migrationshintergrund	N	5499	5432	5805	5960
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	2,4%	2,3%	2,5%	2,5%
	nach Staatsangehörigkeit	N	2398	2373	2306	2275
	[1]	%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
arabische Staaten	nach Migrationshintergrund	N	4761	4726	5497	5750
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	2,1%	2,0%	2,3%	2,4%
	nach Staatsangehörigkeit	N	2118	2274	2236	2232
	[1]	%	0,9%	1,0%	1,0%	0,9%
sonstiges Europa	nach Migrationshintergrund	N	3976	3752	4075	4208
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	1,7%	1,6%	1,7%	1,8%
	nach Staatsangehörigkeit	N	2298	2323	2331	2393
	[1]	%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
Asien	nach Migrationshintergrund	N	2493	2295	2479	2521
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	1,1%	1,0%	1,1%	1,1%
	nach Staatsangehörigkeit	N	1479	1517	1358	1353
	[1]	%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%
Andere (Afrika, Amerika, Ozeanien)	nach Migrationshintergrund	N	2916	2621	2935	3028
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	1,3%	1,1%	1,3%	1,3%
	nach Staatsangehörigkeit	N	1428	1411	1300	1293
	[1]	%	0,6%	0,6%	0,6%	0,5%
Gesamt	nach Migrationshintergrund	N	232106	233479	234011	234980
		%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	232195	233547	234108	235096
		%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung nach Bezugsgebieten. Die Differenz in den absoluten Gesamtwerten ist auf eine zu vernachlässigende Anzahl fehlender Angaben zurückzuführen.

	2006	2007	2008	2009
Türkei	58,78%	61,58%	55,39%	53,22%
Osteuropa	42,38%	45,27%	40,93%	40,24%
ehem. GUS	43,61%	43,69%	39,72%	38,17%
arabische Staaten	44,49%	48,12%	40,68%	38,82%
sonstiges Europa	57,80%	61,91%	57,20%	56,87%
Asien	59,33%	66,10%	54,78%	53,67%
Andere (Afrika, Amerika, Ozeanien)	48,97%	53,83%	44,29%	42,70%

Tabelle 4 und Diagramm 1: Entwicklung des Ausländeranteils nach Bezugsgebieten.



Alle Personen, auf die keines der genannten Merkmale zutrifft, gelten als Deutsche ohne Migrationshintergrund [0].

Gruppen einfachere Kategorien zusammengefasst, die ergänzend ausgewertet wurden.

Zu beachten ist, dass die aus diesen Kriterien abzuleitende Definition in den tatsächlichen Daten insoweit nicht durchgehalten wird, als die Verknüpfung einer Person mit den Eltern und damit die Erfüllung des Kriteriums [5] ausschließlich bis zur Volljährigkeit des Kindes dokumentiert und anschließend aus rechtlichen Gründen gelöscht wird. Entsprechend enthält der Datensatz keine volljährigen Personen der Gruppe [5], diese gelten mit Volljährigkeit im Datensatz als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Dies kann Verzerrungen, insbesondere bei der differenzierten Darstellung und Analyse des Alters und mit dem Alter zusammenhängender Faktoren zur Folge haben. Da diese sechs Gruppen wie gezeigt teils komplexe und aufeinander bezogene Definitionen haben, ist eine Betrachtung anhand ausschließlich dieser Kriterien unbefriedigend. Aus diesem Grund wurden aus verschiedenen Kombinationen und Gegenüberstellungen der

- ▶ Differenzierung nach Staatsangehörigkeit: Deutsche Staatsangehörigkeit [0] [2] [3] [4] [5] – ausschließlich nicht-deutsche Staatsangehörigkeit [1],
- ▶ Differenzierung nach Migrationshintergrund: Kein Migrationshintergrund [0] – ein beliebiges Merkmal von Migrationshintergrund [1] [2] [3] [4] [5],
- ▶ Differenzierung nach eigener Migrationserfahrung (1. Generation): Kein unmittelbarer Migrationshintergrund [0] [3] [4] [5] – Migrationshintergrund (nur Nicht-Deutsche und im Ausland Geborene [1] [2],
- ▶ Differenzierung nach drei Kategorien: Kein Migrationshintergrund [0] – deutsche Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund [2] [3] [4] [5] – ausschließlich nicht-deutsche Staatsangehörigkeit [1].

			männlich	weiblich	Gesamt
nach Merkmalen	kein Migrationshintergrund [0]	N	92.053	99.553	191.606
		%	48,0%	52,0%	100,0%
	ausschließlich nicht-deutsche	N	9.687	9.464	19.151
	Staatsangehörigkeit [1]	%	50,6%	49,4%	100,0%
	deutsche Staatsangehörigkeit,	N	1.857	1.966	3.823
	eingewandert [2]	%	48,6%	51,4%	100,0%
	in Deutschland geboren,	N	5.653	4.993	10.646
	eingebürgert [3]	%	53,1%	46,9%	100,0%
	in Deutschland als Deutsche	N	2.957	2.949	5.906
	geborene Binationale [4]	%	50,1%	49,9%	100,0%
	nur min. ein Elternteil ist nicht-	N	2.125	2.007	4.132
	deutsch oder eingewandert [5]	%	51,4%	48,6%	100,0%
Staatsangehörigkeit	deutsch [0] [2] [3] [4] [5]	N	104.645	111.468	216.113
		%	48,4%	51,6%	100,0%
	ausschließlich nicht deutsch [1]	N	9.687	9.464	19.151
		%	50,6%	49,4%	100,0%
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund [0]	N	92.053	99.553	191.606
		%	48,0%	52,0%	100,0%
	Migrationshintergrund	N	22.279	21.379	43.658
	[1] [2] [3] [4] [5]	%	51,0%	49,0%	100,0%
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund	N	102.788	109.502	212.290
	nur Nicht-Deutsche	%	48,4%	51,6%	100,0%
und Einwanderer/-innen	Migrationshintergrund	N	11.544	11.430	22.974
	[1] [2]	%	50,2%	49,8%	100,0%
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund [0]	N	92.053	99.553	191.606
	in drei Kategorien	%	48,0%	52,0%	100,0%
	deutsch mit Migrationshintergrund	N	12.592	11.915	24.507
	[2] [3] [4] [5]	%	51,4%	48,6%	100,0%
	ausschließlich nicht deutsch [1]	N	9.687	9.464	19.151
		%	50,6%	49,4%	100,0%

Tabelle 5: Geschlechtsverhältnis nach Migrationshintergrund (differenziert)

	X ²	Signifikanz	Cramer-V / φ
nach Merkmalen	158,5	0,000	0,026
Staatsangehörigkeit	32,9	0,000	-0,012
Migrationshintergrund	127,1	0,000	-0,023
Migrationshintergrund nur Nicht-Deutsche und Einwanderer	27,8	0,000	-0,011
Migrationshintergrund in drei Kategorien	129,8	0,000	0,023

Tabelle 6: Statistische Kennzahlen für Geschlechtsverhältnis nach Migrationshintergrund (differenziert)

Die folgenden Tabellen zeigen die quantitative Entwicklung der Bevölkerungsanteile entsprechend Ihrer Migrationsmerkmale in unterschiedlichen Gegenüberstellungen seit 2006.

Die Tabellen machen deutlich, dass Migrationshintergrund differenziert betrachtet werden muss und eine Beschränkung auf die Differenzierung nach deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit oder nach vorliegendem oder nicht vorliegendem Migrationshintergrund im Ganzen zu kurz greift. Der Anteil der Bevölkerung mit einem Merkmal von Migrationshintergrund ist von 2006 bis 2009 um 0,8 Prozentpunkte auf 18,6% gestiegen.

Bei der Betrachtung der Einzelmerkmale wird auch deutlich, dass die Steigerung des Anteils der Deutschen mit Migrationshintergrund dabei nicht auf die erste Generation zurückzuführen ist. Der Anteil eingewanderter Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit bereits besaßen oder angenommen haben, ist lediglich um 0,1 Prozentpunkte gestiegen, seit 2007 sogar bei 1,6 % stagniert. **Vielmehr steigt vor allem der Anteil derjenigen, die bereits in Deutschland geboren sind und lediglich über die ehemalige oder zweite Staatsangehörigkeit oder über die Zuwanderungsgeschichte mindestens eines Elternteils einen Migrationsgrund aufweisen.**

Dabei sei nochmals darauf hingewiesen, dass die letzte Gruppe lediglich bis zur Volljährigkeit erfasst ist und ab dann der Gruppe ohne Migrationshintergrund zugeschlagen wird. Der Anteil dieser Gruppe und evtl. dessen Steigerung würde ohne diese Verzerrung also noch größer ausfallen.

Einbürgerungen

Hier (Tab. 2) wird die Entwicklung der Einbürgerungen von Nicht-Deutschen mit Wohnsitz in Kiel dargestellt. Interessant wäre auch die Entwicklung des Verhältnisses von Einbürgerungen zu Nicht-Deutschen mit Einbürgerungsanspruch. Da für Nicht-Deutsche mit Einbürgerungsanspruch noch keine Zahlen vorliegen, werden die Einbürgerungen im Folgenden zur Gesamtzahl der Nicht-Deutschen ins Verhältnis gesetzt. Es wird ersichtlich, **dass die Zahl der Einbürgerungen seit**

2006 nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der Nicht-Deutschen rückläufig ist, sich der stärkere Rückgang zwischen 2007 und 2008 jedoch wieder abgeschwächt hat.

Bezugsgebiete

Die Tabelle 3 zeigt die quantitative Entwicklung der Bevölkerungsanteile seit 2006 nach ihren Bezugsgebieten, dies jeweils für die Differenzierung nach Migrationshintergrund im Ganzen und Staatsangehörigkeit.

Die vertikale Anordnung der Tabelle gibt die quantitative Relevanz der einzelnen Bezugsgebiete wieder. **Die Türkei stellt, aufgrund der großen Bedeutung als einzelnes Land erfasst, mit 4,6% Anteil an der Gesamtbevölkerung bei den Menschen mit Migrationshintergrund und 2,4% Anteil an der Gesamtbevölkerung bei den Menschen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in beiden Bereichen das bedeutendste Bezugsgebiet dar, gefolgt von Osteuropa mit 3,9% bzw. 1,6% und den ehemaligen GUS-Staaten mit 2,5% bzw. 1,0%, jeweils im Jahr 2009.**

Aus der Tabelle ist weiterhin ablesbar, dass sich die prozentualen Bevölkerungsanteile der meisten Bezugsgebiete seit 2006 nicht wesentlich verändert haben. Lediglich die Steigerung des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund und arabischem Bezugsgebiet um 0,4 Prozentpunkte auf 2,4% zwischen 2007 und 2009 und der Rückgang des Bevölkerungsanteils mit ausschließlich ausländischer Staatsbürgerschaft und türkischem Bezugsgebiet um 0,4 Prozentpunkte auf 2,4% zwischen 2006 und 2009 sind nennenswerte Verschiebungen. Deutliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen bestehen bezüglich des Anteils der Menschen mit ausschließlich nicht-deutscher Staatsangehörigkeit an allen Menschen mit Migrationshintergrund nach den jeweiligen Bezugsgebieten (Tab.4).

Obgleich erkennbar ist, dass sich der Ausländer/innenanteil in den Bevölkerungsgruppen seit 2007 für alle Bezugsgebiete gleichermaßen reduziert, wird doch ein erheblicher Unterschied zwischen den Bezugsgebieten Osteuropa, den ehemaligen GUS-Staaten und den arabischen Staaten mit Ausländeranteilen im Jahr 2009 zwischen 38,17% und 40,24% auf der

			männlich	weiblich	gesamt
Deutschland	nach Migrationshintergrund	N	93.017	100.532	193.549
		[0] %	48,1%	51,9%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	104.645	111.468	216.113
		[0] [2] [3] [4] [5] %	48,4%	51,6%	100,0%
Türkei	nach Migrationshintergrund	N	5.781	5.028	10.809
		[1] [2] [3] [4] [5] %	53,5%	46,5%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	3.021	2.732	5.753
		[1] %	52,5%	47,5%	100,0%
Osteuropa	nach Migrationshintergrund	N	4.399	4.756	9.155
		[1] [2] [3] [4] [5] %	48,1%	51,9%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	1.808	1.876	3.684
		[1] %	49,1%	50,9%	100,0%
ehem. GUS	nach Migrationshintergrund	N	2.628	3.332	5.960
		[1] [2] [3] [4] [5] %	44,1%	55,9%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	922	1.353	2.275
		[1] %	40,5%	59,5%	100,0%
arabische Staaten	nach Migrationshintergrund	N	3.374	2.376	5.750
		[1] [2] [3] [4] [5] %	58,7%	41,3%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	1.319	913	2.232
		[1] %	59,1%	40,9%	100,0%
sonstiges Europa	nach Migrationshintergrund	N	2.124	2.084	4.208
		[1] [2] [3] [4] [5] %	50,5%	49,5%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	1.226	1.167	2.393
		[1] %	51,2%	48,8%	100,0%
Asien	nach Migrationshintergrund	N	1.206	1.315	2.521
		[1] [2] [3] [4] [5] %	47,8%	52,2%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	604	749	1.353
		[1] %	44,6%	55,4%	100,0%
Andere (Afrika, Amerika, Ozeanien)	nach Migrationshintergrund	N	1.634	1.394	3.028
		[1] [2] [3] [4] [5] %	54,0%	46,0%	100,0%
	nach Staatsangehörigkeit	N	680	613	1.293
		[1] %	52,6%	47,4%	100,0%

Tabelle 7: Geschlechtsverhältnis nach Bezugsgebieten

	N	χ^2	Signifikanz	Cramer-V
Bezugsgebiet Ausländischer mit Deutschland	235.096	219,5	0,000	0,031
Bezugsgebiet bei Migrationshintergrund mit Deutschland	234.980	450,6	0,000	0,044
Bezugsgebiet Ausländischer ohne Deutschland	18.983	190,1	0,000	0,100
Bezugsgebiet bei Migrationshintergrund ohne Deutschland	41.431	329,1	0,000	0,089

Tabelle 8: Statistische Kennzahlen für Geschlechtsverhältnis nach Bezugsgebieten

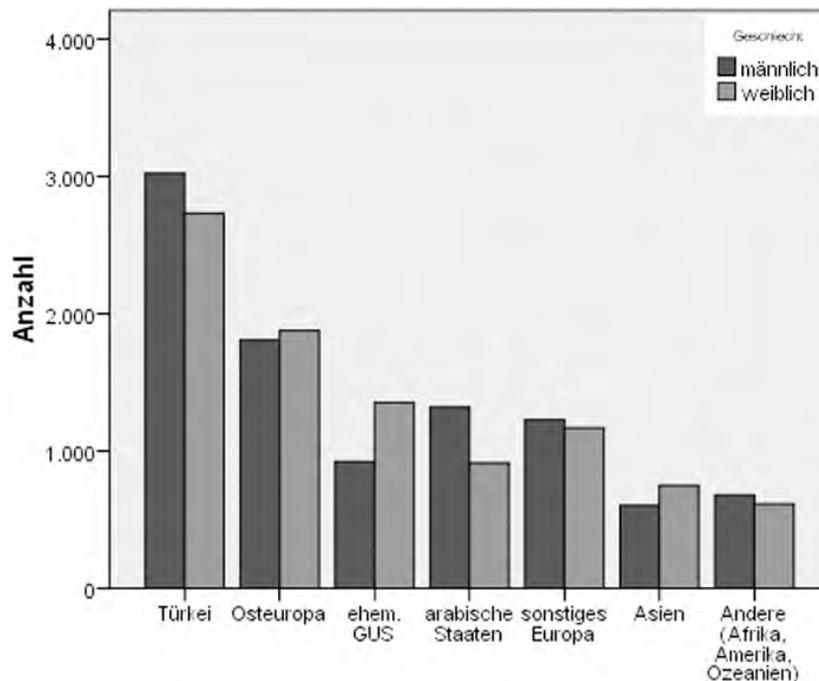


Diagramm 2: Geschlechtsverhältnis nach Bezugsgebieten

einen Seite und der Türkei, Asien und sonstigen europäischen Staaten mit Anteilen im Jahr 2009 zwischen 53,22% und 56,87% auf der anderen Seite deutlich.

Ein hoher Anteil Nicht-Deutscher kann für eine höhere Bindung an das Bezugsland und eine geringere Bindung an Deutschland ebenso stehen, wie für eine nicht dauerhafte Aufenthaltsperspektive beispielsweise aufgrund befristeter Arbeitstätigkeit in Deutschland oder aber eine Uninformiertheit über die rechtlichen Möglichkeiten zu einer Einbürgerung. Alleine aus diesem Wert lassen sich daher keine Aussagen zur Qualität einer Integration treffen.

Geschlecht

Im Folgenden wird die Geschlechterverteilung innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen untersucht (Tab. 5, 6). Hierbei werden als Differenzierungskategorien die Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund und das Bezugsgebiet angelegt. Berechnungsgrundlage sind die o.g. Bevölkerungsdaten für das Jahr 2009 (N: 235.264), als Referenz dient die Gesamtverteilung von 114.332 Männern (48,6%) zu 120.932 Frauen (51,4%).

Die Übersicht über die Korrelationsmaße⁹ (Tab. 6) macht deutlich, dass die **Stärke des Zusammenhangs zwischen Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund und der Geschlechtsverteilung nahe null ist**, dahingehend also kaum Differenzen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen oder Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne Migrationshintergrund festzustellen sind. Der Blick auf die Zeilenprozente lässt indes erkennen, dass relativ unabhängig von der Art der Differenzierung der Frauenanteil

gegenüber der Gesamtbevölkerung bei Nicht-Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund mit Anteilen zwischen 48% und 50% leicht geringer ausfällt als in der Gesamtbevölkerung mit 51,4%. **Besonders niedrig fällt der Frauenanteil mit 46,9% gegenüber 53,1% Männern bei den Menschen aus, die in Deutschland als Ausländer geboren worden sind und eingebürgert wurden, respektive nicht selbst eingewandert sind, jedoch eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit hatten.**

Die Analyse der Geschlechterverteilung anhand der Bezugsgebiete (Tab.7) zeigt gegenüber der Analyse anhand des Migrationshintergrunds ein erheblich differenzierteres Bild. Sowohl aus der Sichtung der Zeilenprozente, als auch aus den Korrelationskoeffizienten ergeben sich deutlich Hinweise darauf, **dass Unterschiede der Geschlechterverteilung zwischen Menschen unterschiedlicher Bezugsgebiete sehr viel größer ausfallen, als der Unterschied zwischen Menschen mit Migrationshintergrund im Ganzen und Menschen ohne Migrationshintergrund.**

9. ϕ für Vier-Felder-Tabellen, Cramer-V für größere Tabellen

Auffallend ist zunächst, dass innerhalb der Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Bezugsgebieten die Unterschiede zwischen einer Betrachtung nach Staatsangehörigkeit und einer Betrachtung nach Migrationshintergrund nicht sonderlich variieren. Ausnahmen hiervon bilden lediglich das Bezugsgebiet Asien, bei dem der Frauenanteil unter den Ausländern mit 55,4% gegenüber dem der Menschen mit Migrationshintergrund mit 52,2% erhöht ausfällt und ganz erheblich auch das Bezugsgebiet ehemalige GUS, bei dem der Frauenan-

teil unter den Nicht-Deutschen gegenüber dem unter den Menschen mit Migrationshintergrund mit 59,5% zu 55,9% sehr hoch ausfällt.

Die ehemalige GUS und Asien weisen als Bezugsgebiete mit diesen Werten auch insgesamt die höchsten Frauenanteile aller Bevölkerungsgruppen nach Bezugsgebieten auf, ganz im Gegensatz zu den nicht-deutschen Menschen aus den arabischen Staaten (41,3%) und der Türkei (46,5%).

nach Merkmalen		N	Mittelwert	Standard- Abweichung
kein Migrationshintergrund [0]		191.606	43,23	22,354
ausschließlich nicht-deutsche Staatsangehörigkeit [1]		19.151	37,24	17,826
deutsche Staatsangehörigkeit, eingewandert [2]		3.823	42,60	20,037
in Deutschland geboren, eingebürgert [3]		10.646	35,80	16,806
in Deutschland als Deutsche geborene Binationale [4]		5.906	26,45	20,238
nur min. ein Elternteil ist nicht-deutsch oder eingewandert [5]		4.132	6,03	5,500
Staatsangehörigkeit	deutsch [0] [2] [3] [4] [5]	216.113	41,68	22,590
	ausschließlich nicht deutsch [1]	19.151	37,24	17,826
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund [0]	191.606	43,23	22,354
	Migrationshintergrund [1] [2] [3] [4] [5]	43.658	32,94	19,855
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund [0] [3] [4] [5]	212.290	41,67	22,633
nur Nicht-Deutsche und Einwanderer	Migrationshintergrund [1] [2]	22.974	38,13	18,322
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund [0]	191.606	43,23	22,354
in drei Kategorien	deutsch mit Migrationshintergrund	24.507	29,59	20,695
	[2] [3] [4] [5]			
	ausschließlich nicht deutsch [1]	19.151	37,24	17,826

Tabelle 9: Mittel- und Streuungswerte der Altersverteilung nach Migrationshintergrund (differenziert)

nach Merkmalen	T / F	Signifikanz	Eta
nach Merkmalen	3.370,084 (F)	0,000	0,259
Staatsangehörigkeit	32,293 (T)	0,000	0,055
Migrationshintergrund	95,348 (T)	0,000	0,180
Migrationshintergrund nur Nicht-Deutsche und Einwanderer	27,113 (T)	0,000	0,047
Migrationshintergrund in drei Kategorien	4597,865 (F)	0,000	0,194

Tabelle 10: Statistische Kennzahlen der Altersverteilung nach Migrationshintergrund (differenziert)

Hieraus wird ein Grundproblem der vereinfachten Betrachtung mittels der pauschalisierenden Begriffe Ausländer/-in oder Migrationshintergrund deutlich. Die Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich, dies wird auch beim Faktor Alter deutlich werden, ganz erheblich untereinander. Dies impliziert auch die Gefahr statistischer Fehldeutungen. Indem sich die sehr hohen und sehr niedrigen Frauenanteile in der Betrachtung aller Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsangehörigkeit gegenseitig aufheben, lässt sich diese Diversität in der bloßen Gegenüberstellung mit der deutschen Bevölkerung oder der Bevölkerung ohne

! Erst die Differenzierung der Gruppen „mit Migrationshintergrund“ nach Herkunftgebiet, Geschlecht und Alter zeigt ihre Unterschiedlichkeit. Eine Aussage zu „den Migranten/innen“ macht keinen Sinn.

Alter

Im Folgenden wird entsprechend zur Analyse der Geschlechterverteilung die Altersverteilung innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen anhand derselben Differenzierungskategorien untersucht. Berechnungsgrundlage sind wiederum die Bevölkerungsdaten für das Jahr 2009, als Referenz dient hier das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung

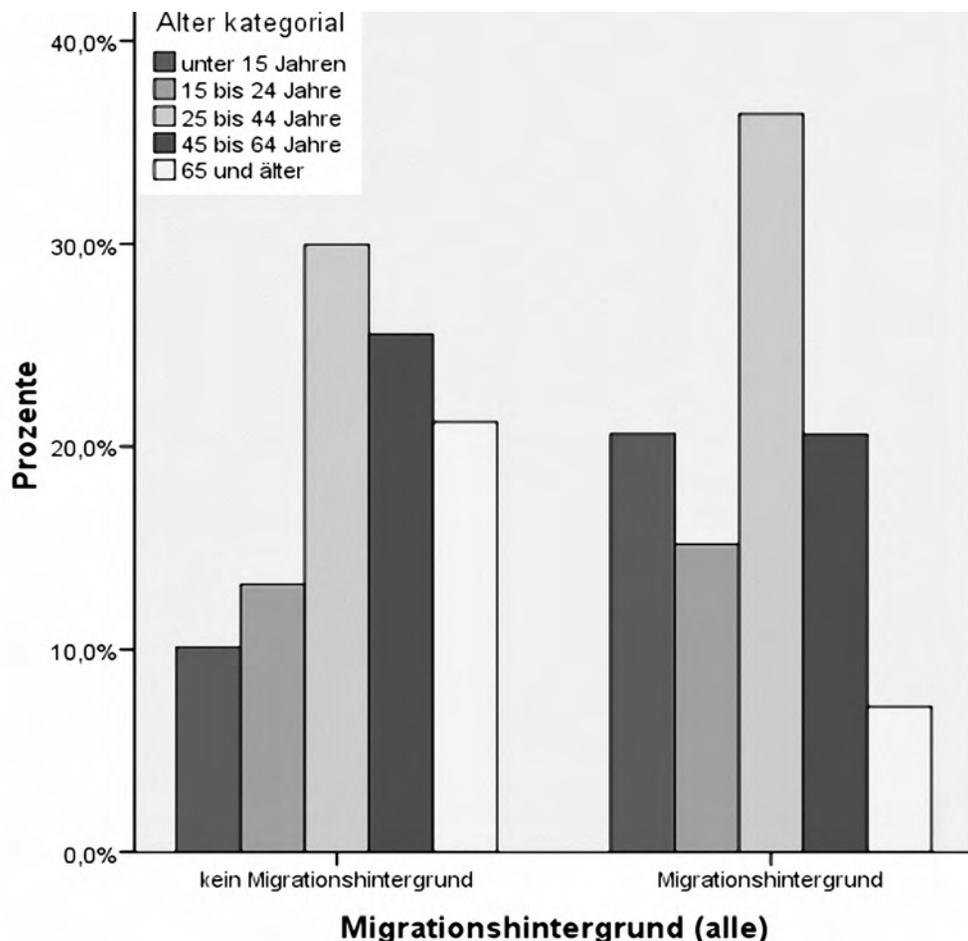


Diagramm 3: Altersverteilung (kategorial) nach Migrationshintergrund

Migrationshintergrund nicht mehr erkennen. Diese Unterschiedlichkeiten lassen sich jedoch nur nachweisen, wenn das zugrunde liegende Datenmaterial die Kontrolle entsprechender Drittvariablen auch ermöglicht.

von 41,32 Jahren bei einer Standardabweichung von 22,274 Jahren¹⁰.

10. N: 235.264, geringere Summen bei Tabellen verweisen auf die entsprechende Anzahl fehlender Angaben. Differenzierte Darstellungen zur Altersverteilung der

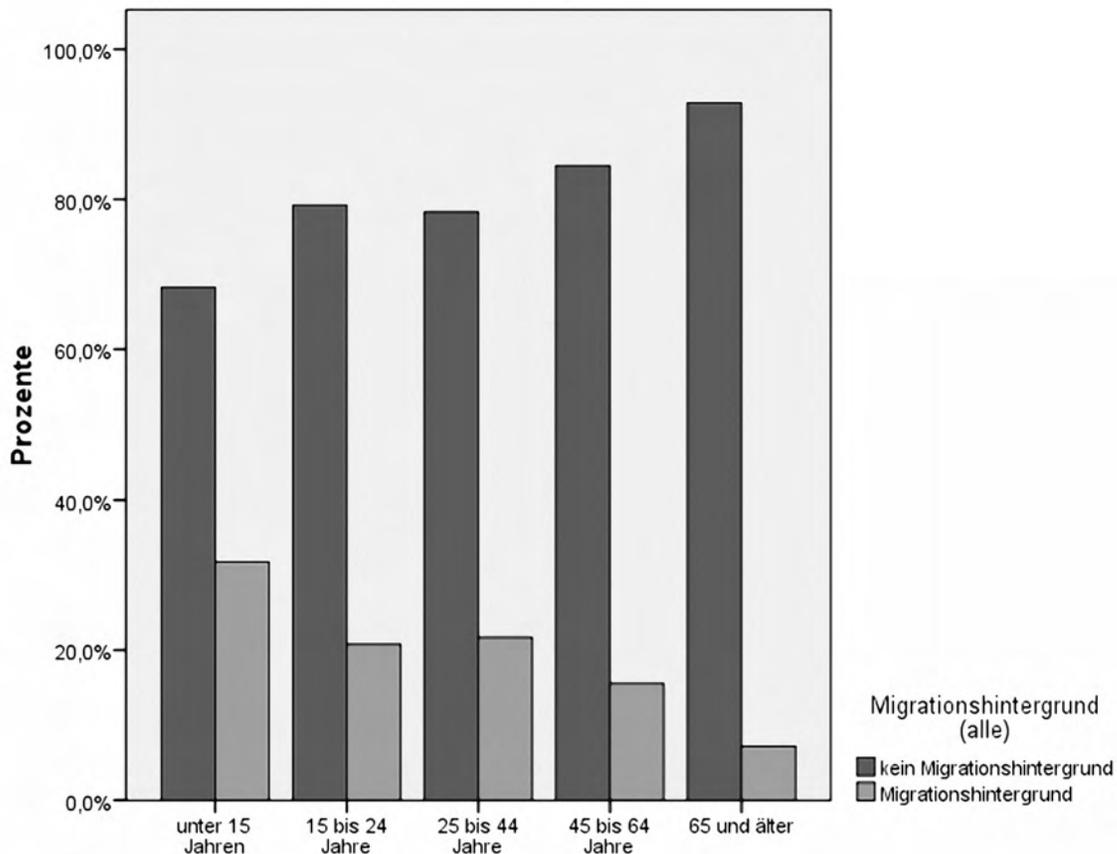


Diagramm 4: Migrationshintergrund (Anteil in %) nach Alterskategorien

DATENPROBLEM Alle, die ausschließlich über ein Elternteil einen Migrationshintergrund aufweisen, sind nur bis zur Volljährigkeit erfasst und werden danach als „ohne Migrationshintergrund“ gezählt.

Zu beachten ist an dieser Stelle die Verzerrung, die dadurch entsteht, dass alle Menschen, die ausschließlich über mindestens ein Elternteil Migrationshintergrund aufweisen, nur bis zur Volljährigkeit in dieser Kategorie erfasst sind und mit Erreichen ihrer Volljährigkeit der Kategorie der Menschen ohne Migrationshintergrund zugeschlagen werden. Dies hat erheblichen Einfluss auf die Altersverteilung der entsprechenden Kategorien, da die genannte Kategorie hierdurch ein extrem niedriges Durchschnittsalter von 6,03 Jahren aufweist. Entsprechend vorsichtig sind die Zahlen zu interpretieren, die anhand der Merkmale von Mi-

Kieler Gesamtbevölkerung und der ausländischen Bevölkerung können auch dem statistischen Bericht 202 „Kieler Zahlen 2009“ entnommen werden.

grationshintergrund differenzieren. Bei der Unterscheidung von Bezugsgebieten ist diese Verzerrung von weit geringerer Relevanz und tritt nur noch insoweit auf, als innerhalb der Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Bezugsgebieten unterschiedliche Verteilungen auf die Merkmale von Migrationshintergrund vorliegen. Zunächst wird das Alter als metrische Variable betrachtet, die aus den Geburtsjahren errechnet wurde. Es wird deutlich (Tab. 9), dass auch die Menschen mit Migrationshintergrund durchschnittlich jünger sind, als die Menschen ohne Migrationshintergrund. **Mit Ausnahme der selbst Eingewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit sind zwischen den Durchschnittsaltern der Menschen ohne Migrationshintergrund und den Angehörigen aller anderen Kategorien von Merkmalen von Migrationshintergrund große Unterschiede erkennbar**, so dass der Unterschied des Durchschnittsalters von über 10 Jahren zwischen Menschen ohne und Menschen mit Migrationshintergrund durchaus nicht nur auf die verzerrenden Effekte der Kategorie [5] zurück-

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Deutschland	216.113	41,68	22,590
Türkei	5.753	39,46	19,055
Osteuropa	3.684	36,38	16,056
ehem. GUS	2.275	37,35	19,415
arabische Staaten	2.232	30,80	16,339
sonstiges Europa	2.393	41,69	17,681
Asien	1.353	34,40	14,259
Andere (Afrika, Amerika, Ozeanien)	1.293	36,14	15,824

Tabelle 11: Mittel- und Streuungswerte der Altersverteilung nach Bezugsgebiet für Bezugsgebiet nach Staatsangehörigkeit

	N	Mittelwert	Standard- Abweichung
Deutschland	193.549	43,02	22,384
Türkei	10.809	32,49	20,299
Osteuropa	9.155	36,35	20,016
ehem. GUS	5.960	35,66	20,219
arabische Staaten	5.750	28,25	18,107
sonstiges Europa	4.208	37,04	20,667
Asien	2.521	31,26	17,638
Andere (Afrika, Amerika, Ozeanien)	3.028	30,50	18,687

Tabelle 12: Mittel- und Streuungswerte der Altersverteilung nach Bezugsgebiet für Bezugsgebiet nach Migrationshintergrund

	F	Signifikanz	Eta
nach Staatsangehörigkeit mit Deutschland	150,800	0,000	0,067
nach Staatsangehörigkeit ohne Deutschland	99,423	0,000	0,175
nach Migrationshintergrund mit Deutschland	1.036,208	0,000	0,173
nach Migrationshintergrund ohne Deutschland	156,501	0,000	0,149

Tabelle 13: Statistische Kennzahlen für Altersverteilung nach Bezugsgebiet

fürbar ist. Der Blick auf die Korrelationskoeffizienten offenbart auch, dass die Unterschiede hier weniger zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen, sondern eher zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund vorliegen. Aus diesem Grund wird diese Differenzierung im Folgenden noch anhand einiger sinnvoller Alterskategorien untersucht.

Die Grafik 3 zeigt die prozentuale Verteilung innerhalb der Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund, differenziert nach fünf

Alterskategorien. **Klar erkennbar ist, dass bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund die Kategorien ab 45 Jahren stärker besetzt sind, bei den Menschen mit Migrationshintergrund dagegen die Kategorien bis zu 44 Jahren.** Dabei fällt auf, dass die größten Unterschiede gerade in den äußeren Kategorien vorliegen, eine Differenz des Anteils an der Bevölkerungsgruppe von 10,5% bei den unter 15-Jährigen und sogar von 14,0% in der anderen Richtung bei den über 64-Jähri-

gen. Die Grafik erlaubt damit auch einen Blick in die Zukunft und lässt klare Tendenzen des zukünftigen Entwicklungsverlaufs der quantitativen Verhältnisse von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zueinander erkennen, die durch die folgende Grafik 4 noch untermauert werden.

In Abbildung 4 sind die prozentualen Verhältnisse der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zueinander jeweils nur innerhalb der fünf Alterskategorien abgetragen. Ohne den verzerrenden Effekt des Kriteriums [5] dürfte die Kategorie der 15 bis 24-Jährigen mit Migrationshintergrund im Verhältnis noch etwas höher ausfallen, so dass hier eine sehr stringente Entwicklung zu einer immer weiter fortschreitenden quantitativen Annäherung der beiden Bevölkerungsgruppen deutlich wird, wohlgermerkt sogar ohne die Berücksichtigung der älteren zweiten, der dritten oder

[2] bis [5] gegenüber [1]) sowie Migrationshintergrund im Ganzen ([0] gegenüber [1] bis [5]) differenziert.

Die Übersicht über die Bezugsgebiete lässt erkennen, dass zwar die Menschen mit Migrationshintergrund aus allen Bezugsgebieten im Durchschnitt jünger sind, als die Menschen ohne Migrationshintergrund, allerdings differieren die Bevölkerungsgruppen nach Bezugsgebieten untereinander ebenfalls sehr stark. Während die Personen mit dem Bezugsgebiet Europa ohne Türkei im Durchschnitt circa 6 bis 7 Jahre jünger sind, als die Menschen ohne Migrationshintergrund, liegt der Altersdurchschnitt bei Personen mit arabischen Staaten, Asien oder der Türkei als Bezugsgebieten circa 10 bis 15 Jahre unter dem Durchschnittsalter der Menschen ohne Migrationshintergrund.

		kein Migrationshintergrund [0]	Migrationshintergrund	gesamt
			[1] [2] [3] [4] [5]	
Nord	N	53306	7474	60780
	%	87,7%	12,3%	100,0%
Süd	N	44336	6571	50907
	%	87,1%	12,9%	100,0%
Mitte	N	47898	7824	55722
	%	86,0%	14,0%	100,0%
Ost	N	20344	5177	25521
	%	79,7%	20,3%	100,0%
Mettenhof	N	13704	7985	21689
	%	63,2%	36,8%	100,0%
Gaarden	N	12018	8627	20645
	%	58,2%	41,8%	100,0%

Tabelle 14: Migrationshintergrund (Anteil in %) nach Sozialzentrum

weiterer Generationen in Bezug auf den Migrationshintergrund. **Während der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei den über 64-Jährigen noch lediglich 7,2% beträgt, sind es bei den unter 15-Jährigen bereits 31,8%.**

Bei der danach folgenden Darstellung (Tab. 11) der Altersverhältnisse nach Bezugsgebieten wird das Alter als metrische Variable betrachtet und nach Staatsangehörigkeit ([0] und

Der Betrachtung der Differenzierung nach Bezugsgebiet lediglich für die Gruppe der Nicht-Deutschen in Kombination mit dem Vergleich der entsprechenden Korrelationskoeffizienten lässt auch am Beispiel des Alters erkennen, dass die Unterschiede zwischen den Personengruppen nach Bezugsgebieten weit größer ausfallen als der Unterschied zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Generell liegen die Altersdurchschnitte der Nicht-Deutschen höher

		kein Migrationshintergrund [0]	deutsch mit Migrationshintergrund [2] [3] [4] [5]	ausschließlich nicht deutsch [1]	gesamt
Nord	N	53306	4228	3246	60780
	%	87,7%	7,0%	5,3%	100,0%
Süd	N	44336	4315	2256	50907
	%	87,1%	8,5%	4,4%	100,0%
Mitte	N	47898	3989	3835	55722
	%	86,0%	7,2%	6,9%	100,0%
Ost	N	20344	2890	2287	25521
	%	79,7%	11,3%	9,0%	100,0%
Mettenhof	N	13704	5421	2564	21689
	%	63,2%	25,0%	11,8%	100,0%
Gaarden	N	12018	3664	4963	20645
	%	58,2%	17,7%	24,0%	100,0%

Tabelle 15: Migrationshintergrund (differenziert) (Anteil in %) nach Sozialzentrum

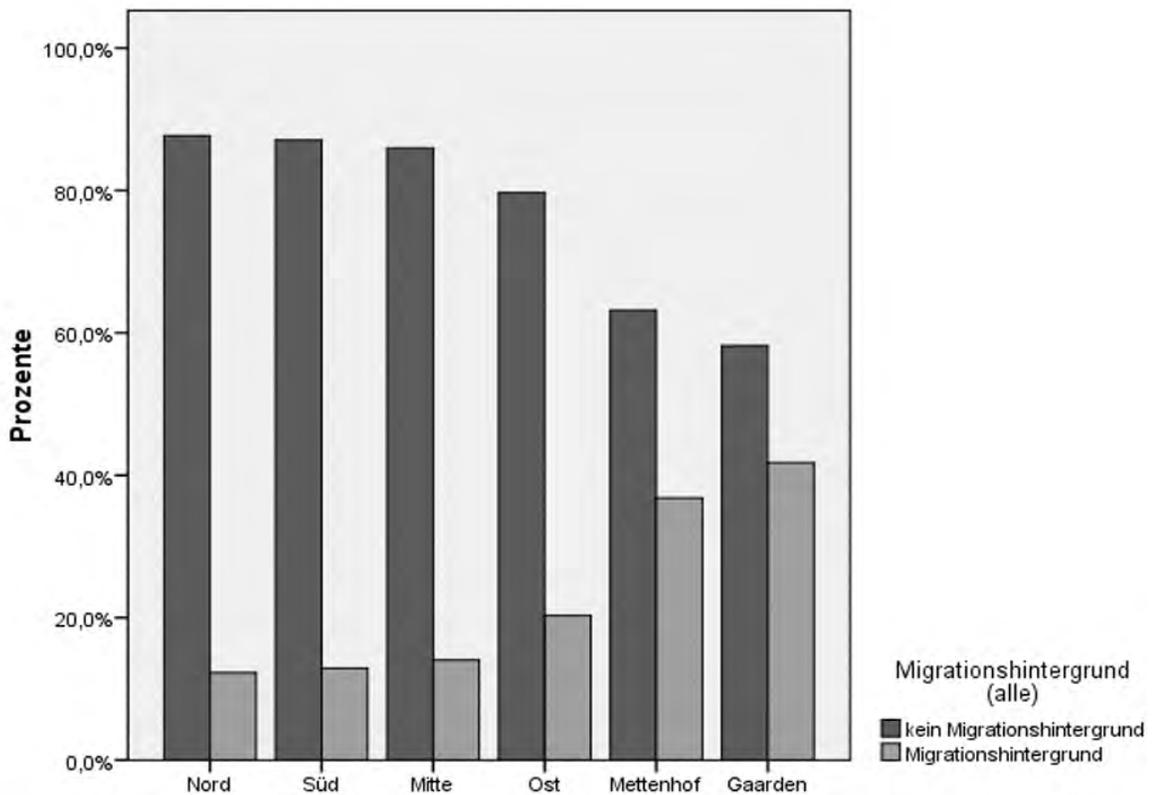


Diagramm 5: Migrationshintergrund (Anteil in %) nach Sozialzentrum

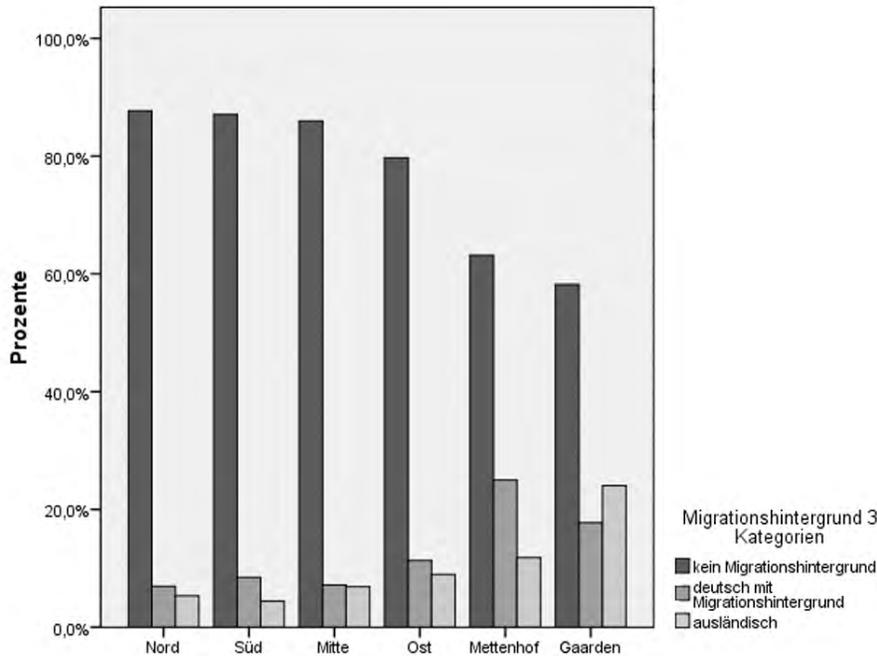


Diagramm 6: Migrationshintergrund (differenziert) (Anteil in %) nach Sozialzentrum

als die der Menschen mit Migrationshintergrund im Ganzen, teilweise nur noch leicht geringer oder auf einem Niveau mit dem der Deutschen. Bemerkenswert ist indessen, dass der Altersdurchschnitt der Nicht-Deutschen mit dem Bezugsgebiet Osteuropa fast identisch ist mit dem Durchschnitt der Menschen mit Migrationshintergrund aus diesem Bezugsgebiet, wohingegen die mit durchschnittlich 32,49 Jahren sehr jungen Menschen mit Migrationshintergrund und dem Bezugsgebiet Türkei fast 7 Jahre unter dem Durchschnittsalter der Nicht-Deutschen mit Bezugsgebiet Türkei liegen. Auch unter den Nicht-Deutschen sind die Menschen mit dem Bezugsgebiet arabische Staaten die Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten Durchschnittsalter.

Räumliche Segregation

Hier wird untersucht, inwieweit sich die Bevölkerung Kiels nach den Merkmalen Staatsbürgerschaft, Migrationshintergrund und Bezugsgebiet im Jahr 2009 über die räumlichen Sektoren des Stadtgebiets verteilt, inwieweit die Bevölkerung also bezüglich ihres Wohnorts im Stadtgebiet gleichverteilt ist. Dies erfolgt primär in der Differenzierung der sechs

Sozialzentren, wird aber ergänzt durch eine vergleichende Untersuchung nach Stadtteilen, so dass feinere Unterschiede innerhalb der großflächigen Sozialzentren nicht übergangen werden. Die Datengrundlage entspricht derjenigen der vorigen Kapitel (Jahr 2009; N: 235.264; geringere Summen bei Tabellen verweisen auf die entsprechende Anzahl fehlender Angaben).

Zunächst (Tab. 14) wird die Verteilung der Menschen mit Migrationshintergrund über die Sozialzentren dargestellt. Insgesamt liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund 2009 bei 18,6%.

Die Sozialzentren Nord, Süd und Mitte weisen demnach deutlich unterdurchschnittliche Anteile zwischen 12,3% und 14% auf, das Sozialzentrum Ost mit 20,3% befindet sich nahe am Durchschnitt, **in den Sozialzentren Mettenhof und vor allem Gaarden stellen mit Anteilen von bis zu 41,8% demnach diejenigen mit Migrationshintergrund einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil der Bevölkerung.** Die dann folgende Tabelle (15) differenziert nach Migrationshintergrund in drei Kategorien und legt offen, dass es auch relevante Unterschiede zwischen Deutschen mit Migrationshintergrund und Nicht-Deutschen bezüglich ihrer Verteilung über die Sozialzentren gibt. Zwar weisen auch hier die Sozialzentren Nord, Süd und Mitte unterdurchschnittliche und das Sozialzentrum Ost demgegenüber höhere Anteile bei beiden Gruppen mit Migrationshintergrund auf. Auffällig ist jedoch, dass im Sozialzentrum Süd der Anteil Nicht-Deutscher gerade halb so groß ist, wie der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund, wohingegen im Sozialzentrum Mitte diese beiden Gruppen fast auf einer Höhe liegen. Besonders

	N	χ^2	Signifikanz	Cramer-V
Sozialzentrum nach Migrationshintergrund	235.264	15.610,0	0,000	0,258
Sozialzentrum nach Staatsangehörigkeit	235.264	9.087	0,000	0,197
Sozialzentrum nach Migrationshintergrund in 3 Kat.	235.264	18.200,0	0,000	0,197
Stadtteil nach Migrationshintergrund	235.264	16.860,0	0,000	0,268
Stadtteil nach Staatsangehörigkeit	235.264	9.301,0	0,000	0,199
Stadtteil nach Migrationshintergrund in 3 Kat.	235.264	19.810,0	0,000	0,205

Tabelle 16: Statistische Kennzahlen für räumliche Segregation nach Migrationshintergrund (differenziert)

	Migrationshintergrund [1] [2] [3] [4] [5]	deutsch mit Migrations- hintergrund [2] [3] [4] [5]	ausschließlich nicht deutsch [1]
Höchste Anteile	Gaarden-Ost (43,7%)	Mettenhof (27,6%)	Gaarden-Ost (25,0%)
	Mettenhof (40,6%)	Gaarden-Ost (18,7%)	Altstadt (16,9%)
	Ellerbek (24,8%)	Ellerbek (13,4%)	Düsternbrook (14,1%)
	Vorstadt / Altstadt (23,7%)	Wellsee (12,4%)	Vorstadt (13,4%)
	Friedrichsort (21,2%)	Meimersdorf (11,7%)	Mettenhof (13,0%)

	Suchsdorf (9,3%)	Holtenau (5,0%)	Russe (2,9%)
	Holtenau (8,0%)	Düsterbrook (4,9%)	Suchsdorf (2,6%)
Geringste Anteile	Rönne (3,4%)	Rönne (2,1%)	Rönne (1,4%)

Tabelle 17: Migrationshintergrund (differenziert) (Anteil in %) nach Stadtteil (Auswahl)

Sozialzentrum	N	χ^2	Signifikanz	Cramer-V
nach Migrationshintergrund mit Deutschland	234.980	22.720,00	0,000	0,139
nach Migrationshintergrund ohne Deutschland	41.431	5.715,00	0,000	0,166
nach Staatsangehörigkeit mit Deutschland	235.096	13.080,00	0,000	0,105
nach Staatsangehörigkeit ohne Deutschland	18.983	2.911,00	0,000	0,175
Stadtteil	N	χ^2	Signifikanz	Cramer-V
nach Migrationshintergrund mit Deutschland	234.980	26.300,00	0,000	0,126
nach Migrationshintergrund ohne Deutschland	41.431	7.974,00	0,000	0,179
nach Staatsangehörigkeit mit Deutschland	235.096	15.200,00	0,000	0,096
nach Staatsangehörigkeit ohne Deutschland	18.983	4.491,00	0,000	0,199

Tabelle 18: Statistische Kennzahlen für räumliche Segregation nach Bezugsgebiet¹¹

wichtig ist aber die Erkenntnis, dass zwischen den beiden für Menschen mit Migrationshintergrund bedeutsamsten Sozialzentren Mettenhof und Gaarden bereits bei dieser Differenzierung große Unterschiede bestehen.

11. In den folgenden Kapiteln werden aus Raumgründen keine Angaben mehr zu Signifikanzen und statistischen Zusammenhangsmaßen erfolgen. Diese können bedarfsweise aus den ausgewiesenen Tabellen errechnet oder bei den Autoren des Berichts erfragt werden.

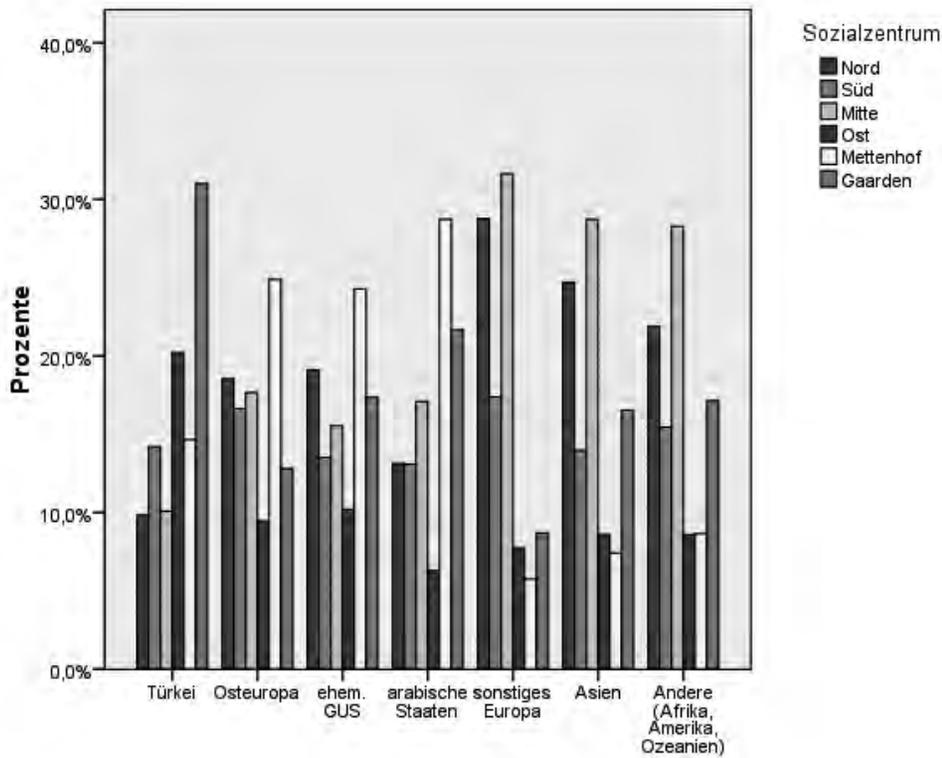


Diagramm 7: Sozialzentrum (Anteil in %) nach Bezugsgebiet für Bezugsgebiet nach Migrationshintergrund

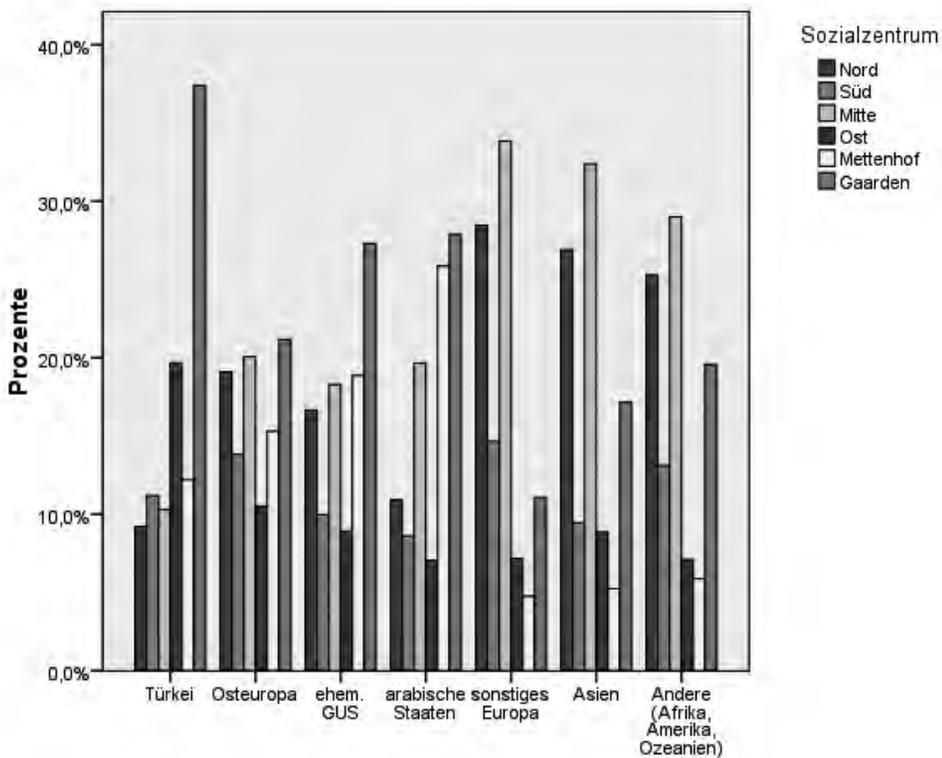


Diagramm 8: Sozialzentrum (Anteil in %) nach Bezugsgebiet für Bezugsgebiet nach Staatsangehörigkeit

Während in Mettenhof der Anteil der Nicht-Deutschen gegenüber den Deutschen mit Migrationshintergrund weniger als halb so groß ist, liegt der Anteil der Nicht-Deutschen in Gaarden sogar deutlich über dem der Deutschen mit Migrationshintergrund.

Der Blick auf die Korrelationskoeffizienten (Tab. 16) zeigt, dass die Unterschiede zwischen den räumlichen Einheiten bei der Differenzierung nach Migrationshintergrund im Ganzen am größten ausfallen. Gleichzeitig liegen für die feinere Aufteilung nach Stadtteilen noch leicht höhere Korrelationswerte vor als bei den großflächigen Sozialzentren. Dass eine Betrachtung nach Migrationshintergrund im Ganzen jedoch genauso wie eine Betrachtung nach den großflächigen Sozialzentren zu kurz greifen kann, zeigt auch die Tabelle 17, die der Differenzierung nach Migrationshintergrund im Ganzen die nach Deutschen mit Migrationshintergrund und Nicht-Deutschen gegenüber stellt.

Für die Aufgliederung nach Stadtteilen sprechen mehrere Ergebnisse. So gehört der Stadtteil Friedrichsort im Sozialzentrum Nord, das wie gesehen einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund aufweist, mit 21,2% Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zu den Stadtteilen mit überdurchschnittlichen Anteilen. Das nahegelegene Holtenau, ebenfalls im Sozialzentrum Nord, weist hingegen den zweitniedrigsten Anteil aller Stadtteile auf. Während das Sozialzentrum Mitte im Ganzen ebenfalls eher geringe Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund aufweist, haben die Stadtteile Altstadt und Vorstadt sowohl bezüglich der Menschen mit Migrationshintergrund im Ganzen, als auch bezüglich der Nicht-Deutschen sehr hohe Anteile, der Stadtteil Altstadt hat mit 16,9% Anteil Nicht-Deutscher sogar den zweithöchsten Wert der 30 Stadtteile nach Gaarden-Ost.

Dass auch die Differenzierung nach Deutschen mit Migrationshintergrund und Nicht-Deutschen zusätzlichen Erkenntnisgewinn verspricht, zeigt besonders das Beispiel Düsternbrook. Während dieser Stadtteil mit 4,9% derjenige mit dem zweitniedrigsten Anteil an Deutschen mit Migrationshintergrund ist, hat Düsternbrook mit 14,1% gleichzeitig den dritthöchsten Ausländeranteil der 30 Stadtteile, ei-

nen höheren Anteil als der Stadtteil Mettenhof. An diesem Beispiel wird auch besonders deutlich, dass bspw. ein hoher Ausländeranteil keine Rückschlüsse auf die gleichzeitige Existenz offensichtlicher Probleme mangelhafter Integration zulässt. Viel mehr als die Bevölkerungsanteile von Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit könnten hier Kennzahlen des sozioökonomischen Status als relevante Faktoren eines Erklärungsmodells vermutet werden.

Die räumliche Segregation der Bevölkerung nach Bezugsgebieten wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit entsprechender Tabellen inhaltlich lediglich nach Sozialzentren und nicht nach Stadtteilen untersucht, allerdings auch differenziert nach dem Bezugsgebiet von Menschen mit Migrationshintergrund einerseits und dem Bezugsgebiet von Nicht-Deutschen andererseits. Für die Differenzierung nach Stadtteilen, deren ausführliche Untersuchung vor dem Hintergrund o.g. Ergebnisse dennoch weitere wichtige Erkenntnisse verspräche, wurden hier zu Vergleichszwecken zumindest die Korrelationskoeffizienten berechnet.

Hierbei fallen die Werte für die Untersuchung nach Stadtteilen zwar ähnlich denen der Untersuchung nach Sozialzentren aus, liegen aber insbesondere dann, wenn lediglich die Bezugsgebiete ohne Deutschland berücksichtigt werden, also die Unterschiede zwischen den nicht-deutschen Bezugsgebieten untersucht werden, noch höher als bei der Betrachtung nach Sozialzentren. Der deutlichste Zusammenhang zwischen dem Bezugsgebiet von Menschen und dem Sozialzentrum ihres Wohnsitzes besteht zwischen dem Sozialzentrum Gaarden und dem Bezugsgebiet Türkei. **Dass sich Menschen mit dem Bezugsgebiet Türkei weit überwiegend im Sozialzentrum Gaarden niederlassen, mit Abstand gefolgt vom Sozialzentrum Ost, schlägt sich auch deutlich in der Bevölkerungszusammensetzung des Sozialzentrums nieder.**

! Berechnungen nach Stadtteilen bieten – was die Zusammensetzung der Bevölkerung anbetrifft – einen größeren Erkenntnisgewinn.

Im Raum des Sozialzentrums Gaarden hat die Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund einen Anteil von 60,6%, gefolgt von Menschen mit Migrationshintergrund und Bezugsgebiet Türkei mit 16,3%. Als nächstgrößte Gruppe folgen mit nur 6,1% Menschen mit Migrationshintergrund und dem Bezugsgebiet arabische Staaten.

Die Gruppe der Menschen mit Bezugsgebiet arabische Staaten konzentriert sich dagegen, noch vor dem Sozialzentrum Gaarden, auf das Sozialzentrum Mettenhof. Unter den Menschen mit Bezugsgebiet Osteuropa und ehemalige GUS sind die Konzentrationen auf den Raum eines spezifischen Sozialzentrums weniger ausgeprägt. Auffallend ist jedoch, dass diese Gruppe als Menschen mit Migrationshintergrund im Ganzen das Sozialzentrum Mettenhof präferiert, während das Sozialzentrum Gaarden noch weniger frequentiert ist, wie die Sozialzentren Nord, Mitte und Süd. Die Nicht-Deutschen mit entsprechendem Bezugsgebiet sind hingegen im Sozialzentrum Gaarden stärker konzentriert, während hier das Sozialzentrum Mettenhof weniger relevant ist.

Parallelen können auch zwischen den Menschen mit Bezugsgebiet sonstiges Europa, Asien und der Restkategorie mit Afrika, Amerika und Ozeanien erkannt werden. Obgleich Menschen des Bezugsgebiets Asien und der sonstigen drei Kontinente gegenüber den Menschen mit Bezugsgebiet sonstiges Europa besonders als Nicht-Deutsche auch eine erhöhte Konzentration im Sozialzentrum Gaarden aufweisen, dominieren doch in allen diesen Gruppen die Sozialzentren Nord und Mitte als präferierte Niederlassungsräume.

Insgesamt wird also deutlich, dass in Bezug auf die räumliche Segregation im Kieler Stadtgebiet in keinster Weise eine Gleichverteilung angenommen werden kann, weder nach Staatsangehörigkeit, noch nach Migrationshintergrund, nicht nach Bezugsgebiet und – bekanntlich – auch nicht nach sozioökonomischem Status. Vielmehr ist überraschend, wie differenziert die einzelnen Gruppen sich auf einzelne Teilräume aufteilen, so dass eine Reihe ganz unterschiedlicher und gleichermaßen relevanter Verteilungsregeln erkennbar werden.

4.2 Arbeitsmarkt und Transfereinkommen

Thematik und Relevanz

Integrationspolitisch sind die Bereiche Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt von größter Bedeutung. Dies trifft sowohl für die Teilhabe und Möglichkeiten zur Lebensgestaltung der Individuen zu als auch für die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten und Finanzkraft.

Gemeinsam mit dem Faktor Bildung stellt das i.d.R. durch die Teilhabe am Arbeitsmarkt erwirtschaftete Einkommen einen der wichtigsten Indikatoren für die sozioökonomische Situation einer Person oder einer Familie und damit auch für die soziale Herkunft von Kindern dar. Für das Individuum bedeutet Teilhabe am Arbeitsmarkt neben Einkommen auch Sinnstiftung, soziale Kontakte und stärkere Unabhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen. Für die Volkswirtschaft und der sozialen Sicherungssysteme ergeben sich aus mangelnder Teilhabe an der Erwerbsarbeit Belastungen durch u.a. Steuerausfälle, Konsumverzicht und erhöhte Unterstützungsleistungen. Vor allem jedoch sei auf die Abhängigkeit der Entwicklungschancen der Kinder von der Lebenssituation der Eltern hingewiesen.

Gleichzeitig ist die Chance auf eine Teilhabe am Arbeitsmarkt jedoch auch ganz direkt selbst an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Hierzu zählen wiederum individuelle Faktoren wie Sprachkompetenz, Bildungsstand, Berufsabschluss und Motivation, ebenso sind aber auch entsprechende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen wie das Angebot an Arbeitsplätzen und auch ein diskriminierungsfreier Zugang zu diesen. Insbesondere Letzterem muss in Bezug auf die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund besondere Aufmerksamkeit zukommen. **Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsqualifikationen wurde inzwischen durch die Politik als relevantes Handlungsfeld zur Verbesserung der Chancen entsprechender Menschen erkannt.** Auch die Landeshauptstadt Kiel hat sich die Entwicklung in diesem Bereich durch entsprechende Ratsbeschlüsse auf die Agenda gesetzt und gestaltet damit aktiv Vielfalt.

Ein aktiver gestalterischer Umgang mit Migration ist sich bewusst, dass die Personen und Familien mit Migrationshintergrund als Ge-

werbetreibende und auch als Beschäftigte oder Selbständige für den wirtschaftlichen Alltag eine große Rolle spielen. Zum einen ist hier auf die so genannte „ethnische Ökonomie“ hinzuweisen: Geschäftsgründungen von Kielern und Kielerinnen mit Migrationshintergrund, z.B. im Gaststättengewerbe aber auch in anderen Bereichen. Zum anderen liegen Ressourcen darin, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ökonomisch mit zahlreichen Ländern verbunden ist und sich daraus Wirtschaftsbeziehungen ergeben. Allerdings sind in diesem Bereich die Handlungsspielräume der Kommune klein.

Datengrundlage und Definitionen

Gerade letzterer Bereich – „ethnic economy“ kann lediglich in Form von Empfehlungen für Datenerhebungen berücksichtigt werden. Hier liegen – dies ist in den meisten anderen Städten nicht anders – so gut wie keine Informationen vor. Zur Analyse des Potentials in diesem Bereich empfehlen wir eine Erhebung entsprechender Informationen.

Ein Indikator wären die Anmeldungen (und Abmeldungen) von Gewerbe. Hier werden aber nur „Ausländer“ erfasst, also eine kleine Teilgruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Zu den Aspekten des Arbeitsmarktes und zu Transfereinkommen liegen bei der Stadt Kiel Daten der Bundesagentur für Arbeit für die Jahre 2006 bis 2009 vor, auf deren Basis Aussagen zu den Gruppen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, den Arbeitslosen nach SGB III und verschiedener Gruppen von Leistungsbeziehenden nach SGB II möglich sind. **Allerdings ist auch hier jeweils lediglich eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit, nicht nach Migrationshintergrund möglich:** „Analysen zu Migrationsfragen müssen bislang auf Datenmaterial zugreifen, das vor allem auf die Staatsangehörigkeit abstellt“¹². Dass Menschen mit Migrationshintergrund im Ganzen und Ausländer/innen in manchen Merkmalen grundverschie-

12. Zentraler monatlicher Analytikreport „Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer“, <http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/240912/publication-File/116759/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201012.pdf> [Zugriff 7.2.2011]

! Im Sinne eines „Arbeitsmarktmonitors“ wären mehr Daten wünschenswert, u.a. zur „ethnic economy“.

dene Eigenschaften aufweisen können, wurde bereits im Kapitel 4.1 deutlich und verweist vor allen anderen Gründen auf die unzureichende Datengrundlage. Vom Statistischen Bundesamt werden seit dem Mikrozensus 2005 zwar Daten erfasst, die Aussagen zur Arbeitsmarktintegration der Gruppen mit Migrationshintergrund erlauben. Allerdings können diese nur bis zur Ebene der Bundesländer herunter gebrochen werden. Danach beträgt die Erwerbstätigenquote (bezogen auf die Gesamtbevölkerung, nicht auf die Erwerbsfähigen!)

in Schleswig-Holstein allgemein 47%, für die Personen mit Migrationshintergrund 41,4%, für Ausländer/innen 46,4%. Die Erwerbslosenquote (bezogen auf die Erwerbsbevölkerung) 6,8% allgemein, 13,3% für Personen mit Migrationshintergrund, 14,6% für Ausländer/innen¹³.

Für eine gründliche Analyse des Arbeitskräftepotentials für Kiel fehlen jedoch die Voraussetzungen. Zudem liegen den vorhandenen Daten bei der Betrachtung in der Differenzierung nach Staatsangehörigkeit auch innerhalb der Leistungsbeziehenden nach SGB II noch unterschiedliche Grundgesamtheiten zu Grunde. Während für die Betrachtung nach SGB III und der entsprechenden Daten für SGB II lediglich Arbeitslose betrachtet werden

		2006		2007		2008		2009	
		Bev.	soz.pfl.	Bev.	soz.pfl.	Bev.	soz.pfl.	Bev.	soz.pfl.
		15-64J.	B. a. W.						
Gaarden	deutsch	11.036	3.974	11.063	4.065	11.143	4.238	11.334	4.127
	nicht-deutsch	3.974	815	4.065	932	4.001	949	3.936	896
Mettenhof	deutsch	11.808	4.775	11.805	4.816	11.778	4.876	11.725	4.876
	nicht-deutsch	1.937	368	1.953	391	1.949	370	1.952	351
Mitte	deutsch	38.012	17.986	38.685	18.475	39.351	19.012	39.745	19.109
	nicht-deutsch	3.751	905	3.702	886	3.535	889	3.409	876
Nord	deutsch	37.304	17.059	37.318	17.413	37.392	17.687	37.466	17.758
	nicht-deutsch	3.008	716	3.110	737	2.915	728	2.769	729
Ost	deutsch	14.434	6.661	14.614	6.842	14.687	7.040	14.807	7.068
	nicht-deutsch	1.830	487	1.808	490	1.756	498	1.853	483
Süd	deutsch	32.223	15.836	32.252	16.083	32.176	16.470	32.307	16.518
	nicht-deutsch	1.903	512	1.786	509	1.729	491	1.831	533
unbekannt	deutsch		531		621		729		881
	nicht-deutsch		57		57		64		62
gesamt	deutsch	144.817	66.822	145.737	68.315	146.527	70.052	147.384	70.337
	nicht-deutsch	16.403	3.860	16.424	4.002	15.885	3.989	15.750	3.930

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort und der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, differenziert nach Sozialzentren und Staatsangehörigkeit

13. Ebd.

(2009: 9.622 nach SGB II), werden in einem anderen Datensatz für SGB II, der zusätzlich die Differenzierung nach Geschlecht und zwei Alterskategorien erlaubt, alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Personen nach SGB II betrachtet (2009: 24.284), in einem weiteren Datensatz alle Personen nach SGB II insgesamt (2009: 33.131).

Es ist unzureichend bspw. nur den Anteil Nicht-Deutscher an den Arbeitslosen nach SGB II zu betrachten. Diese müssen, um ein korrektes Bild vom Unterschied zu Deutschen und dies immer noch ohne Kontrolle von Determinanten zu erhalten, als Anteil an der nicht-deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zum Anteil der deutschen Arbeitslosen nach SGB II an der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ins Verhältnis gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass es nicht sinnvoll ist, hier die entsprechend umfangreichen Ergebnisse sowohl für Arbeitslose, als auch erwerbsfähige Hilfebedürftige und alle Personen nach SGB II insgesamt zu berechnen. Entsprechend werden im Folgenden nur einige wenige Analysen vorgestellt und weitere Analysemöglichkeiten lediglich benannt.

Zunächst werden in der o.g. Form die Differenzen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen für die Gruppen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, die Arbeitslosen nach SGB III und die Arbeitslosen nach SGB II vorgestellt. Obgleich für diese aggregierten Datensätze der Bundesagentur für Arbeit, die auch über das Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen (Abteilung 05.3 – Statistik) zu erhalten sind, aufgrund ihrer Anlage mit paralleler, nicht untergeordneter Differenzierung keine weiteren Analysen nach Geschlecht oder Alter möglich sind, werden diese Betrachtungen hier ins Zentrum gestellt. Der Grund hierfür liegt in der Abgrenzung der betrachteten Gruppe; letztlich ist es die Gruppe der Arbeitslosen nach SGB III und II, die für steuerpolitische Maßnahmen am ehesten greifbar ist. Hilfebedürftige, die zwar theoretisch erwerbsfähig, aber nicht arbeitslos gemeldet sind, bspw. Kinder ab 15 Jahren oder gar Nicht-Erwerbsfähige sind demgegenüber weniger oder gar nicht als Zielgruppe für steuerpolitische Maßnahmen geeignet.

Auf die Analyse eines weiteren Datensatzes der Bundesagentur für Arbeit, der aggregierte Daten zu den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach SGB II enthält, wird verzichtet. Gegen-

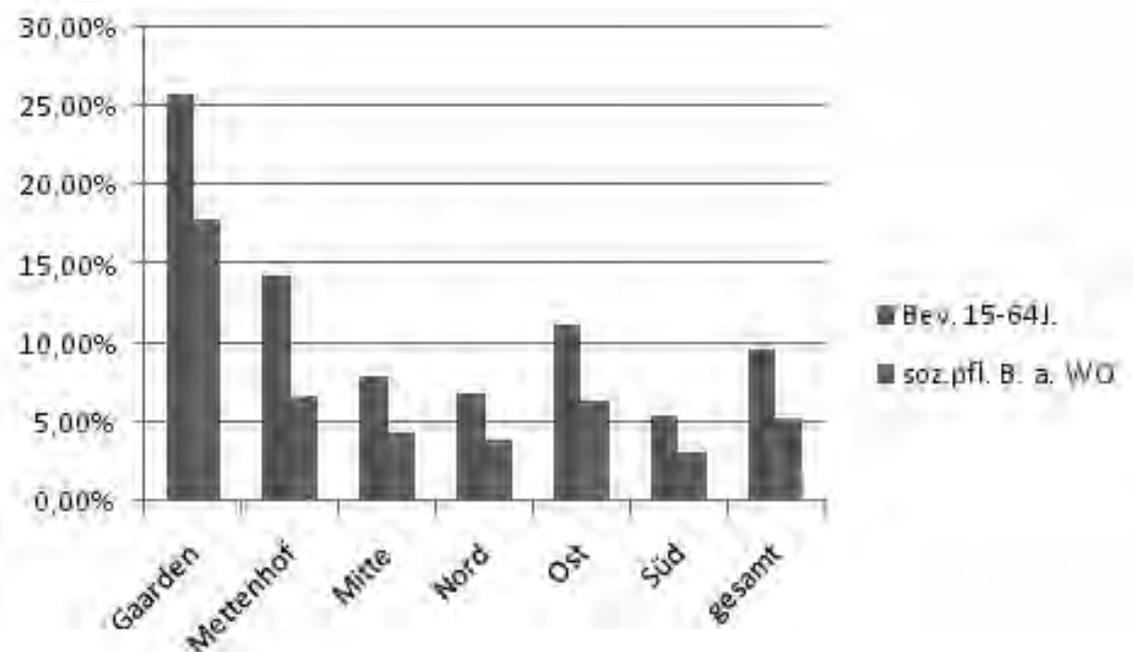


Diagramm 1: Anteile Nicht-Deutscher an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Jahr 2009 nach Sozialzentren

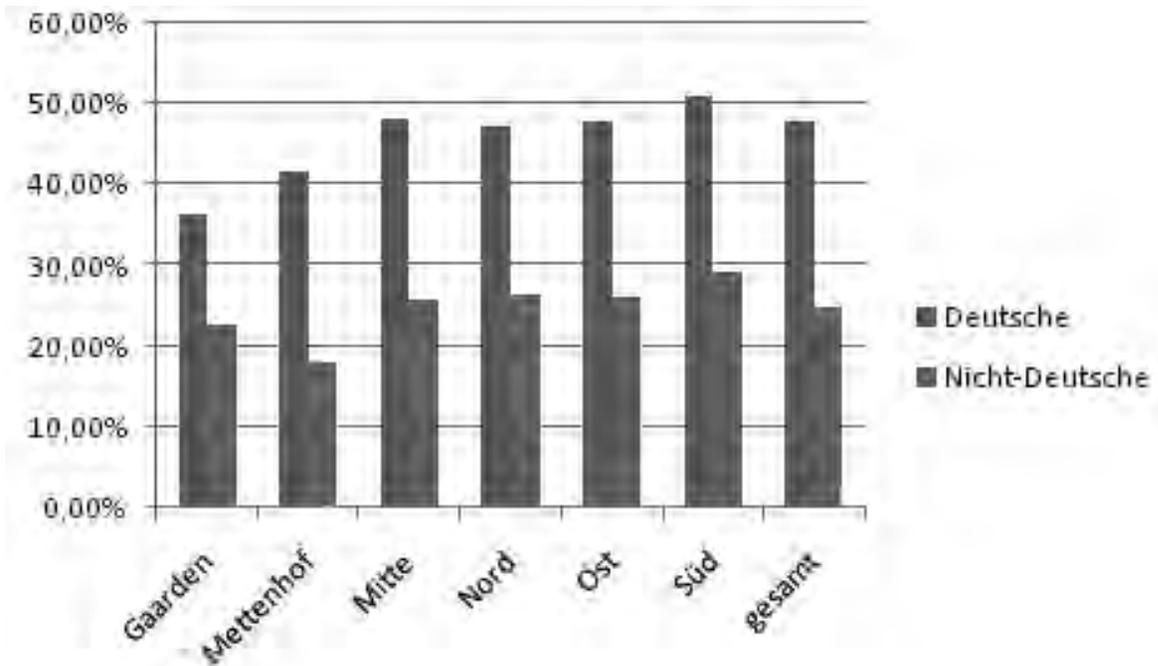


Diagramm 2: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren im Vergleich Deutscher und Nicht-Deutscher im Jahr 2009 nach Sozialzentren

über dem vorgenannten Datensatz wäre lediglich noch eine Analyse nach Geschlecht und Alter, dichotom getrennt bei 25 Jahren möglich. Den Einbezug dieser Faktoren ist in folgendem Datensatz besser möglich.

Hierbei handelt es sich um einen komplexeren Datensatz, der ebenfalls beim Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen (Abteilung 05.3 – Statistik) vorliegt. Der Datensatz enthält im Unterschied zu den Datensätzen der Bundesagentur für Arbeit Daten auf Individualniveau, die Differenzierungen in einem breiteren Spektrum ermöglichen. Der Datensatz enthält alle Personen nach SGB II, ermöglicht durch die Eingrenzung anhand der Variablen Erwerbsfähigkeit und Kundenstatus bei der Arbeitsvermittlung jedoch auch die Betrachtung ausschließlich erwerbsfähiger Hilfebedürftiger oder Arbeitsloser nach SGB II. Allerdings treten hierbei Inkonsistenzen zu den Daten der Bundesagentur für Arbeit auf. Der Datensatz kommt für 2009 auf 24.308 statt 24.284 erwerbsfähige Hilfebedürftige und 9.346 statt 9.622 Arbeitslose nach SGB II.

Ein großer Vorteil des Datensatzes besteht in der zusätzlichen Möglichkeit, nach Bezugsgemeinschaften statt Personen zu analysieren, ein großer Nachteil darin, dass auch hier lediglich nach Staatsangehörigkeit differenziert

werden kann. Im Folgenden wird hierbei lediglich nach deutsch und nicht-deutsch unterschieden. Der Datensatz enthält zwar auch Angaben über die Länder, denen die nicht-deutschen Staatsangehörigkeiten zuzuordnen wären, auf diese Analyse wird an dieser Stelle jedoch verzichtet, da für einen sinnvollen Vergleich mit Anteilen an der Gesamtbevölkerung die Staaten entsprechend den Demographiedaten zusammengefasst werden müssten, was auf Basis der vorliegenden Informationen nicht möglich ist. Ob der Datensatz im Amt für Kommunikation, Standortmarketing

	2006	2007	2008	2009
Gaarden	0,57	0,62	0,62	0,63
Mettenhof	0,47	0,49	0,46	0,43
Mitte	0,51	0,50	0,52	0,53
Nord	0,52	0,51	0,53	0,56
Ost	0,58	0,58	0,59	0,55
Süd	0,55	0,57	0,55	0,57
gesamt	0,51	0,52	0,53	0,52

Tabelle 2: Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (1) nach Sozialzentren

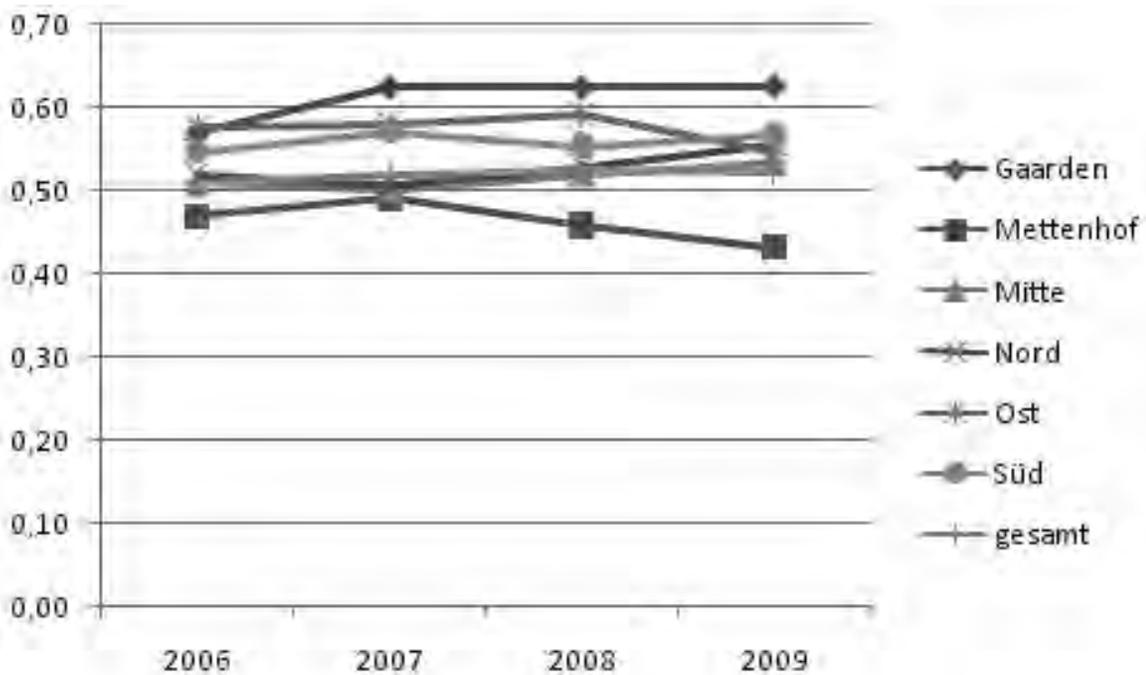


Diagramm 3: Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (1) nach Sozialzentren

und Wirtschaftsfragen zukünftig auch in der entsprechenden Kategorisierung abrufbar ist, wäre zu prüfen.

Weitere Variablen, die in dem Datensatz enthalten sind, betreffen den Haushaltstyp (deutsche, nicht-deutsche oder gemischte Staatsbürgerschaften), den Familienstand, das Geschlecht und das Alter der Person, die Rolle der Person im Haushalt (gemeldeter Vorstand, Partner, Kind), den Typ der Bezugsgemeinschaft (partnerschaftlich, Single, mit oder ohne Kinder), den höchsten Schulabschluss, die Dauer der Arbeitslosigkeit sowie den Wohnort nach Stadtteil und Sozialzentrum. Nicht zu jeder Variable können im Folgenden aus Raumgründen Angaben gemacht werden. Auch ist eine Interpretation vieler Angaben nur sehr eingeschränkt sinnvoll, da die Unterschiede zwischen deutschen und nicht-deutschen Personen nach SGB II nicht daraufhin kontrolliert werden können, wie groß diese Unterschiede auch in der deutschen und nicht-deutschen Gesamtbevölkerung ausfallen, schlicht weil hierzu die entsprechenden Angaben für die Gesamtbevölkerung fehlen.

Hingewiesen sei an dieser Stelle auch darauf, dass in diesem und den folgenden Kapiteln im Unterschied zu Kapitel 4.1 aus Raumgründen keine Angaben mehr zu Signifikanzen und statistischen Zusammenhangsmaßen erfolgen. Diese können bedarfsweise aus den ausgewiesenen Tabellen errechnet oder bei den Autoren des Berichts erfragt werden.

Indikatoren und Analysen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort

- Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort und der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, differenziert nach Sozialzentren und Staatsangehörigkeit
- Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren im Vergleich Deutscher und Nicht-Deutscher im Jahr 2009 nach Sozialzentren

Indikatoren und erste Ergebnisse Arbeitsmarkt und Transfereinkommen

		2007		2007		2008		2009	
		15-64 J.	SGB-III						
Gaarden	deutsch	11.036	192	11.063	159	11.143	201	11.334	229
	nicht-deutsch	3.974	64	4.065	68	4.001	58	3.936	71
Mettenhof	deutsch	11.808	246	11.805	193	11.778	168	11.725	206
	nicht-deutsch	1.937	24	1.953	30	1.949	29	1.952	27
Mitte	deutsch	38.012	691	38.685	574	39.351	555	39.745	627
	nicht-deutsch	3.751	52	3.702	40	3.535	38	3.409	34
Nord	deutsch	37.304	667	37.318	539	37.392	561	37.466	669
	nicht-deutsch	3.008	58	3.110	39	2.915	29	2.769	30
Ost	deutsch	14.434	292	14.614	265	14.687	259	14.807	339
	nicht-deutsch	1.830	41	1.808	34	1.756	30	1.853	37
Süd	deutsch	32.223	642	32.252	507	32.176	510	32.307	622
	nicht-deutsch	1.903	44	1.786	33	1.729	25	1.831	20
unbekannt	deutsch		135		90		79		97
	nicht-deutsch		7		2		4		3
gesamt	deutsch	144.817	2.865	145.737	2.327	146.527	2.333	147.384	2.789
	nicht-deutsch	16.403	290	16.424	246	15.885	213	15.750	222

Tabelle 3: Entwicklung der Zahl von Arbeitslosen nach SGB III und der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, differenziert nach Sozialzentren und Staatsangehörigkeit

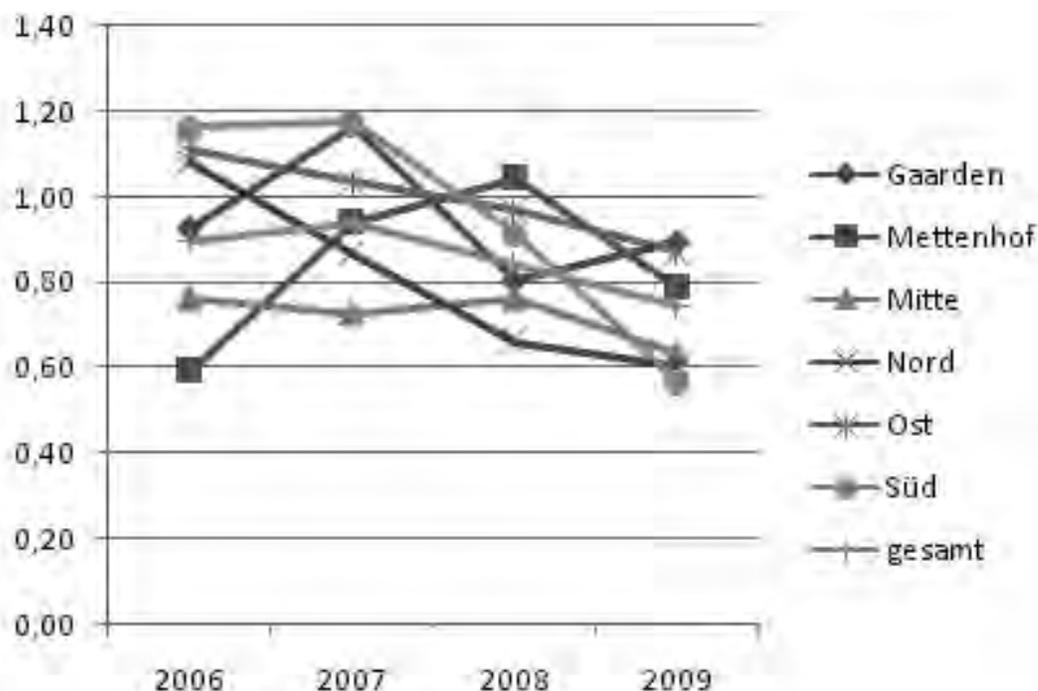


Diagramm 4: Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile Arbeitsloser nach SGB III unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen Arbeitsloser nach SGB III unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jah-

- ▶ Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (1) nach Sozialzentren

Bezug von Unterstützungsleistungen nach SGB III

- ▶ Entwicklung der Zahl von Arbeitslosen nach SGB III und der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, differenziert nach Sozialzentren und Staatsangehörigkeit
- ▶ Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile Arbeitsloser nach SGB III unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen Arbeitsloser nach SGB III unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (1) nach Sozialzentren

Bezug von Unterstützungen nach SGB II

- ▶ Entwicklung der Zahl Arbeitsloser nach SGB II und der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, differenziert nach Sozialzentren und Staatsangehörigkeit
- ▶ Anteile Arbeitsloser nach SGB II an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren im Vergleich Deutscher und Nicht-Deutscher im Jahr 2009 nach Sozialzentren
- ▶ Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile Arbeitsloser nach SGB II unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen Arbeitsloser nach SGB II unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (1) nach Sozialzentren
- ▶ Arbeitslose nach SGB II im Jahr 2009 nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht
- ▶ Altersverteilung von Arbeitslose nach SGB II im Jahr 2009 nach Staatsangehörigkeit
- ▶ Arbeitslose nach SGB II im Jahr 2009 nach Staatsangehörigkeit und höchstem Schulabschluss

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort

Die Grundlage für die Betrachtung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort ist Tabelle 1. Hiervon sind lediglich die Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dem Datensatz der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Wie bereits ausgeführt, ist die Betrachtung des Anteils Nicht-Deutscher an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten allein nicht aussagekräftig. **Erst die Abweichung des Anteils im Vergleich zum Anteil Nicht-Deutscher an der Gruppe potenzieller Beschäftigter bietet die Möglichkeit einer Einschätzung realer Differenzen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen, allerdings immer noch ohne Kontrolle weiterer wichtiger Determinanten.** Als Referenzgröße wird hier auf Basis der Demographiedaten aus Kapitel 4.1 die erwerbsfähige Bevölkerung, das ist die Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren, herangezogen. Die Analyse beschränkt sich hier aus Raumgründen auf die Differenzierung nach Sozialzentren, obgleich eine Untersuchung nach Stadtteilen, wie in Kapitel 4.1 ausgeführt wurde, ergänzend in Betracht gezogen werden sollte. Betrachtet man zunächst lediglich den Anteil Nicht-Deutscher an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Bezug zur erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung in seiner zeitlichen Entwicklung, lässt sich keine nennenswerte Verschiebung feststellen. Der Anteil schwankt nur sehr leicht und hat sich von 5,46% im Jahr 2006 um gerade einmal 0,17 Prozentpunkte auf 5,29% im Jahr 2009 reduziert. Diagramm 1 auf Basis des Jahres 2009 zeigt zunächst, dass sich bei der Aufteilung der Nicht-Deutschen über die Sozialzentren zwischen der erwerbsfähigen Bevölkerung und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine Unterschiede bezüglich des Wohnorts feststellen lassen. Die Abfolge der Relevanz der Sozialzentren als Wohnort für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspricht derjenigen der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Deutliche Unterschiede werden hingegen erkennbar, wenn man die Differenz zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen bezüglich der Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort in den Blick nimmt. **Beträgt der Anteil sozialversicherungspflichtig**

tig Beschäftigter an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2009 mit Wohnort in der Landeshauptstadt Kiel insgesamt für die Deutschen 47,72%, beträgt er für die Nicht-Deutschen mit lediglich 24,95% nur gut die Hälfte. Unter den Deutschen sind also im Verhältnis zur erwerbsfähigen Bevölkerung nahezu doppelt so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als unter Nicht-Deutschen.

Erwähnenswert ist hierbei, dass die Anteile für Deutsche und Nicht-Deutsche gleichermaßen im Sozialzentrum Süd am höchsten liegen, nahezu auf einem Niveau knapp gefolgt von den Sozialzentren Nord, Mitte und Ost. In den Sozialzentren Gaarden und Mettenhof lie-

tig Beschäftigten am Wohnort an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Ein Wert von 1,0 würde also bedeuten, dass der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der erwerbsfähigen Bevölkerung für die Gruppe der Nicht-Deutschen exakt genauso groß ist, wie für die Gruppe der Deutschen. Bei einem Wert von 1,0 würden sich Deutsche und Nicht-Deutsche im Hinblick auf dieses Merkmal nicht unterscheiden. Ein Wert von 0,5 sagt indes aus, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen Nicht-Deutschen und Deutschen 0,5 zu 1 beträgt, also nur halb so groß ist. Ein Wert von 2,0 stünde für das Verhältnis 2 zu 1, der Anteil wäre bei den Nicht-Deutschen also doppelt so hoch, wie bei den Deutschen.

Die Entwicklung dieser Verhältnisse ist im Diagramm 3 noch einmal grafisch abgetragen. Aus diesen Ergebnissen erst kann nun eine Aussage dazu abgeleitet werden, wie groß die Unterschiede zwischen Nicht-Deutschen und Deutschen in diesem Bereich sind. Es wird zunächst offensichtlich, dass in den vier betrachteten Jahren

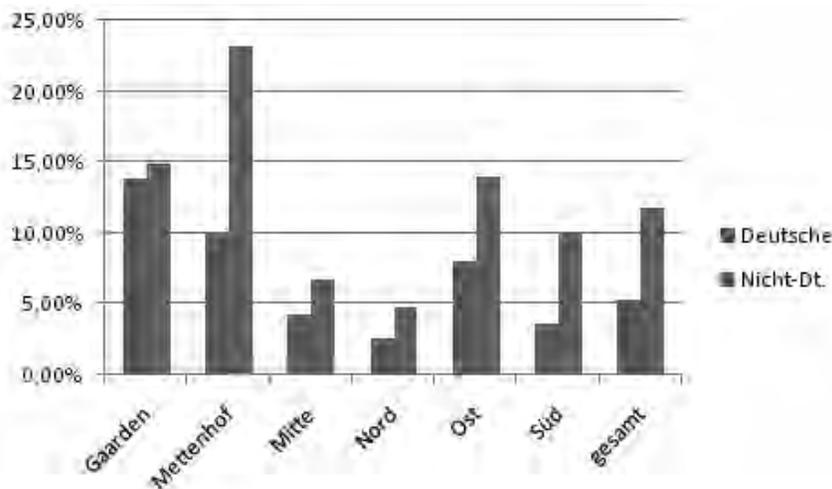


Diagramm 5: Anteile Arbeitsloser nach SGB II an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren im Vergleich Deutscher und Nicht-Deutscher im Jahr 2009 nach Sozialzentren

gen die Anteile für Deutsche wie Nicht-Deutsche erheblich niedriger, wobei den mit Abstand niedrigsten Wert für die Deutschen mit 36,41% das Sozialzentrum Gaarden aufweist, für die Nicht-Deutschen mit 17,98% allerdings das Sozialzentrum Mettenhof.

Diese Ergebnisse wirken aufgrund der Komplexität der Bezüge etwas unübersichtlich und sind schwer greifbar. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse für alle vier Jahre und sechs Sozialzentren in Tabelle 2 noch einmal sehr übersichtlich und nachvollziehbar zusammengefasst. Die Werte in der Tabelle geben dabei zum Ausdruck, wie das Verhältnis von Nicht-Deutschen zu Deutschen ist und zwar bezüglich der Anteile der sozialversicherungspflichtig-

	2006	2007	2008	2009
Gaarden	1,00	1,10	1,06	1,07
Mettenhof	2,40	2,58	2,67	2,31
Mitte	1,59	1,58	1,68	1,61
Nord	1,49	1,69	2,23	1,86
Ost	1,50	1,49	1,63	1,74
Süd	2,19	2,67	2,61	2,80
gesamt	2,01	2,14	2,28	2,23

Tabelle 5: Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile Arbeitsloser nach SGB II unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen Arbeitsloser nach SGB II unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (1) nach Sozialzentren

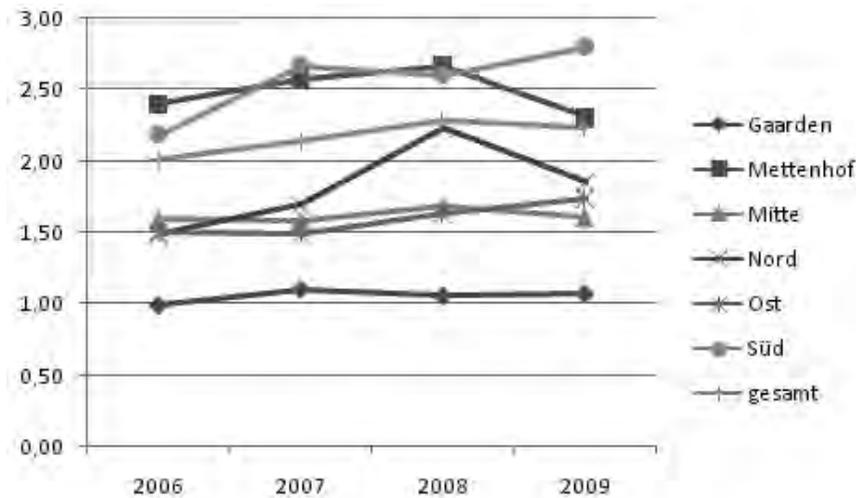


Diagramm 6: Entwicklung der Verhältnisse (X zu 1) der Anteile Arbeitsloser nach SGB II unter Nicht-Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (X) zu den Anteilen Arbeitsloser nach SGB II unter Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren (1) nach Sozialzentren

insgesamt kein Trend zu einer Angleichung festgestellt werden kann. Allerdings lassen sich insbesondere zwischen den Sozialzentren Gaarden und Mettenhof relevante Unterschiede erkennen und zwar sowohl bezüglich dem Unterschied zwischen Nicht-Deutschen und Deutschen als auch bezüglich der Entwicklungstendenz. Während die Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort an der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen

Nicht-Deutschen und Deutschen in Gaarden im Verhältnis 0,63 zu 1 stehen, stehen sie in Mettenhof im Verhältnis 0,43 zu 1. **Die Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen sind in Gaarden also unter allen Sozialzentren am geringsten, in Mettenhof am höchsten.** Hinzu kommt, dass sich die Situation in Gaarden zunächst angenähert und dann auf vergleichsweise nahem Niveau stagniert hat, während sich die Diskrepanz zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen in Mettenhof seit 2007 merklich vergrößert hat.

Bezug von Unterstützungsleistungen nach SGB III

Die Datensätze der Bundesagentur für Arbeit enthalten auch Zahlen zu den Arbeitslosen nach SGB III. Diese Personengruppe wirkt allerdings, neben den Problemen, die auch für

die anderen Datensätze zutreffen, zusätzliche Interpretationsschwierigkeiten auf. Wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist, ist die Gruppe der Arbeitslosen nach SGB III im Vergleich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und auch im Vergleich zu den Arbeitslosen nach SGB II sehr klein. Wird zusätzlich nur die Gruppe der Nicht-Deutschen betrachtet und diese nach Sozialzentren differenziert,

werden die entsprechenden Einzelwerte zu klein, insbesondere um belastbare Aussagen über Trends in der zeitlichen Entwicklung machen zu können.

Zudem fällt die inhaltliche Interpretation der Ergebnisse schwer. Das Auswertungsvorgehen entspricht zwar dem der Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und es sind damit Aussagen über Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen möglich. Allerdings lässt sich für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zunächst einmal sagen, dass ein hoher Anteil dieser Gruppe tendenziell positiv zu bewerten ist, auch wenn sich diese Aussage mit Blick auf die in dieser Gruppe nicht erfassten Arbeitstätigen wie bspw. Selbständige, die einen niedrigen Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ausgleichen können, relativieren lässt. Ebenso darf ein niedriger Anteil an Arbeitslosen nach SGB II als positiv gewertet werden. Es lässt sich also bestimmen, ob ein negatives oder positives Verhältnis zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen für eine der beiden Gruppen ein besseres oder schlechteres Ergebnis darstellt. Demgegenüber ist die Bewertung der Zahlen zu Arbeitslosen nach SGB III weniger eindeutig möglich. Zwar sind auch hier tendenziell niedrige Anteile wünschenswert, gleichzeitig verweist der Bezug von SGB III bereits auf eine mehrjährige Berufserfahrung, so dass es

im Vergleich zum Bezug von SGB II positiv zu werten wäre.

Schließlich lässt das Diagramm 4 als Endergebnis der Auswertung erkennen, dass die Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen bezüglich der Arbeitslosen nach SGB III deutlich geringer ausfallen, weit näher am neutralen Wert 1 liegen und auch zwischen den Sozialzentren weniger stark differieren, als das für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort und, wie sich zeigen wird, die Arbeitslosen nach SGB II der Fall ist. Zusammenfassend geben diese Gründe Anlass genug, **zukünftig von einem Einbezug der Daten zu Arbeitslosen nach SGB III in die Berichterstattung abzusehen.**

Bezug von Unterstützungsleistungen nach SGB II

Für die Personen nach SGB II liegen mehr und differenziertere Daten vor als für die sozialver-

sicherungspflichtig Beschäftigten und die Arbeitslosen nach SGB III. Zunächst werden die Daten der Bundesagentur für Arbeit äquivalent zu den bisherigen Auswertungen betrachtet. Da es sich hierbei nicht um alle Personen nach SGB II, sondern lediglich um Arbeitslose nach SGB II handelt, bildet auch hier die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Referenzgruppe.

Im Anschluss an diese Analysen wird auf Basis der Individualdaten des Amts für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen (Abteilung 05.3 – Statistik) für das Jahr 2009 eine unterdifferenzierte Untersuchung der Arbeitslosen nach SGB II nach weiteren Faktoren wie Geschlecht, Alter, Schulabschluss u.a., sowie eine Betrachtung nach Bezugsgemeinschaften vorgenommen, allerdings jeweils auch nur in der Unterscheidung von Deutschen und Nicht-Deutschen.

Für die Analyse der Daten der Bundesagentur für Arbeit dient wiederum die folgende Tabelle als Ausgangspunkt. Nur den Anteil Nicht-

		2006		2007		2008		2009	
		15-64 J.	SGB-II						
Gaarden	deutsch	11.036	2.028	11.063	1.778	11.143	1.613	11.334	1.570
	nicht-deutsch	3.974	727	4.065	721	4.001	613	3.936	584
Mettenhof	deutsch	11.808	1.381	11.805	1.296	11.778	1.193	11.725	1.176
	nicht-deutsch	1.937	544	1.953	553	1.949	527	1.952	453
Mitte	deutsch	38.012	1.875	38.685	1.949	39.351	1.776	39.745	1.677
	nicht-deutsch	3.751	295	3.702	295	3.535	268	3.409	231
Nord	deutsch	37.304	1.405	37.318	1.239	37.392	920	37.466	961
	nicht-deutsch	3.008	169	3.110	175	2.915	160	2.769	132
Ost	deutsch	14.434	1.431	14.614	1.495	14.687	1.238	14.807	1.190
	nicht-deutsch	1.830	272	1.808	276	1.756	242	1.853	259
Süd	deutsch	32.223	1.588	32.252	1.538	32.176	1.334	32.307	1.166
	nicht-deutsch	1.903	205	1.786	227	1.729	187	1.831	185
unbekannt	deutsch		86		58		39		20
	nicht-deutsch		14		11		10		8
gesamt	deutsch	144.817	9.794	145.737	9.353	146.527	8.113	147.384	7.760
	nicht-deutsch	16.403	2.226	16.424	2.258	15.885	2.007	15.750	1.852

Tabelle 4: Entwicklung der Zahl Arbeitsloser nach SGB II und der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, differenziert nach Sozialzentren und Staatsangehörigkeit

Deutscher an den Arbeitslosen nach SGB II im zeitlichen Verlauf in den Blick genommen, lassen sich auch hier, ähnlich der Situation im Hinblick auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, keine klaren Trends, sondern lediglich schwache Schwankungen konstatieren. Die Entwicklung zwischen 2006 und 2009 weist einen Anstieg von 0,75 Prozentpunkten von 18,52% auf 19,27% auf.

Mit Blick auf Diagramm 5 ist festzustellen, dass bezüglich der Anteile Arbeitsloser nach SGB II an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen bestehen. **Insgesamt liegt der Anteil in Kiel im Jahr 2009 für die Deutschen bei 5,27%, für die Nicht-Deutschen bei 11,76%, d.h. mehr als doppelt so hoch.**

		deutsch	nicht-deutsch	Gesamt
männlich	N	4.542	1.029	5.571
	%	61,1%	53,9%	59,6%
weiblich	N	2.895	880	3.775
	%	38,9%	46,1%	40,4%
Gesamt	N	7.437	1.909	9.346
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 6: Arbeitslose nach SGB II im Jahr 2009 nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Zusätzlich variiert diese Differenz zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen deutlich zwischen den Sozialzentren. Während im Sozialzentrum Gaarden auf zwar mit rund 14% hohem Niveau kaum nennenswerte Unterschiede der Anteile der Arbeitslosen nach SGB II an den Erwerbsfähigen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen bestehen, sind diese im Sozialzentrum Mettenhof auf hohem, bezüglich der Nicht-Deutschen mit 23,21% sogar äußerst hohem Niveau und auf insgesamt nied-

rigerem Niveau insbesondere im Sozialzentrum Süd besonders ausgeprägt.

Auch hier seien die Verhältnisse zur besseren Lesbarkeit in der folgenden Tabelle und dem entsprechenden Diagramm zusammengestellt. 2006 gab es in Gaarden in Bezug auf die Anteile von Arbeitslosen nach SGB II an der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen überhaupt keinen Unterschied und auch seither gibt es keinen relevanten Anstieg der Differenzen. Ein völlig anderes Bild bietet sich mit Blick auf die Sozialzentren Mettenhof und Süd. Während die Differenzen in Mettenhof zuletzt wieder gesunken sind, jedoch der Anteil der Arbeitslosen nach SGB II an der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Nicht-Deutschen mit einem Verhältnis von 2,31 zu 1 immer noch mehr als doppelt so hoch ist, wie bei den Deutschen, spitzen sich die Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen im Sozialzentrum Süd zu. Das Verhältnis zwischen Nicht-Deutschen und Deutschen stieg bezüglich der Anteile Arbeitsloser nach SGB II innerhalb von vier Jahren von 2,19 zu 1 auf 2,8 zu 1.

Auch insgesamt ist in diesem Zeitraum in Kiel ein leichter Anstieg von 2,01 zu 1 auf 2,23 zu 1 zu beobachten. **Die Situation Arbeitsloser nach SGB II entwickelt sich für die Gruppe der Nicht-Deutschen also schlechter, als dies für die Deutschen der Fall ist.** Unbenommen dessen geht die absolute Zahl der Arbeitslosen nach SGB II für beide Gruppen stetig zurück, allerdings sinkt die Zahl deutscher Arbeitsloser nach SGB II stärker als die Zahl nicht-deutscher Arbeitsloser nach SGB II.

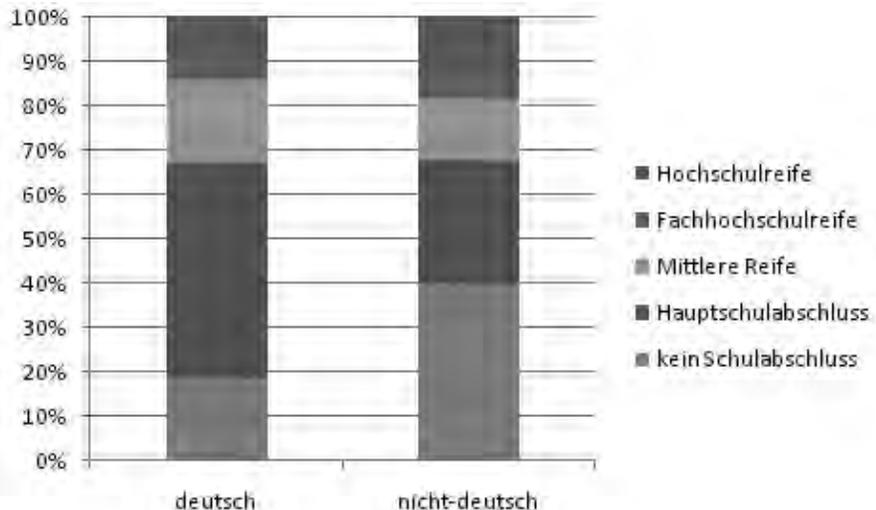


Diagramm 8: Arbeitslose nach SGB II im Jahr 2009 nach Staatsangehörigkeit und höchstem Schulabschluss

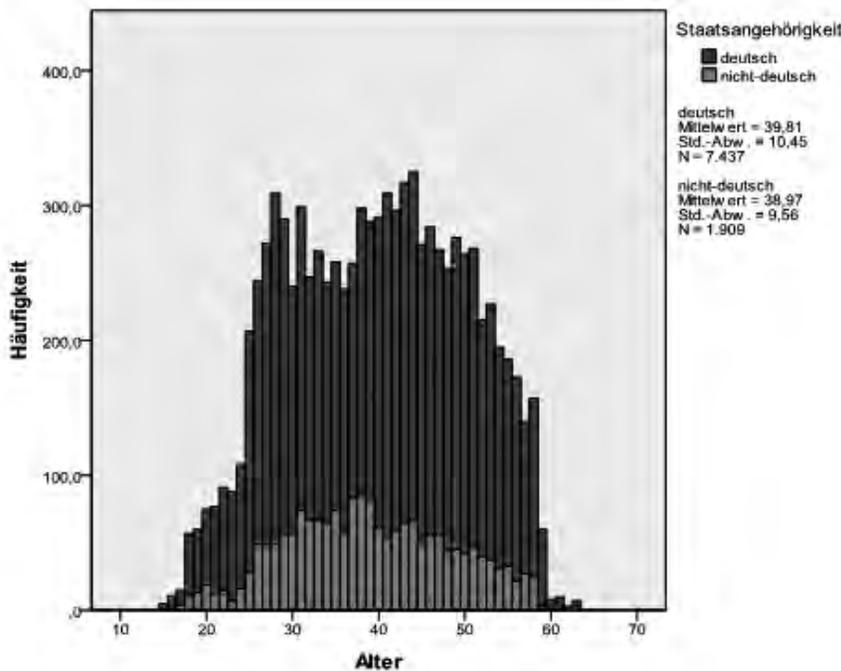


Diagramm 7: Altersverteilung von Arbeitslosen nach SGB II im Jahr 2009 nach Staatsangehörigkeit

Nachdem nun die zeitliche Entwicklung der Arbeitslosen nach SGB II ausführlich dargestellt wurde, werden im Folgenden noch einige exemplarische Analysen zu Zusammenhängen auf Basis des o.g. Individualdatensatzes vorgestellt. Ausdrücklich hingewiesen sei darauf, dass das Potenzial dieses Datensatzes damit lediglich angerissen ist. Wie oben angeführt, lassen sich nicht nur weit mehr als die folgenden Variablen untersuchen, es ist darüber hinaus eine Differenzierung nach den verschiedenen nicht-deutschen Staatsangehörigkeiten und durch Beschränkung auf bspw. Erwerbsfähige, Arbeitslose oder Bezugsgemeinschaften nach diversen Grundgesamtheiten möglich. Die folgenden Angaben beziehen sich nur auf Arbeitslose nach SGB II im Jahr 2009, die nach Staatsangehörigkeit dichotom differenziert sind.

Die Tabelle 6 zeigt die Differenzierung der Arbeitslosen nach SGB II nach Geschlecht. Hier sind deutliche Geschlechtsunterschiede erkennbar, allerdings nicht nur zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen, sondern auch im Vergleich der Arbeitslosen nach SGB II mit der Gesamtbevölkerung. Wie im vorangegangenen Kapitel ausgeführt, existieren zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen in

der Gesamtbevölkerung nur geringe Unterschiede, der Frauenanteil beträgt 51,6% bei den Deutschen und 49,4% bei den Nicht-Deutschen. Zwar liegt der Frauenanteil unter den Arbeitslosen nach SGB II für Deutsche wie Nicht-Deutsche niedriger, als in der Gesamtbevölkerung. Die Differenz fällt bei den Deutschen allerdings mit einem Frauenanteil von lediglich 38,9% deutlich größer aus, als bei den Nicht-Deutschen. Die Abweichung des Frauenanteils zwischen

Arbeitslosen nach SGB II und Gesamtbevölkerung beträgt bei den Nicht-Deutschen lediglich 3,3 Prozentpunkte, bei den Deutschen aber 12,7 Prozentpunkte.

Im Vergleich zu anderen Untersuchungen überraschende Ergebnisse zeigt die Differenzierung der Arbeitslosen nach SGB II nach Alter.

Das Diagramm 7 zeigt, dass die Altersverteilungen der deutschen und nicht-deutschen Arbeitslosen nach SGB II kaum voneinander abweichen. Das Durchschnittsalter unterscheidet sich mit 39,81 zu 38,97 Jahren weniger als ein Jahr voneinander und das obwohl Nicht-Deutsche in der Kieler Gesamtbevölkerung, wie gezeigt, im Durchschnitt über 4 Jahre jünger sind. Auch im Verhältnis der unter 25-Jährigen Arbeitslosen nach SGB II mit den Arbeitslosen ab 25 Jahren lässt sich kein nennenswerter Unterschied zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen erkennen. Dieses Ergebnis wird durch die hier nicht betrachteten Daten der Bundesagentur für Arbeit gestützt, auch dort ist für Kiel in diesem Merkmal kein relevanter Unterschied zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen festzustellen.

Interessante Erkenntnisse zeigt indes der Blick auf die höchsten Schulabschlüsse der Arbeitslosen nach SGB II. Von den nach diesem Datensatz 9.346 Arbeitslosen nach SGB II im Jahr 2009 ist allerdings für 558 keine Angabe zum

Schulabschluss erfasst, so dass die Analyse auf 7.043 Deutschen und 1.745 Nicht-Deutschen beruht.

Besonders bemerkenswert ist hierbei die unterschiedliche Verteilung der Gruppe, die höchstens einen Hauptschulabschluss aufweist. Diese Gruppe ist mit gut 67% bei Deutschen wie Nicht-Deutsche nahezu gleich groß. Allerdings hat bei den Deutschen mit 48,66% nahezu jeder zweite Arbeitslose nach SGB II einen Hauptschulabschluss, bei den Nicht-Deutschen ist es mit 27,56% lediglich ein gutes Viertel. Dementsprechend haben allerdings auch 40,11% aller nicht-deutschen Arbeitslosen nach SGB II überhaupt keinen Schulabschluss, unter den Deutschen ist der Anteil mit 18,86% weniger als halb so groß. Es lässt sich also erkennen, dass in der bzgl. der Anteile nahezu gleich großen Gruppe der Arbeitslosen nach SGB II bis maximal Hauptschulabschluss die Nicht-Deutschen weitaus schlechter qualifiziert sind, als die Deutschen. Vor diesem Hintergrund ist es auch erwähnenswert, dass in der Gruppe der Arbeitslosen mit mindestens mittlerer Reife die Nicht-Deutschen besser qualifiziert sind. Während der Anteil Arbeitsloser nach SGB II mit Hochschulreife unter den Deutschen 8,68% beträgt, sind es unter den Nicht-Deutschen 13,52%.

Insgesamt zeigt dies vor allem zwei Dinge. Unabhängig von der Staatsangehörigkeit ist der Bildungsstand ein sehr wesentlicher Faktor in Bezug auf die Gefahr, arbeitslos nach SGB II zu werden. Demgegenüber erscheinen die Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen eher sekundär, in beiden Gruppen gleichermaßen hat lediglich rund ein Drittel der Arbeitslosen nach SGB II mindestens die mittlere Reife erreicht. Der höhere Anteil der Arbeitslosen nach SGB II mit Hochschulreife unter den Nicht-Deutschen verweist jedoch auch darauf, dass der insgesamt schlechtere Bildungsstand Nicht-Deutscher nicht zur vollständigen Erklärung der höheren Arbeitslosigkeit nach SGB II unter Nicht-Deutschen insgesamt ausreicht. Gerade in der Gruppe der höher Qualifizierten könnten Fragen der Anerkennung von Berufsqualifikationen oder der Diskriminierung Nicht-Deutscher bei der Stellenvergabe einen möglichen Erklärungsansatz für dieses Bild geben.

4.3 Bildung und Sprachkompetenz

Thematik und Relevanz

Der Bereich Bildung ist von zentraler Relevanz im Rahmen eines Integrationsmonitorings. Die Landeshauptstadt Kiel macht den Stellenwert dieses Bereichs in ihren Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten deutlich. Zu Bildung gehört neben familiärer und frühkindlicher Erziehung und der Schul- und der Berufsausbildung auch die Sprachkompetenz insbesondere in Bezug auf die deutsche Sprache. Dadurch sind im Bereich Bildung eine Reihe unabhängiger Variablen angesiedelt.

So haben die frühkindliche Erziehung und Sprachkompetenz bereits Einfluss auf die Ressourcen, die den Kindern für das erfolgreiche Bestreiten ihrer Schulausbildung zur Verfügung stehen. Schulbildung und Sprachkompetenz wiederum gehören zu den zentralen Determinanten für die späteren Möglichkeiten im Bereich der Berufsausbildung, für die Chancen am Arbeitsmarkt und in Teilen auch für die Fähigkeit zur gesamtgesellschaftlichen Teilhabe. Kombiniert definieren diese Felder den erreichbaren sozioökonomischen Status der Menschen. Schließlich legt der erreichte sozioökonomische Status auch wieder die Grundlage für die soziale Herkunft der Kinder der nächsten Generation, ein Faktor, dem aufgrund der in Deutschland im internationalen Vergleich eher eingeschränkten vertikalen sozialen Mobilität für die Entwicklung von Gesellschaftsgruppen im Ganzen große Bedeutung zukommt. Die Indikatoren im Bereich Bildung sind somit nicht nur als abhängige Faktoren, bspw. im Sinne von schlechterer Schulleistung aufgrund geringerer Fähigkeiten im Umgang mit der deutschen Sprache zu sehen, sondern vor allem auch als determinierende Faktoren in ihrer Bedeutung für Chancen, Gestaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten. Auch hier stellt sich wieder das Problem der Datenlage, zum einen bezüglich der Definitionen der vorhandenen Daten, zum anderen bezüglich des teilweisen Fehlens zentraler, umfassender und gleichzeitig repräsentativer Daten und Datensätze zu den interessierenden Feldern. Bei der Gestaltung und regelmäßigen Ausfertigung eines Integrationsmo-

onitorings muss hingegen die niedrigschwellige Verfügbarkeit ausreichend umfassender, möglichst repräsentativer und langfristig regelmäßig erhobener Datensätze zu bestimmten Indikatoren gewährleistet sein.

Datengrundlage und Definitionen

Die Grundlage für die Darstellungen in diesem Kapitel bieten verschiedene aggregierte Datensätze des Amtes für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen, teils ergänzt durch Datensätze von Schulen aus der Schulstatistik, sowie ein Satz individueller Personendaten des Gesundheitsamts, die zusammen primär den Bereich Schulbildung und Sprachkompetenz bei Kindern abbilden. Zusätzlich ist auf einen Datensatz des Regionalen Übergangsmagements Kiel zu verweisen, der jedoch erst für ein Schuljahr (2009/10) und uns derzeit nur in Form einer Auswertung, nicht aber in Form der Originaldaten vorliegt. Es fehlen bisher insbesondere die wichtigen Bereiche der öffentlichen Kinderbetreuung, der Bereich der Sprachkompetenz erwachsener Menschen mit Migrationshintergrund und der Bereich der Berufsqualifikationen und der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsqualifikationen, denen bei den Integrationsbemühungen der Landeshauptstadt Kiel ebenfalls hohe Priorität zugemessen werden.

Im Bereich der Kinderbetreuung in Kinderkrippen, Kinderhorts, Kindertagesstätten und Kindergärten liegen Daten über die Anzahl der Plätze nach den Altersgruppen der Kinder und zu den dort tätigen Personen vor, auch nach räumlicher Differenzierung. Allerdings existieren keine verlässlichen Angaben zu etwaigem Migrationshintergrund der Kinder. Erfasst wird lediglich die gesprochene Sprache. So kann zur Höhe des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund in den entsprechenden Einrichtungen keine Aussage getroffen werden, obgleich entsprechende Daten für andere Städte (bspw. Hannover, Erlangen) vorliegen.

Ähnliches gilt für die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse. Für die Anerkennung dieser sind jeweils unterschiedliche Stellen mit unterschiedlichen Verfahren zuständig. Einen hilfreichen Überblick vermittelt ein entsprechender Leitfaden des access-Projekts des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V.. Allerdings liegt kein zentraler Datensatz vor, der, nach Bereichen differenziert, einen Überblick über die Zahl von Anträgen, Anerkennungen und Ablehnungen, ggf. in Verbindung mit Daten über die Antragsstellenden enthält. Hinzu kommt, dass weitestgehend Institutionen des Landes für die Anerkennungen zuständig sind und für ein kommunales Monitoring über die genannten Daten hinaus auch der Wohnort der Antragsstellenden differenziert werden müsste, um die für Kiel relevanten Fälle identifizieren zu können. Für die Kenntnisse der deutschen Sprache liegen, außer für Schüler und Schülerinnen, ebenfalls keine belastbaren Daten vor. Die Verwendung von Besucherzahlen von Sprach- und Integrationskursen oder Projekten aus dem Bereich der Sozialarbeit ist im Rahmen eines Integrationsmonitorings problematisch, da durch die Teilnahme an den Kursen und Projekten bereits eine Selbstselektion von motivierten oder verpflichteten Menschen mit Förderbedarf vorliegt, die nicht repräsentativ für bspw. alle Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet werden kann. Auch müssen die Daten über einen langen Zeitraum regelmäßig erhoben werden, da die Entwicklung über die Jahre interessiert. Befristete Projekte scheiden auch aus diesem Grund als Datenquelle aus.

Im Folgenden werden die vorliegenden Daten ausgewertet. Vom Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen der Landeshauptstadt Kiel werden Daten für die Schuljahre 2006/07 bis 2009/10 betrachtet. Darin enthalten sind insbesondere die Anteile nicht-deutscher Schüler und Schülerinnen, differenziert nach Schulformen. Zudem liegen für die Jahre 2006, 2007, 2008 und 2009 Daten über die Schulabgänger und Schulabgängerinnen und deren Abschlüsse vor, auch die Anteile Nicht-Deutscher enthaltend. **Die Zahlen zu den Übergangsquoten von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen hingegen unterscheiden nicht nach Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund, so dass diese hier nicht ausgewertet werden können.**

! Eine differenzierte Erfassung des Migrationshintergrundes der Kinder im Bereich der öffentlichen Kinderbetreuung ist notwendig. Es ist zu prüfen, inwieweit die Anlage eines möglichst differenzierten, aber zentral abrufbaren Datensatzes möglich ist.

Über das Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen wurden auch Datensätze der Schulen zugänglich, die in der Schulstatistik enthalten sind. Diese Datensätze enthalten den Anteil von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund und die Zahl derjenigen mit Migrationshintergrund und Förderbedarf in Deutsch. Allerdings liegen diese Datensätze lediglich für die Schuljahre 2008/09 und 2009/10 vor, davor wurde das Merkmal Migrationshintergrund hier nicht statistisch erfasst. Besonders bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass der Datensatz des Regionalen Übergangsmanagements in Bezug auf die verwendete Definition und nötige Differenzierungen den genannten Datensätzen vorzuziehen ist. Dieser Datensatz verwendet die empfohlene Definition für Migrationshintergrund und erhebt sowohl die Schulabschlüsse der Schulabgänger und Schulabgängerinnen differenziert nach Schulformen, als auch, soweit zum Befragungszeitpunkt bekannt, den weiteren Verbleib der Schüler und Schülerinnen, auch differenziert nach erreichtem Schulabschluss. Insbesondere die Möglichkeit zur Kontrolle des erlangten Schulabschlusses für die Betrachtung des weiteren Verbleibs ist in der Differenzierung nach Migrationshintergrund ein begrüßenswerter Umstand. Der Nachteil dieses Datensatzes besteht darin, dass auch hier die Übergänge von Grundschulen auf weiterführende Schulen nicht enthalten sind und vor allem die Gymnasien nicht berücksichtigt wurden. Abgänge und Verbleib sind somit maximal bis zur Realschule dokumentiert. Die Erlangung der Hochschulreife und Übergänge zu Hochschulen entfallen somit vollständig. Trotz dieser Ausbaufähigkeit ist der Datensatz des Regionalen Übergangsmanagements positiv hervorzuheben und auch wenn es uns hier aufgrund der Tatsache, dass wir erst sehr spät von seiner Existenz erfahren haben, nicht mehr möglich ist, den Datensatz ausführlich zu prüfen und auszuwerten, ist seine Berücksichtigung für zukünftige Erhebungen dringend anzuraten.

Auf einige wichtige Punkte ist an dieser Stelle deutlich hinzuweisen. So ist zunächst auf den logischen Umstand der Verknüpfung der Schuljahre und der Abgänger und Abgängerinnen zu achten. Eine derartige Verknüpfung ist unzulässig, da bei den Schülern/-innen alle Jahrgänge berücksichtigt sind, die im entsprechenden Schuljahr die Schule besuchen, während die Abgänger/-innen lediglich eine geringe Auswahl, die je nach Schulform letzte Klassenstufe des jeweiligen Schuljahres, umfassen. Weiterhin enthalten die Datensätze, soweit im Folgenden nicht anders ausgewiesen, alle Schüler und Schülerinnen der öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen im Stadtgebiet. Diejenigen von Privatschulen sind gar nicht und von berufsbildenden Schulen nur in einer Tabelle enthalten. Ein erheblicher Verzerrungseffekt könnte dadurch entstehen, dass die Schüler/-innen nach Schulort und nicht nach Wohnort erfasst sind. Die Grundgesamtheit orientiert sich demnach nicht an den Grenzen der Landeshauptstadt. Schüler und Schülerinnen, die bspw. aus den Landkreisen Plön oder Rendsburg-Eckernförde einpendeln, sind in den Daten miterfasst, während Kieler und Kielerinnen, die auswärtige Schulen besuchen, nicht erfasst sind. Nimmt man an, dass zwischen der Bevölkerung Kiels und der des Umlands unterschiedliche Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund vorliegen und im Durchschnitt Differenzen im sozioökonomischen Status der Eltern und damit der sozialen Herkunft der Schüler und Schülerinnen, der sich wiederum statistisch auf den Schulerfolg der Schüler/-innen auswirkt, so sind schon zwei potenzielle Verzerrungseffekte identifiziert, auf die hier nicht kontrolliert werden kann, da weder die Unterschiede zwischen Kieler Schülern und Schülerinnen und denen des Umlands beziffert werden können, noch die Identifikation Letzterer möglich ist.

Von großer Bedeutung ist auch hier wieder die Definition des Migrationshintergrunds und die Erhebung der entsprechenden Daten. Das Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen definiert als „mit Migrationshintergrund“ diejenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (!), jedoch selbst eingewandert sind oder deren Eltern oder Erziehungsberechtigte (!) eingewandert sind. Nicht-Deutsche fielen nach dieser Definition nicht in die Gruppe derjenigen mit Migrationshinter-

grund, sondern würden eine eigene Kategorie bilden. In der Gegenüberstellung zweier Gruppen würden somit Deutsche ohne Migrationshintergrund und Nicht-Deutsche in einer Kategorie gemeinsam erfasst und Deutschen mit Migrationshintergrund gegenübergestellt: Keine sinnvolle Differenzierung. Auch die Definition selbst ist fragwürdig. Nach den Kriterien des vorangegangenen Kapitels würden diejenigen Schüler/-innen Migrationshintergrund aufweisen, die die Kriterien [2] oder [5] erfüllen, wobei [5] hier auf Einwanderung begrenzt und um Erziehungsberechtigte erweitert wird. Die Kriterien [3] und [4] weisen nach dieser Definition und im Unterschied zu den Bevölkerungsdaten hier nicht auf Migrationshintergrund hin. Dafür weist das deutsche Kind von leiblichen Eltern ohne Migrationshintergrund dennoch Migrationshintergrund auf, wenn einer der nicht-leiblichen Erziehungsberechtigten eingewandert wäre.

Allerdings findet diese Definition des Amts für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen in den Datensätzen der Schulen eventuell gar keine Anwendung, sondern die durch das Schulamt Kiel, die den Migrationshintergrund in der empfohlenen Weise erhebt.

Die Daten des Gesundheitsamts beruhen auf den Schuleingangsuntersuchungen der Jahre 2006 bis 2009 und dienen in erster Linie der Auswertung der U-Untersuchungen, die im Bereich Gesundheit und Vorsorge vorgenommen wird. Dennoch werden im Rahmen dieser Untersuchungen auch kontextuelle Daten erhoben, die für den Bereich Bildung von Interesse sind. So wird abgefragt, welche Sprache das Kind in den ersten vier Lebensjahren primär gesprochen hat und ob das Kind bei seinen leiblichen Eltern, bei Alleinerziehenden, einem leiblichen Elternteil in Partnerschaft oder anderen Erziehungsberechtigten lebt. Beide Faktoren sind in diesem Bereich von Interesse.

Weiterhin werden die Herkunftsländer von Mutter und Vater nach Herkunftsgebieten erfasst, so dass der Migrationshintergrund zwar nicht direkt abgefragt, wohl aber indiziert wird, auch wenn keine genauere Bestimmung des entsprechenden Kriteriums vorliegt. **Die Kategorienbildung der Herkunftsländer weicht allerdings teils erheblich von der Einteilung in Bezugsgebiete der Daten zu Demographie und Raum ab, so dass auch abseits des schwammigen Herkunftsbegriffs kein**

Vergleich zulässig ist. Durch die Differenzierung nach Mutter und Vater ist es im Unterschied zu den Daten des vorigen Kapitels jedoch möglich, festzustellen, ob nur ein oder beide Elternteile eine ausländische Herkunft aufweisen, so dass auch dahingehend differenziert analysiert werden kann. Dennoch wäre auch hier die Angleichung der Erfassung von Migrationshintergrund und auch der Kategorisierung von Gebieten sinnvoll.

Schließlich wird auch der Schulabschluss von Mutter und Vater erfragt. Dieses Merkmal ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst ermöglicht es eine Analyse des Bildungsstandes nach Herkunftsgebieten. **Weitergehende Analysen nach Herkunftsgebiet und Geschlecht, die hier aus Gründen des Umfangs nicht vorgenommen wurden, sind anzulegen.** Bei dieser Analyse ist jedoch zu beachten, dass es sich bei der Grundgesamtheit um die Eltern der Schüler handelt. Das heißt, es handelt sich ausschließlich um Menschen mit Kindern im Einschulungsalter. Hinzu kommt, dass für Analysen abseits der zeitlichen Entwicklung aufgrund der eher kleinen Fallzahlen die Fälle aller vier Jahre gemeinsam analysiert wurden. Für die Grundgesamtheit der Kinder hat dies, von der zeitlichen Komponente abgesehen, keinen verzerrenden Effekt, da jedes Kind nur einmal untersucht wird. Wenn Eltern jedoch innerhalb dieser vier Jahre mehrere Kinder einschulen lassen, sind diese Eltern auch entsprechend mehrfach im Datensatz erfasst. Entsprechend sind diese Daten bezüglich der erfassten Fälle, vor allem aber bezüglich ihrer Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung Kiels kaum interpretierbar. Kinderlose Personen oder Eltern mit jüngeren oder älteren Kindern sind sämtlich nicht erfasst und es dürften vornehmlich Personen im jüngeren Erwachsenenalter enthalten sein, da diese in der Elternschaft der untersuchten Kinder mutmaßlich die größte Gruppe stellen. Besser und ohne Repräsentativitätsprobleme interpretierbar ist der Bildungsstand der Eltern als Komponente des Faktors soziale Herkunft der untersuchten Kinder und somit als unabhängige Variable mit hypothetischer Wirkung auf andere Merkmale der Kinder.

Indikatoren und Analysen

Erziehungssituation

- ▶ nach Herkunft der Eltern

Schule und Schulbildung

Migrationshintergrund

- ▶ Entwicklung der Anteile nicht-deutscher Schüler/-innen, sowie von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund insgesamt und nach Schulformen
- ▶ Entwicklung der Anzahl von Schulen nach Anteil von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund nach Schulformen
- ▶ Entwicklung des Anteils ausländischer Schulabgänger/-innen an allen Schulabgänger/-innen nach Schulabschluss

Schulabschlüsse der Schulabgänger/-innen

- ▶ Entwicklung der Anteile absolvierter Schulabschlüsse ausländischer Schulabgänger/-innen
- ▶ Schulabgänger/-innen nach Schulabschluss, Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Schulbildung der Eltern

- ▶ Schulbildung der Eltern nach ihrer Herkunft

Sprache

Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren

- ▶ Entwicklung der Anteile der dominierenden Sprachen in den ersten vier Lebensjahren
- ▶ Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach Herkunftsgebiet und Bildungsstand der Eltern

Sprachförderbedarf bei Schülern und Schülerinnen

- ▶ Entwicklung der Anzahl von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Deutsch nach Schulformen
- ▶ Entwicklung des Anteils von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Deutsch an Schülern/-innen mit Migrationshintergrund nach Schulformen
- ▶ Entwicklung des Anteils von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Deutsch an allen Schülern/-innen nach Schulformen

		zwei leibliche		Allein-	Elternteil	Groß- / Adoptiv- / Pflegeeltern	
		Elternteile	erziehende/r		mit Partner	& Sonstige	gesamt
beide Elternteile deutsch	N	3.190	1.065		288	58	4.601
	%	69,3%	23,1%		6,3%	1,3%	100,0%
ein Elternteil	N	550	240		38	3	831
nicht-deutscher Herkunft	%	66,2%	28,9%		4,6%	0,4%	100,0%
beide Elternteile	N	1.308	191		37	6	1.542
nicht-deutscher Herkunft	%	84,8%	12,4%		2,4%	0,4%	100,0%
gesamt	N	5.048	1.496		363	67	6.974
	%	72,4%	21,5%		5,2%	1,0%	100,0%

Tabelle 1: Erziehungssituation nach Kombination der Herkunft der Eltern

Erziehungssituation

Hier wird auf Basis der Daten des Gesundheitsamts der Schuleingangsuntersuchungen der Zusammenhang zwischen dem Familienstand der Erziehungsberechtigten der Kinder und der Herkunft der Eltern untersucht. Auch die Entwicklung der Erziehungssituation im zeit-

lichen Verlauf wurde untersucht, hier konnten aber im betrachteten Zeitraum von vier Jahren keine relevanten Änderungen der Verhältnisse festgestellt werden. Aus diesem Grund und um die in manchen Herkunftsgebieten sehr geringe Fallzahl zu erhöhen, werden die Daten aller vier Jahre gemeinsam verwendet¹. Die hiermit verbundenen Einschränkungen sind dem Ka-

		zwei leibliche		Allein-	Elternteil	Groß- / Adoptiv- / Pflegeeltern	
		Elternteile	erziehende/r		mit Partner	& Sonstige	gesamt
Deutschland	N	3.500	1.247		323	59	5.129
	%	68,2%	24,3%		6,3%	1,2%	100,0%
Türkei	N	539	66		8	3	616
	%	87,5%	10,7%		1,3%	0,5%	100,0%
Osteuropa und ehem. GUS-Staaten	N	357	104		23	1	485
	%	73,6%	21,4%		4,7%	0,2%	100,0%
arabische und nord- afrikanische Staaten	N	280	24		4	1	309
	%	90,6%	7,8%		1,3%	0,3%	100,0%
Asien	N	128	15		3	0	146
	%	87,7%	10,3%		2,1%	0,0%	100,0%
Balkan und Südeuropa (nicht-EU)	N	98	13		2	0	113
	%	86,7%	11,5%		1,8%	0,0%	100,0%
Sonstige	N	147	38		11	3	199
	%	73,9%	19,1%		5,5%	1,5%	100,0%
gesamt	N	5.049	1.507		374	67	6.997
	%	72,2%	21,5%		5,3%	1,0%	100,0%

Tabelle 2: Erziehungssituation nach Herkunft der Mutter

1. N: 7.176, Differenzen zu den Gesamtsummen der Kreuztabellen verweisen auf die entsprechende Anzahl fehlender Angaben.

titel Datengrundlage und Definitionen zu entnehmen.

Zunächst kann festgestellt werden, dass die Unterschiede zwischen deutsch-deutschen Eltern und deutsch-nicht-deutschen Eltern kleiner sind, als die Unterschiede zwischen deutsch-nicht-deutschen und nicht-deutschen Eltern² (Tab.1).

Die Situation, dass das Kind bei beiden leiblichen Eltern lebt, ist bei nicht-deutschen Eltern mit 84,8% deutlich erhöht gegenüber Elternschaften mit einem oder zwei deutschen Elternteilen (66,2% bzw. 69,3%). Die Zahl Alleinerziehender ist deutlich erhöht, wenn nur ein Elternteil nicht-deutscher Herkunft ist oder aber wenn beide Elternteile deutsch sind.

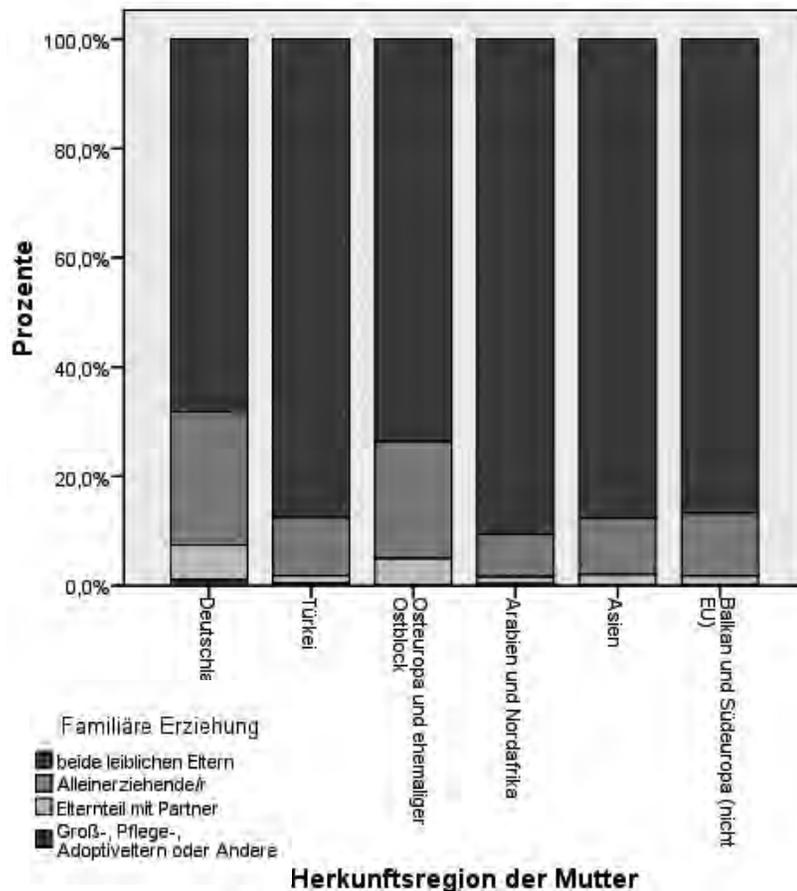


Diagramm 1: Erziehungssituation nach Herkunft der Mutter

	N	χ^2	Signifikanz	Cramer-V
nach Kombination der Elternteile	6.974	176,4	0,000	0,112
nach Herkunft der Mutter mit Deutschland	6.997	201,2	0,000	0,098
nach Herkunft der Mutter ohne Deutschland	1.868	77,457	0,000	0,118
nach Herkunft des Vaters mit Deutschland	6.974	133,8	0,000	0,080
nach Herkunft des Vaters ohne Deutschland	2.052	80,901	0,000	0,115

Tabelle 3: Statistische Kennzahlen für Erziehungssituation nach Herkunft der Eltern

Im Folgenden wird die familiäre Erziehungssituation der Kinder nach Herkunftsgebieten der Eltern, unterschieden nach dem der Mütter und dem der Väter (Tab. 2) untersucht.

Am geringsten ist der Anteil einer Erziehung durch zwei leibliche Elternteile mit 68,2% bei deutschen Müttern, der Anteil Alleinerziehender mit 24,3% am höchsten (Tab. 2).

Eine ähnliche Verteilung weisen Elternschaften im Fall einer Mutter aus Osteuropa oder den ehemaligen GUS-Staaten auf. Ein deutlicher Unterschied liegt zu Elternschaften mit Müttern türkischer, asiatischer oder südeuropäischer Herkunft vor, die sich jeweils sehr ähnlich sind. Der Anteil Alleinerziehender ist hier mit Werten zwischen 10,3% und 11,5% rund halb so groß wie bei Müttern osteuropäischer Herkunft.

2. Dies lässt auch einen kritischen Blick auf die gängige Definition von Migrationshintergrund zu, die lediglich in deutsch-deutsche Eltern und Eltern mit mindestens einem nicht-deutschen Elternteil differenziert.

Den höchsten Anteil zweier leiblicher Elternteile (90,6%) und den geringsten Anteil Alleinerziehender (7,8%) weisen Elternschaften mit Müttern aus arabischen Staaten oder Nordafrika auf.

Die Situation, dass ein leibliches Elternteil einen neuen Partner an der Seite hat, liegt ebenfalls im Fall deutscher Mütter mit 6,3% am höchsten und damit fast fünfmal so hoch, wie im Fall türkischer oder arabischer und nordafrikanischer Mütter (vgl. Tab. 2, Diagramm 1).

Bei der Betrachtung nach dem Herkunftsbereich der Väter unterscheidet sich die Situation im Falle von deutschen oder osteuropäischen Vätern nicht wesentlich von der Verteilung bei deutschen oder osteuropäischen Müttern. In allen anderen Fällen ist der Anteil zweier leiblicher Elternteile allerdings geringer, der Anteil Alleinerziehender und leiblicher Elternteile mit Partnern höher, als bei Betrachtung nach nicht-deutschen Müttern. Die Korrelationsmaße weisen einen eher schwachen Zusammenhang auf, was insbesondere darauf zurückzuführen sein kann, dass zwischen einigen Herkunftskategorien starke Ähnlichkeiten bestehen, die die Unterschiede zwischen Kategoriengruppen in ihrem Niederschlag im Koeffizienten reduzieren.

onshintergrund beruht auf Daten der Schulen, die in der Schulstatistik enthalten sind. Bezüglich dieser Daten existieren - wie zuvor ausgeführt - erhebliche Vorbehalte in Bezug auf die ihnen zugrunde liegenden Definitionen. Berücksichtigt sind alle Schüler/-innen allgemeinbildender, öffentlicher Schulen im Stadtgebiet.

Der Anteil nicht-deutscher Schüler/-innen sank zwischen den Schuljahren 2006/07 und 2009/10 demnach deutlich von 9,85% auf 7,54%, insbesondere im letzten Schuljahr (Abb.2).

Der Anteil von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund stieg in diesem Schuljahr gleichzeitig von 15,61% auf 17,47% (Abb.3). Die Entwicklung entspricht damit den Tendenzen in der Entwicklung der Gesamtbevölkerung.

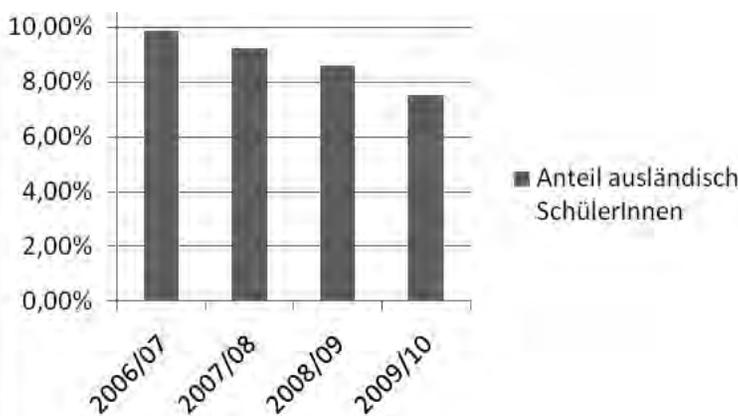


Diagramm 2: Entwicklung des Ausländeranteils an Schülern/-innen

Schule und Schulbildung

Migrationshintergrund

Im Folgenden werden zunächst verschiedene Entwicklungsverläufe von Anteilen nicht-deutscher Schüler und Schülerinnen und solcher mit Migrationshintergrund aufgezeigt. Der Ausländeranteil geht hierbei aus den Daten des Amts für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen hervor, der Anteil von Schülern/-innen mit Migrati-

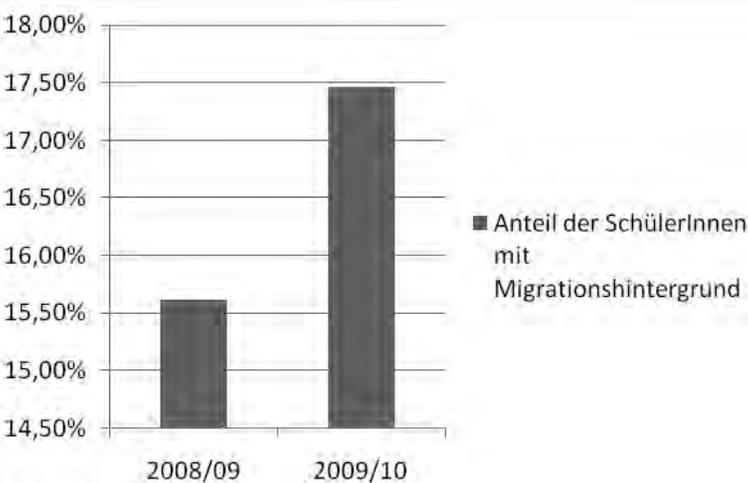


Diagramm 3: Entwicklung des Anteils von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund

		2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
Grundschule	Schüler/-innen	7.394	7.274	7.136	6.973
	Ausländer/-innen	860	776	662	528
	Anteil	11,63%	10,67%	9,28%	7,57%
Sonderschule / Förderzentrum	Schüler/-innen	769	658	629	562
	Ausländer/-innen	122	100	132	68
	Anteil	15,86%	15,20%	20,99%	12,10%
Hauptschule	Schüler/-innen	2.494	2.222	1.969	834
	Ausländer/-innen	561	481	411	163
	Anteil	22,49%	21,65%	20,87%	19,54%
Realschule	Schüler/-innen	3.454	3.310	3.205	1.625
	Ausländer/-innen	407	390	365	57
	Anteil	11,78%	11,78%	11,39%	3,51%
Gymnasium	Schüler/-innen	7.492	7.776	7.970	8.030
	Ausländer/-innen	322	343	348	360
	Anteil	4,30%	4,41%	4,37%	4,48%
Gesamtschule	Schüler/-innen	2.298	2.290	2.306	2.278
	Ausländer/-innen	83	84	81	88
	Anteil	3,61%	3,67%	3,51%	3,86%
Regionalschule	Schüler/-innen	0	0	0	735
	Ausländer/-innen	0	0	0	113
	Anteil	0,00%	0,00%	0,00%	15,37%
Gemeinschaftsschule	Schüler/-innen	0	0	0	1.648
	Ausländer/-innen	0	0	0	333
	Anteil	0,00%	0,00%	0,00%	20,21%
Alle allgemeinb. Schulen	Schüler/-innen	23.901	23.530	23.215	22.685
	Ausländer/-innen	2.355	2.174	1.999	1.710
	Anteil	9,85%	9,24%	8,61%	7,54%
Berufsschulen	Schüler/-innen			12.231	12.578
	Ausländer/-innen			576	599
	Anteil			4,71%	4,76%

Tabelle 4: Entwicklung des Ausländeranteils nach Schulformen

Die folgenden Tabellen untersuchen die dargestellten Entwicklungen in der Differenzierung nach Schulformen und zeigen die Verhältnisse der Schulformen untereinander auf.

Bezüglich der Entwicklung muss festgesellt werden (Tab.4), dass sich der Ausländer/-innenanteil in den Grundschulen noch deutlicher reduziert, als insgesamt. Auch an den Hauptschulen und insbesondere den Sonder- bzw. Förderschulen ist eine deutliche Reduk-

tion ablesbar. Zu denken geben muss, dass im Schuljahr 2009/10 einem Ausländer/-innenanteil an Hauptschulen von 19,54% ein Anteil von 4,48% an Gymnasien, 3,86% an Gesamtschulen und 4,76% an Berufsschulen gegenübersteht. Der Rückbau der Realschulen und die Einführung von Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen betreffen indes weit überdurchschnittlich nicht-deutsche Schüler und Schülerinnen. Während sich die Schüler- und Schülerinnenzahl der Realschulen vom Schul-

		2008/09	2009/10
Grundschule	Schüler/-innen gesamt	7.135	6.973
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	1.686	1.810
	Anteil	23,63%	25,96%
Hauptschule	Schüler/-innen gesamt	1.970	1.633
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	611	534
	Anteil	31,02%	32,70%
Realschule	Schüler/-innen gesamt	3.205	2.767
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	506	547
	Anteil	15,79%	19,77%
Gymnasium	Schüler/-innen gesamt	7.970	8.030
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	559	667
	Anteil	7,01%	8,31%
Gesamtschule	Schüler/-innen gesamt	2.306	2.277
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	164	165
	Anteil	7,11%	7,25%
Regionalschule	Schüler/-innen gesamt	0	166
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	0	59
	Anteil	0,00%	35,54%
Gemeinschaftsschule	Schüler/-innen gesamt	0	276
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	0	82
	Anteil	0,00%	29,71%
Alle allgemeinb. Schulen	Schüler/-innen gesamt	22.586	22.122
	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	3.526	3.864
	Anteil	15,61%	17,47%

Tabelle 5: Entwicklung des Anteils von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund nach Schulformen

jahr 2008/09 zu 2009/10 knapp halbierte, sank die Zahl der Nicht-Deutschen auf weniger als ein Sechstel des Vorjahresniveaus, der Anteil sank von 11,39% auf 3,51%. Gleichzeitig starten die Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen mit deutlich überdurchschnittlichen Ausländer/-innenanteilen von 15,37% und 20,21%. Der Anteil liegt an den Gemeinschaftsschulen somit sogar über dem Anteil an den Hauptschulen. Die Tabelle 5 zeigt indes, dass dies auf Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund nur teilweise zutrifft. Zwar liegen auch hier die Anteile an den Regional- und Gemeinschaftsschulen mit 35,54% und 29,71% auf deutlich überdurchschnittlichem Niveau, allerdings stieg im Gegensatz zu den nicht-deutschen Schülern/-innen der Anteil an den Realschülern um knapp 4 Prozentpunkte. Dies könnte allerdings auch daran liegen, dass

die Schüler- und Schülerinnenzahlen zwischen den Datensätzen des Amts für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen und denen der Schulen generell stark divergieren. Identische Schülerzahlen weisen die Statistiken für das Jahr 2009/10 lediglich für die Grundschulen und die Gymnasien auf, bei den Gesamtschulen gibt es ebenfalls nur eine Abweichung von einem Fall. Bei den Hauptschulen stehen hingegen 834 Schüler/-innen beim Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen 1.633 Schüler/-innen bei den Schuldaten der Schulstatistik gegenüber, bei der Realschule 1.625 immerhin 2.767. 735 Regionalschüler/-innen und 1.648 Gemeinschaftsschüler/-innen in der einen Tabelle entsprechen 166 Regionalschüler/-innen und 276 Gemeinschaftsschüler/-innen in der anderen Tabelle. Resultieren dürfte dieser Umstand aus der unterschiedlichen Zuweisung

einzelner Schulen zu Schulformen, denn in der Gesamtsumme und unter Einbezug der Sonder- bzw. Förderschulen liegt die Differenz der beiden Statistiken bei lediglich einem Fall. Ein sinnvoller Vergleich von Ausländeranteilen mit Anteilen von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund ist vor diesem Hintergrund kaum möglich.

Trotz der divergierenden Einteilungen der Schulen auf Schulformen entsprechen die Verhältnisse der Anteile der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund zwischen den Schulformen weitgehend denen der Ausländeranteile. Während Hauptschule, Regionalschule und Gemeinschaftsschule sehr hohe Anteile zwischen 29,71% und 35,54% aufweisen, sind die Anteile an Gymnasien und Gesamtschulen mit 8,31% und 7,25% äußerst gering.

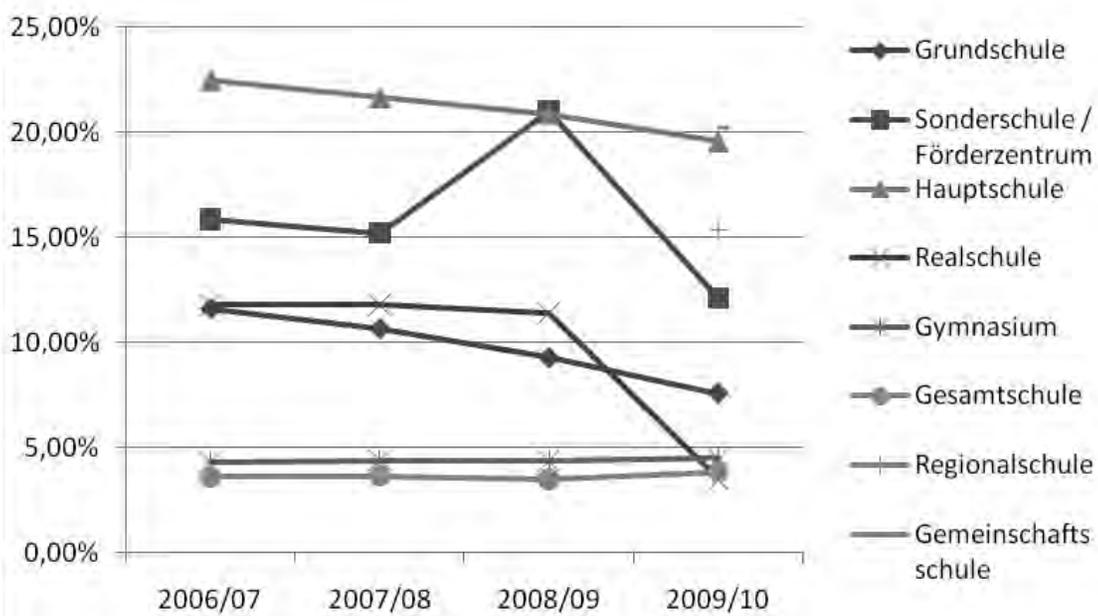


Diagramm 4: Entwicklung des Ausländeranteils nach Schulformen

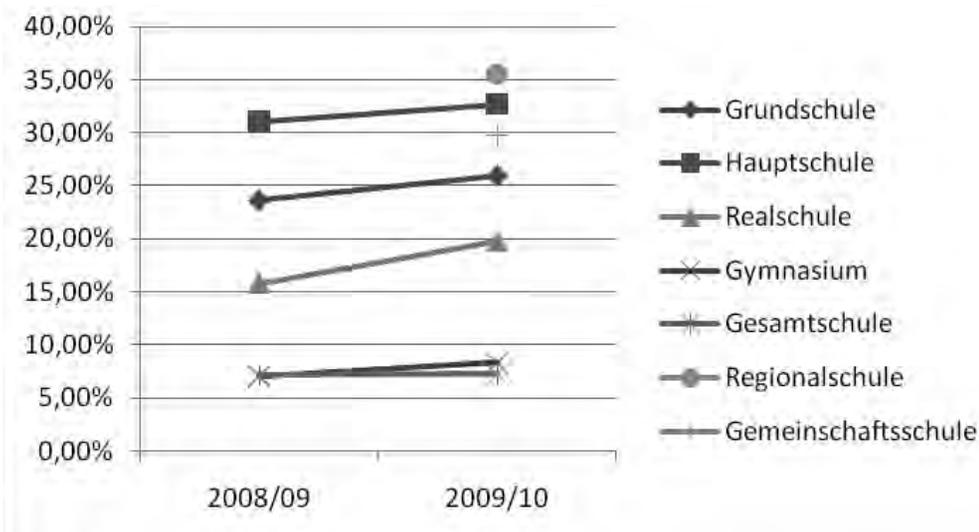


Diagramm 5: Entwicklung des Anteils von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund nach Schulformen

Die folgende Tabelle 6 basiert ebenfalls auf den Anteilen der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund und folgt in der Aufteilung der Schulen auf Schulformen entsprechend den Datensätzen der Schulen in den Schulstatistik. Diese Tabelle entwickelt ihren wahren Erkenntniswert erst in ihrer Anwendung über einen längeren Zeitraum und macht die Segregation von Schulen entsprechend ihrem Anteil von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund sichtbar. Betrachtet werden hierbei die Zahlen der Schulen nach Schulformen, die entweder über sehr niedrige oder sehr hohe Anteile verfügen. Je weniger Schulen im Verhältnis zur Gesamtzahl der entsprechenden Schulform überhaupt in den Feldern auftauchen, desto durchschnittlicher ist die Verteilung der Anteile an Schüler/-innen mit Migrationshintergrund. Je mehr die Zahlen im zeitlichen Ablauf in den beobachteten Randkategorien zunehmen, desto stärker segregieren sich die Schüler/-innen nach Migrationshintergrund über die einzelnen Schulen. Innerhalb eines Schuljahres lassen sich hier

noch keine sinnvollen Ergebnisse ablesen, eine exemplarische Segregation lässt sich jedoch bei den Gymnasien ablesen. Während 6 der 11 Gymnasien einen Anteil von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund von unter 5% aufwiesen, hatte ein Gymnasium 2008/09 einen Anteil zwischen 20 und kleiner 35%, der mit 2009/10 sogar noch auf 35% bis kleiner 50% anstieg. Die Prozentkategorien sind absichtlich breit angesetzt, um für generell steigende Anteile von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund weniger anfällig zu sein. Dennoch werden bei einer solchen Entwicklung ggf. irgendwann Anpassungen der Skala nötig³.

3. Ergänzend zu dieser Tabelle könnte eine Übersicht

		2008/09	2009/10
Grundschule (32)*	Anteil <5%	7	3
	Anteil >20% <=35%	6	8
	Anteil >35% <=50%	4	3
	Anteil >50%	4	5
Hauptschule (10)*	Anteil <5%	0	1
	Anteil >20% <=35%	1	1
	Anteil >35% <=50%	3	2
	Anteil >50%	1	2
Realschule (9)*	Anteil <5%	3	2
	Anteil >20% <=35%	1	1
	Anteil >35% <=50%	1	0
	Anteil >50%	1	2
Gymnasium (11)*	Anteil <5%	6	6
	Anteil >20% <=35%	1	0
	Anteil >35% <=50%	0	1
	Anteil >50%	0	0
Gesamtschule (3)*	Anteil <5%	1	1
	Anteil >20% <=35%	0	0
	Anteil >35% <=50%	0	0
	Anteil >50%	0	0
Regionalschule (3)*	Anteil <5%	x	0
	Anteil >20% <=35%	x	1
	Anteil >35% <=50%	x	2
	Anteil >50%	x	0
Gemeinschaftsschule (3)*	Anteil <5%	x	0
	Anteil >20% <=35%	x	1
	Anteil >35% <=50%	x	1
	Anteil >50%	x	0

*In Klammern die Gesamtzahl je Schulform; bei Kombinationsschulen nur entspr. Teil

Tabelle 6: Entwicklung der Anzahl von Schulen nach Anteil von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund nach Schulformen

Für die Interpretation der Segregationsentwicklung sollte die Entwicklung der generellen räumlichen Segregation im Auge behalten werden, um Effekte durch räumliche Nähe in

über die arithmetischen Mittel und Standardabweichungen auf Basis der Anteile von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund nach Schulformen angelegt werden, um feststellen zu können, wie stark die Anteile zwischen den Schulen einer Schulform streuen. Oben dargestellte Tabelle ist im Vergleich dazu aufgrund der Kategorisierungen zwar weniger präzise in der Darstellung der Anteilsprozente, weist aber den viel wichtigeren Vorzug auf, dass hier auch einzelne abweichende Schulen identifiziert werden können, die bei der Berechnung von Mittel- und Streuungswerten in der Menge der Schulen untergingen. Für das hier gefragte Erkenntnisinteresse sind jedoch gerade die im Zweifel auch einzelnen Extremwerte der Verteilung relevant.

		2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
ohne Abschluss	Schüler/-innen	119	139	92	79
	Ausländer/-innen	22	32	13	13
	Anteil	18,49%	23,02%	14,13%	16,46%
Förder- / Sonderschulabschluss	Schüler/-innen	154	155	116	127
	Ausländer/-innen	26	40	29	33
	Anteil	16,88%	25,81%	25,00%	25,98%
Hauptschulabschluss	Schüler/-innen	721	633	589	616
	Ausländer/-innen	135	122	90	139
	Anteil	18,72%	19,27%	15,28%	22,56%
Realschulabschluss	Schüler/-innen	657	655	598	843
	Ausländer/-innen	66	56	61	103
	Anteil	10,05%	8,55%	10,20%	12,22%
Fachhochschulreife	Schüler/-innen	25	20	44	33
	Ausländer/-innen	1	1	5	4
	Anteil	4,00%	5,00%	11,36%	12,12%
Hochschulreife	Schüler/-innen	734	766	731	888
	Ausländer/-innen	30	25	39	22
	Anteil	4,09%	3,26%	5,34%	2,48%

Tabelle 7: Entwicklung des Anteils ausländischer Schulabgänger/-innen an allen Schulabgängern/-innen nach Schulabschluss

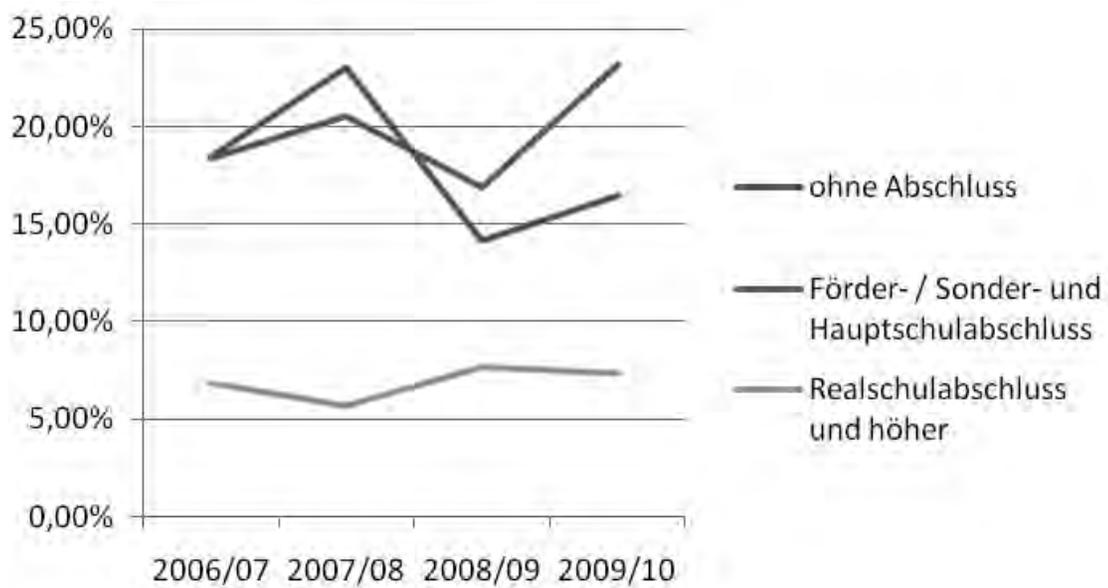


Diagramm 6: Entwicklung des Anteils ausländischer Schulabgänger/-innen an allen Schulabgängern/-innen nach Schulabschluss

		2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
ohne Abschluss	Ausländer/-innen	22	32	13	13
	Anteil	7,86%	11,59%	5,49%	4,14%
Förder- / Sonderschulabschluss	Ausländer/-innen	26	40	29	33
	Anteil	9,29%	14,49%	12,24%	10,51%
Hauptschulabschluss	Ausländer/-innen	135	122	90	139
	Anteil	48,21%	44,20%	37,97%	44,27%
Realschulabschluss	Ausländer/-innen	66	56	61	103
	Anteil	23,57%	20,29%	25,74%	32,80%
Fachhochschulreife	Ausländer/-innen	1	1	5	4
	Anteil	0,36%	0,36%	2,11%	1,27%
Hochschulreife	Ausländer/-innen	30	25	39	
	Anteil	10,71%	9,06%	16,46%	
Gesamt	Ausländer/-innen	280	276	237	314

Tabelle 8: Entwicklung der Anteile absolvierter Schulabschlüsse ausländischer Schulabgänger/-innen

der Interpretation berücksichtigen zu können.

begrenzt. Lediglich eine Differenzierung nach Geschlecht kann noch vorgenommen werden.

Schulabschlüsse der Schulabgänger/ Schulabgängerinnen

Die Betrachtung der Entwicklung der Schulabgänger/-innen (Tab. 7) basiert auf den Daten des Amtes für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen und unterscheidet entsprechend nach deutschen und nicht-deutschen Schülern/-innen, nicht nach Migrationshintergrund. Da es sich hierbei um aggregierte Daten handelt, sind die Analysemöglichkeiten

Bei der Betrachtung des Nicht-Deutschen Anteils an den Schulabgängern/innen der vier Schuljahre werden vor allem die großen jährlichen Schwankungen von teilweise fast 10 Prozentpunkten deutlich, die mit Blick auf die Hauptschule auch nicht nur durch die teils geringen Fallzahlen bei der Fachhochschulreife und den Abgängern/-innen ohne Abschluss erklärt werden können. Eine Interpretation ist vor diesem Hintergrund schwierig, ggf. führt die Beobachtung über einen längeren Zeit-

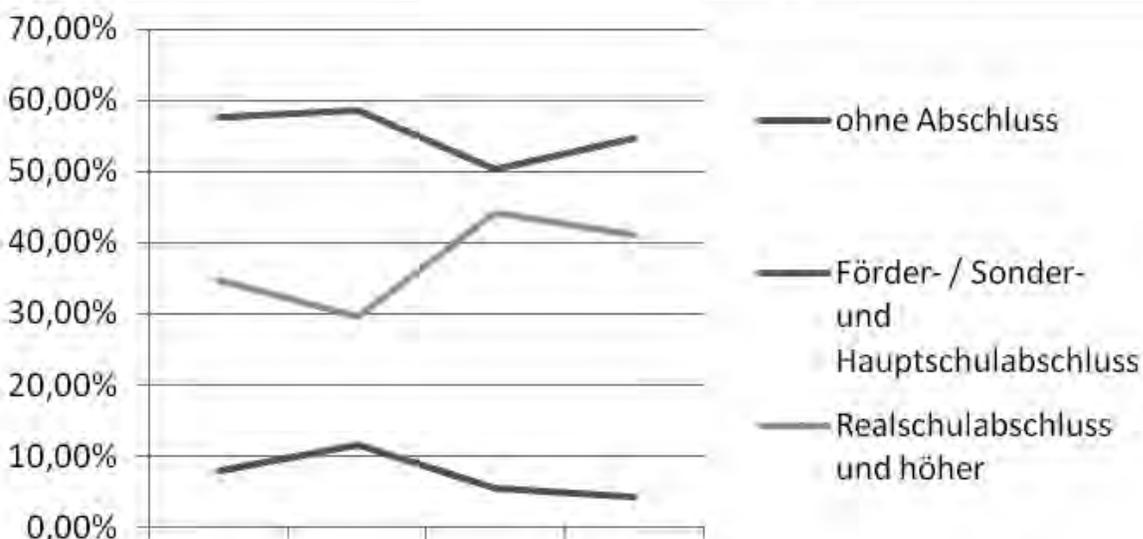


Diagramm 7: Entwicklung der Anteile der absolvierten Schulabschlüsse ausländischer Schulabgänger/-innen.

		deutsch	ausländisch	gesamt
ohne Abschluss	männlich	31	5	36
	weiblich	35	8	43
	gesamt	66	13	79
Förder- / Sonder- und Hauptschulabschluss	männlich	346	100	446
	weiblich	225	72	297
	gesamt	571	172	743
Realschulabschluss und höher	männlich	784	60	844
	weiblich	851	69	920
	gesamt	1635	129	1764

		deutsch	ausländisch	gesamt
ohne Abschluss	männlich	86,11%	13,89%	100,00%
	weiblich	81,40%	18,60%	100,00%
Förder- / Sonder- und Hauptschulabschluss	männlich	83,54%	16,46%	100,00%
	weiblich	77,58%	22,42%	100,00%
Realschulabschluss und höher	männlich	75,76%	24,24%	100,00%
	weiblich	76,85%	23,15%	100,00%

		deutsch	ausländisch
ohne Abschluss	männlich	46,97%	38,46%
	weiblich	53,03%	61,54%
	gesamt	100,00%	100,00%
Förder- / Sonder- und Hauptschulabschluss	männlich	60,60%	58,14%
	weiblich	39,40%	41,86%
	gesamt	100,00%	100,00%
Realschulabschluss und höher	männlich	47,95%	46,51%
	weiblich	52,05%	53,49%
	gesamt	100,00%	100,00%

Tabelle 9: Schulabgänger/-innen nach Schulabschluss, Staatsangehörigkeit und Geschlecht.

raum zu klareren Entwicklungen. Was aber deutlich ist: Während sich die nicht-deutschen Anteile bei den Abgängern/-innen mit maximal Hauptschulabschluss grob in einem Bereich +/-5 Prozentpunkte um die 20% bewegen, hält sich der Ausländeranteil bei erfolgreichen Realschulabgängern/-innen bei +/- 2 Prozentpunkten um die 10%, bei denjenigen mit (Fach-)Hochschulreife grob zwischen 2,5% und 5,5%. (vgl. Abb. 6)

Ergänzend zur Betrachtung des Verhältnisses der Nicht-Deutschen zur Gesamtzahl der Schulabgänger/-innen lohnt sich der Blick auf

Geschlecht werden exemplarisch lediglich die 2.586 Schulabgänger/-innen des Jahres 2009 untersucht, die sich wie folgt (Tab.9) verteilen.

Es fällt auf, dass der Anteil nicht-deutscher Schulabgängerinnen unter allen Schulabgängerinnen mit 18,60% zu 13,89% und 22,42% zu 16,46% deutlich höher ausfällt, als der Anteil der nicht-deutschen Schulabgänger an allen Schulabgängern. Bei den Abgängern/-innen mit Realschulabschluss oder (Fach-)Hochschulreife liegen die Ausländeranteile zwischen den Geschlechtern nahezu gleichauf.

die Verteilung der erreichten Schulabschlüsse innerhalb der Gruppe der nicht-deutschen Schulabgänger/-innen (Tab.8).

Obgleich auch hier teils erhebliche Schwankungen zu verzeichnen sind, die eine Interpretation im zeitlichen Verlauf schwierig erscheinen lassen, sind auch hier die Verhältnisse zwischen den Schulformen interessant. Der Anteil derjenigen nicht-deutschen Schüler/-innen, die die Schule mit einem Sonder- bzw. Förderschulabschluss oder Hauptschulabschluss verlassen lag recht konstant zwischen 50% und 60%. Der Anteil der Nicht-Deutschen, die die Schule ohne Abschluss verließen, ging in den letzten beiden Jahren auf bis zu 4,14% zurück. Entsprechend absolvierten grob zwischen 30% und 45% der Abgänger/-innen mindestens erfolgreich die Realschule. Das Verhältnis des Realschulabschlusses zur Hochschulreife liegt hierbei grob bei 2 zu 1. Für die Analyse der erreichten Schulabschlüsse nach

Stellt man die Geschlechtsverhältnisse der nicht-deutschen Absolventen/-innen aber denen der deutschen gegenüber, lässt sich kaum ein Unterschied zwischen den Staatsangehörigkeiten erkennen, der Anteil der nicht-deutschen Abgängerinnen mit Schulabschluss gegenüber den nicht-deutschen Abgängern ist gegenüber den deutschen Abgängerinnen nur minimal erhöht.

Lediglich in der Gruppe ohne Abschluss ist der Frauenanteil der Nicht-Deutschen gegenüber den Deutschen deutlich erhöht, was aufgrund der äußerst geringen Fallzahl in dieser Gruppe jedoch kein belastbares Ergebnis darstellt.

Schulbildung der Eltern / soziale Herkunft

Zur Analyse der Schulbildung der Eltern und damit der sozialen Herkunft der Schüler/-innen werden, wie zuvor beschrieben, die Daten des Gesundheitsamts zur Schuleingangsuntersuchung verwendet, die auf Einzelfallniveau vorliegen. Auch hier wurden für die Analyse die Fälle aller vier Jahrgänge gemeinsam verwendet. Somit liegt die Grundgesamtheit der Schüler/-innen bei 7.176⁴.

Für die folgende Auswertung (Tab. 10) wurde aus den abgefragten Schulabschlüssen der Mütter und denen der Väter, die einander aufgrund des Einzelfallniveaus zugeordnet wer-

den können, eine neue Variable angelegt, die den höheren der beiden Schulabschlüsse enthält. Somit kann neben getrennten Auswertungen nach dem Geschlecht des Elternteils auch eine Auswertung vorgenommen werden, die keine vorherige Festlegung auf ein Geschlecht unter gleichzeitigem Ausschluss des anderen Geschlechts ermöglicht.

Bei der Darstellung des höheren Schulabschlusses der beiden Elternteile in Abhängigkeit von der Kombination derer Herkunft nach deutsch oder nicht-deutsch ist zu beobachten, dass es zwischen Eltern ohne nicht-deutsches Elternteil und Eltern mit nur einem nicht-deutschen Elternteil keine nennenswerten Unterschiede bei der Verteilung nach höheren Schulabschlüssen gibt. **Bemisst man die soziale Herkunft, was allerdings sehr unbefriedigend ist, also lediglich an der Variable höherer Bildungsabschluss der Eltern, dann besteht zwischen Schülern/-innen mit in Bezug auf die Herkunft deutschen und gemischten Eltern kein Unterschied bei der sozialen Herkunft⁵.**

Ein anderes Bild erkennt man mit Blick auf den Unterschied zwischen Eltern mit einem oder keinem nicht-deutschen Elternteil und Eltern, die zu beiden Teilen nicht-deutscher Herkunft sind (Abb. 8). Die Anteile des Förderschul- oder Realschulabschlusses als höherer Schulabschluss der Elternteile unterscheiden sich

		kein Schul-			(Fach-) Hoch-		
		Abschluss	Förderschule	Hauptschule	Realschule	Schulreife	Gesamt
beide Elternteile deutsch	N	39	56	840	1.200	2.054	4.189
	%	0,9%	1,3%	20,1%	28,6%	49,0%	100,0%
ein Elternteil	N	13	10	135	234	362	754
	%	1,7%	1,3%	17,9%	31,0%	48,0%	100,0%
nicht-deutscher Herkunft	N	91	17	297	381	479	1.265
	%	7,2%	1,3%	23,5%	30,1%	37,9%	100,0%
gesamt	N	143	83	1.272	1.815	2.895	6.208
	%	2,3%	1,3%	20,5%	29,2%	46,6%	100,0%

Tabelle 10: Höherer Schulabschluss der Eltern nach Kombination der Herkunft der Elternteile

4. Entsprechend geringere Gesamtsummen in den Tabellen verweisen, soweit nicht anders angegeben, auf fehlende Angaben.

5. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass eine Erfassung des Migrationshintergrunds differenziert nach gemischten und nicht-deutschen Eltern erfolgen sollte und diese nicht gemeinsam deutschen Eltern gegenübergestellt werden sollten.

hier kaum und auch der Anteil des Hauptschulabschlusses ist lediglich leicht erhöht. Sehr deutlich sind die Unterschiede jedoch in den beiden Randkategorien des Bildungsspektrums erkennbar. Der Anteil der Eltern, bei denen mindestens ein Elternteil die (Fach-) Hochschulreife erworben hat, ist um über 12 Prozentpunkte geringer, wenn beide Elternteile nicht-deutscher Herkunft sind, gleichzeitig liegt der Anteil der Fälle, in denen beide Elternteile keinen Schulabschluss aufweisen mit 7,2% gegenüber 1,7% bzw. 0,9% um ein Vielfaches höher.

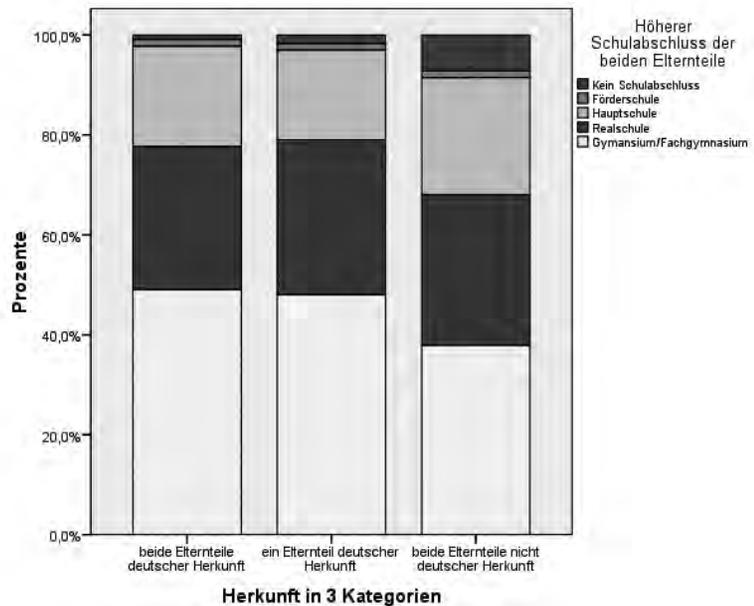


Diagramm 8: Höherer Schulabschluss der Eltern nach Kombination der Herkunft der Elternteile

Im Folgenden werden die Schulabschlüsse der Elternteile getrennt nach Müttern und Vätern jeweils in Abhängigkeit ihrer Herkunftsgebiete untersucht (Tab.11 und 12; Abb.9 und 10). Die hier präsentierten Ergebnisse weisen erhebliche Unterschiede bezüglich der Schulabschlüsse der Eltern in der Differenzierung nach ihren Herkunftsgebieten auf und zwar weniger deutlich zwischen Eltern deutscher gegenüber Eltern nicht-deutscher Herkunft **als vielmehr zwischen den verschiedenen Herkunftsgebieten der Eltern nicht-deutscher Herkunft**, wie auch der Blick auf die statistischen Kennzahlen unterstreicht. Die Existenz dieser Differenzen ist anzuerkennen und darf auch nicht ignoriert werden. Die Erklärung dieser Differenzen kann auf Basis des hier vorhandenen Zahlenmaterials nicht geleistet werden. Ausdrücklich widersprochen werden muss aber jeder vorschnellen Deutung, die die reine Korrelation unzulässig, da theoretisch nicht begründbar, als direkten kausalen Wirkungszusammenhang zwischen ethnischer Herkunft oder Staatsangehörigkeit und Bildung oder gar Bildungsfähigkeit darstellt. Die realen Wirkungszusammenhänge sind deutlich komplexer und sollten unvoreingenommen in ihrer Breite diskutiert werden. Als Diskussionsgrundlage sei hier neben der Bereitstellung der Ergebnisse selbst auf den Umstand hingewiesen, dass Zuwanderungen nach Deutschland nicht aus allen Herkunftsgebieten zur selben Zeit, unter denselben Rahmenbedingungen, aufgrund

derselben Motivation zum selben Zweck und von demografisch wie sozioökonomisch identischen Bevölkerungsgruppen erfolgt ist. In Kombination mit der Feststellung, dass transgenerationale sozioökonomische Immobilität ein zwar unerwünschtes, jedoch auch insbesondere der deutschen Gesellschaft nicht fremdes Phänomen ist, sei die Interpretation der Herkunft als wirkungsmächtige unabhängige Variable nachdrücklich angezweifelt. Weitaus konstruktiver und gesamtgesellschaftlich relevanter als die Diskussion um geographische Herkunft, ethnische Zugehörigkeit oder Zuwanderungsmotive wäre daher die Frage, wie sich die vertikale Mobilität steigern, wie sich Kinder aus bildungsarmen Schichten besser fördern und der Einfluss der soziale Herkunft als Determinante des eigenen Lebenswegs reduzieren ließen.

Hieraus leiten sich auch die zweifache besondere Relevanz dieser Analyse und die Beobachtung der entsprechenden Verhältnisse in der Zukunft ab. Wie zuvor beschrieben sind die Ergebnisse der Schulabschlüsse der Eltern ohnehin nicht repräsentativ für alle Kieler Bürger und Bürgerinnen entsprechender Herkunft, sehr wohl aber für die Eltern der Kinder, die in den entsprechenden Jahren der Schuleingangsuntersuchung unterzogen wurden. Die Daten können damit zumindest als Indiz für die soziale Herkunft der entsprechen-

den Schüler/-innen gewertet werden. Die vorliegende Analyse ermöglicht damit erstens in ihrer mittelfristigen und regelmäßigen Wiederholung die Beobachtung von Veränderungen in den Verhältnissen der sozialen Herkunft der Schüler/-innen nach der geographischen Herkunft ihrer Eltern und dokumentiert damit auch Erfolge oder Misserfolge in der Förderung vertikaler Mobilität. Zweitens ermöglicht die Kenntnis von Herkunftsgruppen, die in besonderem Maße entsprechender Förderung bedarf, eine zielgerichtete und individuellere Ausgestaltung entsprechender Maßnahmen.

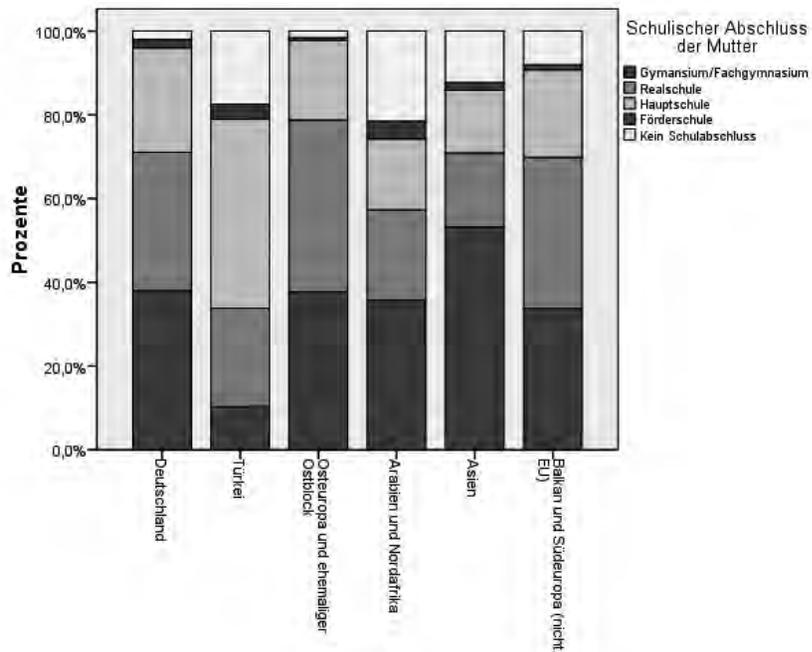


Diagramm 9: Schulbildung der Mutter nach ihrer Herkunftsregion

Bei der Betrachtung zunächst der Mütter der Schüler/-innen (Tab. 11; Abb.9) wird deutlich, dass die verbreitete Sichtweise, die Menschen deutscher Herkunft seien die Zielmarke, deren

Niveau es seitens der Menschen nicht-deutscher Herkunft zu erreichen gelte, wenn Integration als Verringerung der Unterschiede in bestimmten Merkmalen definiert wird, nicht haltbar ist.

		kein Schul-			(Fach-)Hoch-		
		Abschluss	Förderschule	Hauptschule	Realschule	Schulreife	Gesamt
Deutschland	N	99	90	1.155	1.537	1.759	4.640
	%	2,1%	1,9%	24,9%	33,1%	37,9%	100,0%
Türkei	N	88	18	227	119	51	503
	%	17,5%	3,6%	45,1%	23,7%	10,1%	100,0%
Osteuropa und ehem. GUS	N	7	3	83	179	164	436
	%	1,6%	0,7%	19,0%	41,1%	37,6%	100,0%
arabische und nordafrikanische Staaten	N	46	9	36	46	76	213
	%	21,6%	4,2%	16,9%	21,6%	35,7%	100,0%
Asien	N	14	2	17	20	60	113
	%	12,4%	1,8%	15,0%	17,7%	53,1%	100,0%
Balkan und Südeuropa (nicht-EU)	N	7	1	18	31	29	86
	%	8,1%	1,2%	20,9%	36,0%	33,7%	100,0%
Sonstige	N	10	4	25	39	86	164
	%	6,1%	2,4%	15,2%	23,8%	52,4%	100,0%
gesamt	N	271	127	1.561	1.971	2.225	6.155
	%	4,4%	2,1%	25,4%	32,0%	36,1%	100,0%

Tabelle 11: Schulbildung der Mutter nach ihrer Herkunftsregion

Mütter mit einer Herkunft aus Osteuropa oder der ehemaligen GUS weisen einen den Müttern deutscher Herkunft zwar sehr ähnlichen, insgesamt aber höheren Bildungsstand auf. Während von den Müttern deutscher Herkunft 71% mindestens einen Real- schulabschluss haben, sind es von den Müt-

tern aus Osteuropa oder der ehemaligen GUS 78,7%.

Auch die Mütter mit einer Herkunft vom Balkan oder aus Südeuropa außerhalb der EU, so wie aus Asien weisen noch einen recht hohen Anteil von circa 70% mit mindestens Real- schulabschluss auf, gleichzeitig aber deutlich

		kein Schul-			(Fach-)Hoch-		
		Abschluss	Förderschule	Hauptschule	Realschule	schulreife	Gesamt
Deutschland	N	57	66	1.031	1.046	1.832	4.032
	%	1,4%	1,6%	25,6%	25,9%	45,4%	100,0%
Türkei	N	72	15	236	155	100	578
	%	12,5%	2,6%	40,8%	26,8%	17,3%	100,0%
Osteuropa und ehem. GUS	N	5	1	56	139	104	305
	%	1,6%	0,3%	18,4%	45,6%	34,1%	100,0%
arabische und nord-afrikanische Staaten	N	34	7	39	39	138	257
	%	13,2%	2,7%	15,2%	15,2%	53,7%	100,0%
Asien	N	6	2	20	15	69	112
	%	5,4%	1,8%	17,9%	13,4%	61,6%	100,0%
Balkan und Südeuropa (nicht-EU)	N	7	0	15	36	26	84
	%	8,3%	0,0%	17,9%	42,9%	31,0%	100,0%
Sonstige	N	5	4	31	52	93	185
	%	2,7%	2,2%	16,8%	28,1%	50,3%	100,0%
gesamt	N	186	95	1.428	1.482	2.362	5.553
	%	3,3%	1,7%	25,7%	26,7%	42,5%	100,0%

Tabelle12: Schulbildung des Vaters nach seiner Herkunftsregion

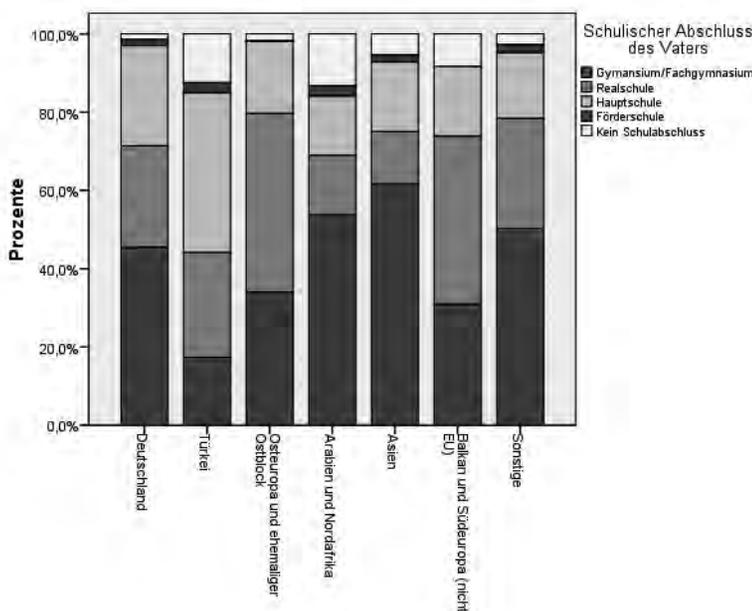


Diagramm 10: Schulbildung des Vaters nach seiner Herkunftsregion

höhere Anteile von Müttern ohne Schulabschluss. Besonders bei Müttern asiatischer, arabischer oder nordafrikanischer Herkunft ist das mittlere Segment der Haupt- und Realschulabschlüsse verhältnismäßig klein.. Während Mütter asiatischer Herkunft mit 53,1% mit großem Abstand (Deutschland: 37,9%) den höchsten Anteil mit (Fach-) Hochschulreife aufweisen, haben gleichzeitig 12,4% der Mütter asiatischer Herkunft keinen Schulabschluss (Osteuropa und ehemalige GUS: 1,6%). Mütter mit arabischer oder nordafrikanischer Her-

	N	χ^2	Signifikanz	Cramer-V
nach Kombination der Elternteile	6.208	203,1	0,000	0,128
nach Herkunft der Mutter mit Deutschland	6.155	700,9	0,000	0,169
nach Herkunft der Mutter ohne Deutschland	1.515	346,0	0,000	0,239
nach Herkunft des Vaters mit Deutschland	5.553	554,5	0,000	0,158
nach Herkunft des Vaters ohne Deutschland	1.521	304,9	0,000	0,224

Tabelle 13: Statistische Kennzahlen für Schulbildung der Eltern nach ihrer Herkunftsregion

kunft haben mit 35,7% ähnlich häufig eine (Fach-)Hochschulreife wie Mütter deutscher Herkunft, jedoch mit 21,4% der Fälle im Vergleich der Herkunftsgebiete auch den höchsten Anteil von Müttern ohne Schulabschluss. Die Bildungsmittelschicht fällt für diese Bevölkerungsgruppen also vergleichsweise klein aus.

Die größten Differenzen lassen sich in der Bildungsverteilung der Mütter türkischer Herkunft erkennen und zwar gegenüber allen anderen Herkunftsregionen. Dem mit 17,5% zweithöchsten Anteil von Müttern ohne Schulabschluss steht der mit 10,1% mit Abstand geringste Anteil an Müttern mit (Fach-)Hochschulreife gegenüber. Der Anteil der Mütter türkischer Herkunft mit Realschulabschluss oder höher ist immer noch geringer als der Anteil der Mütter mit (Fach-)Hochschulreife fast aller anderen Herkunftsgebiete. Der Anteil des Hauptschulabschlusses ist mit 45,1% weit größer, als bei allen anderen Herkunftskategorien (Deutschland: 24,9%, Asien: 15,0%).

Die Verhältnisse der Herkunftsgebiete zueinander fallen in Bezug auf den Schulabschluss der Väter sehr ähnlich aus, so dass die entsprechende Beschreibung hier nicht wiederholt werden muss (Tab. 12; Abb.10). Bemer-

kenswert ist, dass Väter osteuropäischer Herkunft und aus der ehemaligen GUS trotz eines geringeren Anteils mit (Fach-)Hochschulreife den mit 79,7% höchsten Anteil mit Realschulabschluss oder besser aufweisen (Deutschland: 71,3%, Türkei: 44,1%) und Väter mit asiatischer, arabischer oder nordafrikanischer Herkunft mit 61,6% bzw. 53,7% weit häufiger die (Fach-)Hochschulreife besitzen als Väter deutscher Herkunft (45,4%), gleichzeitig aber auch öfters keinen Schulabschluss haben. Insgesamt gilt, dass die Väter im Verhältnis zu den Müttern häufiger höhere Schulabschlüsse besitzen.

Sprache

Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren

Die dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren ist insbesondere deshalb von Interesse, weil ein Zusammenhang der überwiegend gesprochenen Sprache in dieser Phase mit dem späteren Sprachförderbedarf und dem Schulerfolg im Allgemeinen angenommen werden kann. Solche Bezüge sind hier nicht nachprüf- und kontrollierbar, da die Daten der Schuleingangsuntersuchungen entstammen, die wie beschrieben, auf Individualdaten beruhen, während die Daten zum Sprachförderbedarf und den Schulabschlüssen anderen Tabellen entnommen sind.

Zunächst sei die Entwicklung der Sprachverhältnisse über die Jahre untersucht, während anschließend auf Basis aller vier Schuljahre die Zusammenhänge zwischen der Herkunft der Eltern und den Sprachverhältnissen betrachtet werden (N: 7.176). Obgleich die Entwicklung über die Jahre einen klaren Trend zeigt, fällt die Interpretation dieses Bildes schwer

		2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
deutsch	N	1.458	1.309	1.235	1.158
	%	77,8%	75,9%	71,9%	69,5%
Elternsprache	N	415	305	250	224
	%	22,1%	17,7%	14,6%	13,4%
zweisprachig	N	2	111	232	285
	%	0,1%	6,4%	13,5%	17,1%
gesamt	N	1.875	1.725	1.717	1.667
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 14: Entwicklung der Anteile der dominierenden Sprachen in den ersten vier Lebensjahren

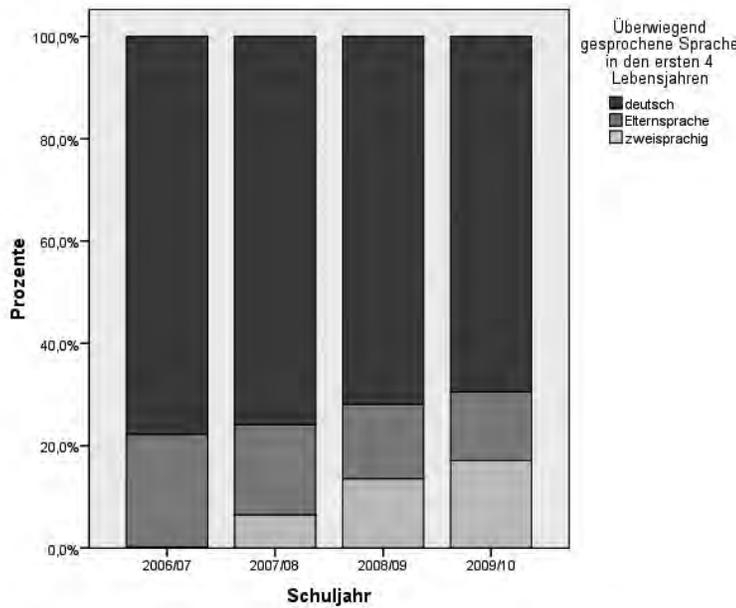


Diagramm 11: Entwicklung der Anteile der dominierenden Sprachen in den ersten vier Lebensjahren

(Tab. 14). Der Anteil der Kinder, die in ihren ersten vier Lebensjahren vornehmlich deutsch gesprochen haben, ging über die Jahre um 8,3 Prozentpunkte auf 69,5% zurück, der Anteil derer, die überwiegend nicht-deutsch gesprochen haben um 8,7 Prozentpunkte auf 13,4%, dies entspricht im Verhältnis zu 2006/07 einem drastischen Rückgang um circa 46%. Gleichzeitig nahm im selben Zeitraum die Zahl der Kinder, die zweisprachig aufgewachsen sind, zu und zwar von 0,1% im Schuljahr 2006/07 auf 17,1% im Schuljahr 2009/10.

Die Vermutung liegt nahe, dass sich diese Entwicklung weniger auf die entsprechenden Verhältnisse in der Realität bezieht, als

vielmehr auf die zunehmende Popularität des Begriffs ‚Zweisprachigkeit‘, verbunden mit einer Unschärfe im Hinblick darauf, ab welchem Verhältnis der Sprachen zueinander nicht mehr von einer dominierenden Sprache, sondern von Zweisprachigkeit gesprochen werden kann. Vor diesem Hintergrund darf auch eine Verzerrung aufgrund sozialer Erwünschtheit angenommen werden, die den starken Rückgang der Elternsprache als dominierender Sprache mit erklären könnte. Eine Aufklärung dieser Umstände ist auf Basis der vorliegenden Daten nicht möglich, dass diese Entwicklung eine belastbare Abbildung der realen Verhältnisse sei, darf jedoch bezweifelt werden, besonders mit

Blick auf die de facto mehr als unwahrscheinliche Tatsache, dass in Familien mit einem deutschen und einem nicht-deutschen Elternteil kaum häufiger Zweisprachigkeit angegeben wird, als bei nicht-deutschen Eltern. Gleichzeitig wird aber auch hier wieder deutlich, dass der Unterschied zwischen Familien mit zwei Elternteilen deutscher Herkunft und Familien mit einem Elternteil nicht-deutscher Herkunft weitaus kleiner ist, als zwischen Familien mit einem Elternteil nicht-deutscher Herkunft und Familien mit zwei Elternteilen nicht-deutscher Herkunft. Während Kinder mit zwei nicht-deutschen Elternteilen in ihren vier ersten Lebensjahren lediglich in 6,8% der Fälle vorwiegend deutsch sprechen und 70,3% überwiegend die Sprache

		Deutsch	Elternsprache	zweisprachig	gesamt
beide Elternteile deutsch	N	4.483	19	60	4.562
	%	98,3%	0,4%	1,3%	100,0%
ein Elternteil nicht-deutscher Herkunft	N	532	84	213	829
	%	64,2%	10,1%	25,7%	100,0%
beide Elternteile nicht-deutscher Herkunft	N	105	1.087	354	1.546
	%	6,8%	70,3%	22,9%	100,0%
gesamt	N	5.120	1.190	627	6.937
	%	73,8%	17,2%	9,0%	100,0%

Tabelle 15: Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach Kombination der Herkunft der Eltern

der oder eines der Elternteile sprechen, sind die Verhältnisse bei nur einem Elternteil nicht-deutscher Herkunft mit 64,2% zu 10,1% nahezu spiegelverkehrt.

Im Folgenden (Tab. 16) werden die Sprachverhältnisse nach den

		deutsch	Elternsprache	zweisprachig	gesamt
Türkei	N	51	427	135	613
	%	8,3%	69,7%	22,0%	100,0%
Osteuropa und ehem. GUS	N	111	240	138	489
	%	22,7%	49,1%	28,2%	100,0%
arabische und nord- afrikanische Staaten	N	13	237	58	308
	%	4,2%	76,9%	18,8%	100,0%
Asien	N	25	85	38	148
	%	16,9%	57,4%	25,7%	100,0%
Balkan und Südeuropa (nicht-EU)	N	9	81	23	113
	%	8,0%	71,7%	20,4%	100,0%
Sonstige	N	74	62	66	202
	%	36,6%	30,7%	32,7%	100,0%
gesamt	N	283	1132	458	1.873
	%	15,1%	60,4%	24,5%	100,0%

Tabelle 16: Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach Herkunftsregion der Mutter

Herkunftsgebieten der Elternteile, differenziert nach Müttern und Vätern, untersucht. Da die Fälle, in denen beide Elternteile deutscher Herkunft sind, hier keine Beachtung finden, ist auch hier die gemeinsame Analyse aller vier Schuljahre aufgrund der ansonsten teilweise sehr geringen Fallzahlen in den Feldern angeraten.

Auch hier wird wieder deutlich, dass sich die Situationen zwischen Familien verschiedener Herkunftsräume unterscheiden. **Kinder mit Müttern aus Osteuropa oder der ehemaligen GUS wachsen mit 22,7% am häufigsten überwiegend mit der deutschen, mit 49,1% am seltensten überwiegend mit der Elternsprache auf, gefolgt von Kindern mit Müttern asiatischer Herkunft. In Familien mit Müttern türkischer Herkunft, aus dem Balkan oder aus Südeuropa außerhalb der EU wird mit 8,3% bzw. 8,0% deutlich seltener vornehmlich deutsch gesprochen. In Familien mit arabischen Müttern beträgt der**

Anteil mit 4,2% sogar weniger als ein Fünftel im Verhältnis zu den Familien mit Müttern aus Osteuropa oder der ehemaligen GUS.

Bei der Betrachtung nach der Herkunft der Väter stellt sich das Bild in Bezug auf die Verhältnisse zwischen den Herkunftsregionen sehr ähnlich dar (Tab. 17). Die Unterschiede bei der Betrachtung nach den Herkunftsregionen der Väter fallen allerdings geringer aus. Dies wird auch durch die Korrelationskoeffizienten unter-

strichen. **Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Kinder, die in ihren ersten vier Lebensjahren vorwiegend deutsch sprachen, bei einer Betrachtung der Väter nicht-deutscher Herkunft gegenüber der Betrachtung der Mütter nicht-deutscher Herkunft mit**

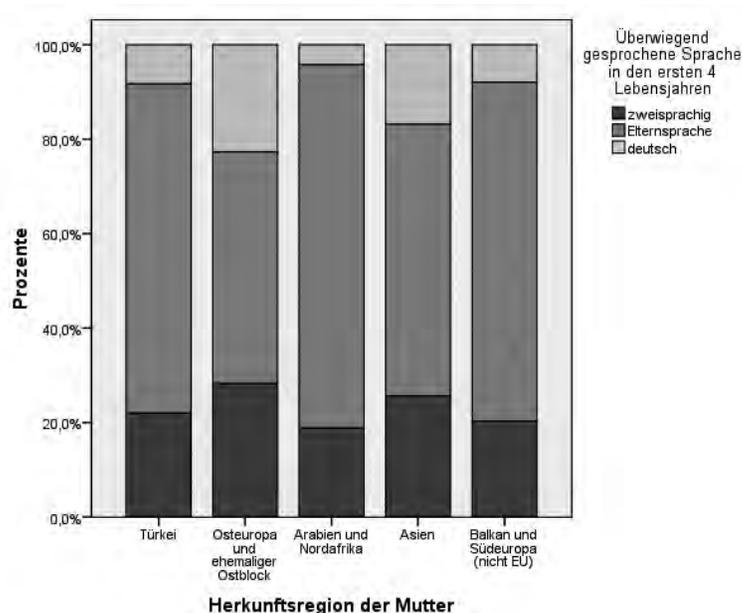


Diagramm 12: Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach Herkunftsregion der Mutter

		deutsch	Elternsprache	zweisprachig	gesamt
Türkei	N	136	450	175	761
	%	17,9%	59,1%	23,0%	100,0%
Osteuropa und ehem. GUS	N	80	215	85	380
	%	21,1%	56,6%	22,4%	100,0%
arabische und nord- afrikanische Staaten	N	52	247	82	381
	%	13,6%	64,8%	21,5%	100,0%
Asien	N	35	83	39	157
	%	22,3%	52,9%	24,8%	100,0%
Balkan und Südeuropa (nicht-EU)	N	22	76	18	116
	%	19,0%	65,5%	15,5%	100,0%
Sonstige	N	137	57	65	259
	%	52,9%	22,0%	25,1%	100,0%
gesamt	N	462	1128	464	2.054
	%	22,5%	54,9%	22,6%	100,0%

Tabelle 17: Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach Herkunftsregion des Vaters.

Ausnahme des Gebiets Osteuropa und ehemalige GUS deutlich erhöht ist, teilweise sogar doppelt so hoch ausfällt.

Einer der wenigen hypothetischen Kausalzusammenhänge, der hier zumindest auf Korrelation getestet werden kann, ist der zwischen der Schulbildung der Eltern und der vorwiegenden Verwendung der deutschen Sprache im familiären Umfeld der Kinder. Hierfür wird die bereits vorgestellte Variable verwendet, die Auskunft über den höheren der beiden Schulabschlüsse der Elternteile gibt. Diese entstammt, daher die Möglichkeit dieses Tests, demselben Datensatz, wie die Angaben zur dominierenden Sprache in den ersten vier Lebensjahren.

Der Korrelationskoeffizient Cramer-V von 0,134 beschreibt einen sehr leichten, obgleich höchst signifikanten Zusammenhang. Wirklich deutlich werden die Umstände aber erst mit Blick auf die Tabelle (19) bzw. das Diagramm (14). Von der Förderschule bis zur (Fach-)

Hochschulreife steigt mit zunehmendem Bildungsstand auch der Anteil der Kinder, die überwiegend die deutsche Sprache gesprochen haben, allerdings nur sehr leicht von 72,5%, wenn ein Förderschulabschluss der höhere Abschluss der beiden Elternteile ist, bis auf 79,7%, wenn mindestens ein Elternteil die (Fach-)Hochschulreife inne hat. **Gleichermaßen geht der Anteil der Kinder, die vorwiegend die Elternsprache gesprochen haben, mit**

steigendem Bildungsstand ähnlich schwach, jedoch konstant zurück. Außerordentlich stark ist der Unterschied aber zwischen Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Förderschulabschluss hat und Familien, in denen beide Elternteile keinen Schulabschluss haben. Der Anteil der Kinder, die überwiegend deutsch gesprochen haben, liegt für Eltern ohne Schulabschluss nur noch bei 30,3%,

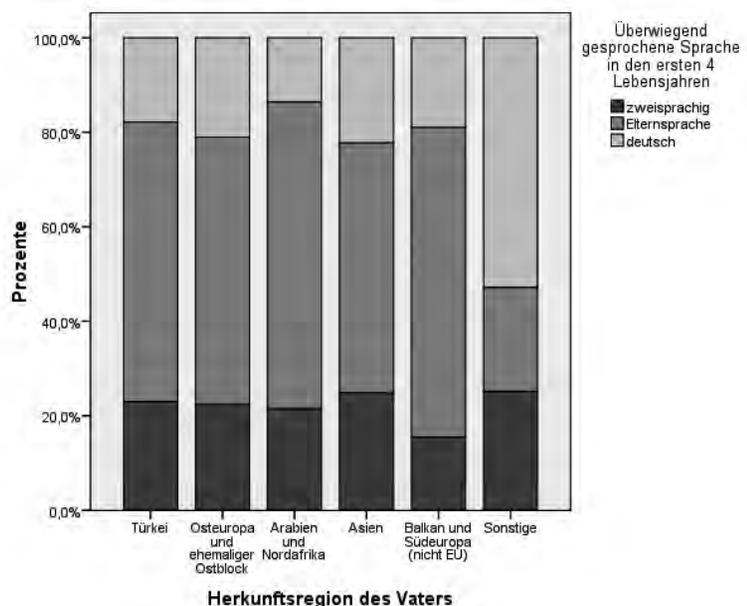


Diagramm 13: Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach Herkunftsregion des Vaters.

	N	X ²	Signifikanz	Cramer-V
nach Herkunftsgebiet Mutter	1.873	207,4	0,000	0,235
nach Herkunftsgebiet Vater	2.054	194,8	0,000	0,218

Tabelle 18: Statistische Kennzahlen für dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach Herkunft der Eltern

		deutsch	Elternspra-	zweispra-	gesamt
kein Schulabschluss	N	43	74	25	142
	%	30,3%	52,1%	17,6%	100,0%
Förderschule	N	58	21	1	80
	%	72,5%	26,2%	1,2%	100,0%
Hauptschule	N	932	221	114	1.267
	%	73,6%	17,4%	9,0%	100,0%
Realschule	N	1.324	291	174	1.789
	%	74,0%	16,3%	9,7%	100,0%
(Fach-) Hochschulreife	N	2.273	348	231	2.852
	%	79,7%	12,2%	8,1%	100,0%
gesamt	N	4.630	955	545	6.130
	%	75,5%	15,6%	8,9%	100,0%

Tabelle 19: Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach höherem Schulabschluss der Eltern.

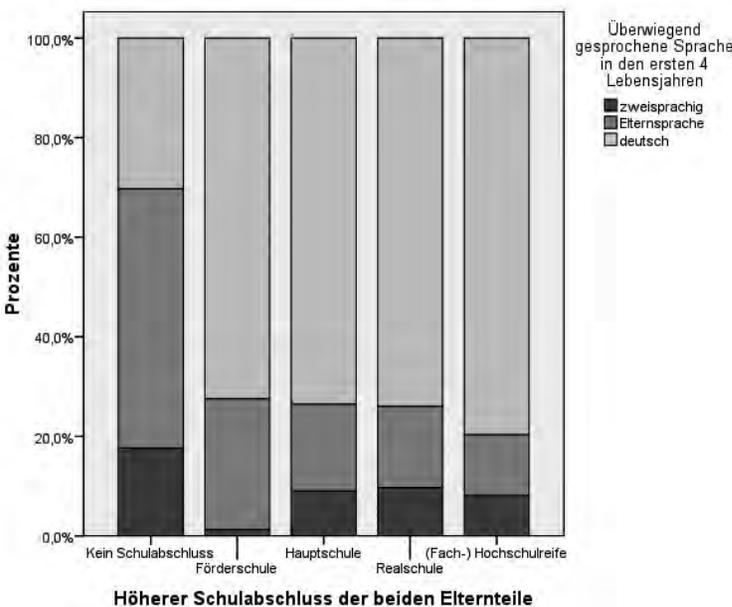


Diagramm 14: Dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren nach höherem Schulabschluss der Eltern.

der Anteil der Kinder, die überwiegend die Elternsprache gesprochen haben ist fast doppelt so hoch, als bei Kindern mit mindestens einem Elternteil mit Förderschulabschluss.

Obgleich also der Zusammenhang zwischen Bildungsstand der Eltern und vorwiegend gesprochener Sprache der Kinder in den ersten vier Jahren über alle Kategorien schwach nachvollziehbar ist, ist das relevante Kriterium hier, ob überhaupt eines der Elternteile einen Schulabschluss aufweist. Ist dieses Kriterium erfüllt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass die entsprechenden Kinder überwiegend deutsch gesprochen haben, weit mehr als doppelt so groß, als wenn kein Elternteil einen Schulabschluss aufweist.

Die Zweifel an der Angabe der Zweisprachigkeit werden allerdings auch in dieser Konstellation wieder bestärkt. Es ist kein rationaler Grund dafür erkennbar, warum dieser Anteil bei Kindern von Eltern ohne Schulabschluss bei beachtlichen 17,6%, wenn mindestens ein Elternteil einen Förderschulabschluss hat nur bei 1,2% und ab einem Hauptschulabschluss als höherem Bildungsabschluss der beiden Elternteil circa zwischen 8% und 10% liegen sollte. **Über eine Abschaffung der Kategorie ‚zweisprachig‘ sollte vor diesem Hintergrund nachgedacht werden.**

			2008/09	2009/10
Grundschule	Schüler/-innen	gesamt	7.135	6.973
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	1.686	1.810
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	1.149	1.202
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	68,15%	66,41%
		an allen Schüler/-innen	16,10%	17,24%
Hauptschule	Schüler/-innen	gesamt	1.970	1.633
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	611	534
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	480	397
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	78,56%	74,34%
		an allen Schüler/-innen	24,37%	24,31%
Realschule	Schüler/-innen	gesamt	3.205	2.767
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	506	547
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	193	316
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	38,14%	57,77%
		an allen Schüler/-innen	6,02%	11,42%
Gymnasium	Schüler/-innen	gesamt	7.970	8.030
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	559	667
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	224	270
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	40,07%	40,48%
		an allen Schüler/-innen	2,81%	3,36%
Gesamtschule	Schüler/-innen	gesamt	2.306	2.277
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	164	165
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	41	43
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	25,00%	26,06%
		an allen Schüler/-innen	1,78%	1,89%
Regionalschule	Schüler/-innen	gesamt	0	166
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	0	59
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	0	18
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	0,00%	30,51%
		an allen Schüler/-innen	0,00%	10,84%
Gemeinschafts- schule	Schüler/-innen	gesamt	0	276
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	0	82
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	0	76
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	0,00%	92,68%
		an allen Schüler/-innen	0,00%	27,54%
Allgemeinbild. Schulen ge- samt	Schüler/-innen	gesamt	22.586	22.122
	Schüler/-innen mit Mig.	gesamt	3.526	3.864
	davon	mit Förderbedarf in Deutsch	2.087	2.322
	Anteil mit Mig. und Förderb. in D.	an Schüler/-innen mit Mig.	59,19%	60,09%
		an allen Schüler/-innen	9,24%	10,50%

Tabelle 20: Entwicklung der Anzahl von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Deutsch nach Schulformen.

Sprachförderbedarf bei Schülern

Der Sprachförderbedarf in Deutsch ist neben der dominierenden Sprache in den ersten vier Lebensjahren ein weiterer Indikator für die Sprachkompetenz von Kindern und Schülern, die als eine Determinante für Schulerfolg gilt. An die Zweckmäßigkeit der Verwendung dieses Indikators für ein Integrationsmonitoring sind allerdings Bedingungen geknüpft. Die hier verwendeten Daten entstammen den Datensätzen der Schulen, die in die Schulstatistik Eingang gefunden haben und deren Definition des Begriffs Migrationshintergrund, wie zuvor ausführlich besprochen wurde, durch das Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen nicht als gesichert betrachtet wird. Auch liegen die Zahlen lediglich als aggregierte Daten vor, die keiner umfassenderen Analyse zugänglich sind und der betrachtete Zeitraum umfasst lediglich zwei Schuljahre, so dass auch hier Verschiebungen nicht automatisch als überzufällige, mittelfristige Entwicklungstendenzen interpretiert werden sollten. Vor allem ist der Erkenntnisgewinn dieser Daten in Bezug auf Integration, verstanden als Redukti-

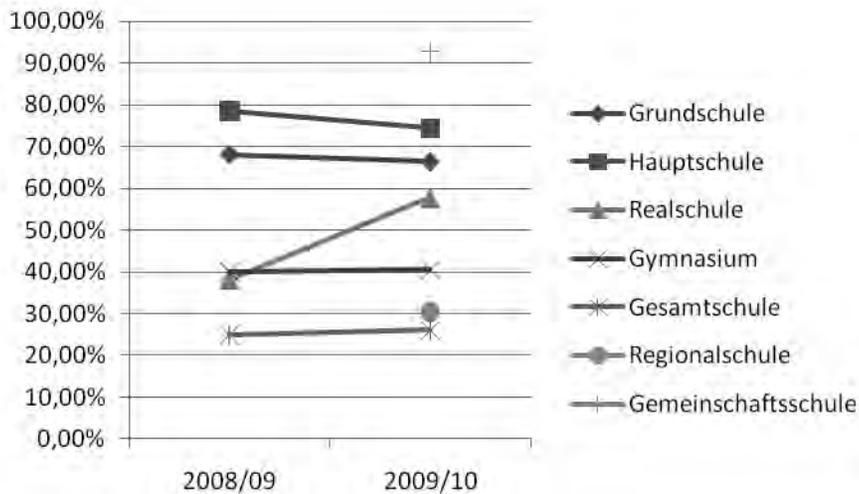


Diagramm 15: Entwicklung des Anteils von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Deutsch an Schüler/-innen mit Migrationshintergrund nach Schulformen.

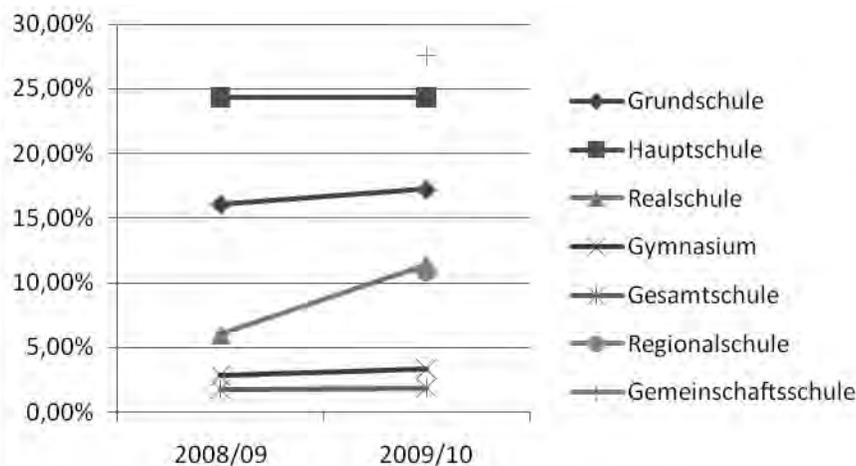


Diagramm 16: Entwicklung des Anteils von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Deutsch an allen Schüler/-innen nach Schulformen.

on der Unterschiede zwischen Menschen deutscher und nicht-deutscher Herkunft, recht gering, weil lediglich der prozentuale Anteil von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Deutsch an allen Schülern/-innen mit Migrationshintergrund und auch an allen Schülern/-innen insgesamt festgestellt werden kann. Damit ist eine Entwicklung dieser Personengruppe nachvollziehbar. Eine Feststellung des Verhältnisses des Anteils von Schülern/-innen mit Sprachförderbedarf und Migrationshintergrund zum Anteil von denjenigen mit Sprachförderbedarf ohne Migrationshintergrund ist jedoch nicht möglich, da die Datengrundlage kei-



Wichtig wären Informationen über Sprachförderbedarf von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund.

ne Auskunft darüber gibt, wie viele Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund Sprachförderbedarf haben. Anders formuliert lässt sich erkennen, wenn der Sprachförderbedarf für Schüler/-innen mit Migrationshintergrund steigt oder sinkt, nicht aber, ob diese einen höheren oder geringeren Förderbedarf haben, als solche ohne Migrationshintergrund. Auch ein hoher Förderbedarf von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund kann nicht als Integrationsdefizit gewertet werden, wenn Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund einen ähnlich hohen Förderbedarf aufweisen. Dennoch sind die folgenden Zahlen interessant, wenn auch aus einem anderen Grund. Da diese differenziert nach Schulformen vorliegen, lassen sich Unterschiede der Förderbedarfe erkennen, die Rückschlüsse auf die Charakteristik der entsprechenden Schülerschaft erlauben. Erkennbar wird zunächst, dass dort, wo der Anteil der Schüler/-innen mit Sprachförderbedarf und Migrationshintergrund an allen Schülern/-innen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich groß ist, auch der entsprechende Anteil an der Gesamtschülerschaft groß ist. Während die Anteile an der Gesamtschule und am Gymnasium eher klein sind, liegen die Grund- und Realschulen im Mittelfeld. Besonders hohe Anteile weisen Haupt-, vor allem aber Gemeinschaftsschulen auf. Liegt der Anteil derjenigen mit Sprachförderbedarf in Deutsch an allen Schülern/-innen an Gesamtschulen im Schuljahr 2009/10 bei 1,89%, liegt dieser an Gemeinschaftsschulen bei 27,54%. Dass dieser Effekt nicht durch unterschiedliche Anteile an Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im Ganzen erklärt werden kann, zeigt die Tatsache, dass der Anteil der Schüler/-innen mit Sprachförderbedarf nur unter den Schülern/-innen mit Migrationshintergrund an Gesamtschulen mit 26,06% im Vergleich zu 92,68% an Gemeinschaftsschulen ebenfalls deutlich geringer ausfällt.

Abschließende Bemerkungen

Wie auch bei anderen kommunalen Integrationsmonitorings liegt der Schwerpunkt auch hier auf der Schulbildung. Die Aufnahme weiterer Dimensionen des breiten Spektrums der Bildung, Erziehung und Qualifikationen wäre jedoch wünschenswert. So sollten die vor-

schulischen Betreuungsinstitutionen nicht außer acht gelassen werden. Jedoch konnten zu den Anteilen von Kindern mit Migrationshintergrund bspw. in Kindertagesstätten derzeit noch keine Zahlen für Kiel gefunden werden. Da im Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein jedoch entsprechende Zahlen auf Landesebene vorliegen, darf davon ausgegangen werden, dass diese auch für Kiel existieren und zukünftig berücksichtigt werden könnten. Das Problem einer adäquaten Datengrundlage für die Abbildung weiterer Dimensionen, insbesondere des Bereichs der Berufsqualifikationen, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und deutscher Sprachkompetenz Erwachsener, wurde zu Beginn des Kapitels bereits erwähnt. Über Möglichkeiten zur Erfassung weiterer möglichst valider Indikatoren sollte nachgedacht werden.

Festzuhalten ist allerdings, dass für wirklich belastbare und miteinander vergleichbare Aussagen eine Vereinheitlichung der verwendeten Definitionen, die Schaffung klarer Abgrenzungen der zu erfassenden Kategorien und die Gewährleistung einheitlicher, standardisierter Erfassungen zwingende Voraussetzungen sind. Zudem wurde deutlich, dass durch die unterschiedliche Anlage der Datensätze und die dezentrale Erfassung weder die notwendige Kontrolle von Drittvariablen noch die Überprüfung relevanter Zusammenhänge möglich war, so dass sich im Kaleidoskop der aktuell möglichen, beschränkten Darstellungen kaum ein der Komplexität der realen Zusammenhänge genügendes Bild entworfen werden kann. Der Erkenntnisgewinn bleibt somit bruchstückhaft und anfällig für Scheinkorrelationen sowie Fehlinterpretationen.

Insbesondere die Darstellung des Schulerfolgs von Schülern/-innen mit Migrationshintergrund im Verhältnis zu solchen ohne Migrationshintergrund bedarf der Kontrolle der sozialen Herkunft. Aufgrund der Datenlage konnte selbst der vorliegende Schulabschluss der Eltern nicht auf den Schulerfolg der Schüler/-innen getestet werden. Auch die Entwicklung des Sprachförderbedarfs gibt ohne die Möglichkeit zur Differenzierung zwischen Schülern/-innen mit und ohne Migrationshintergrund keinen befriedigenden Indikator für Integration ab.

Idealerweise wären die Daten zur dominierenden Sprache in den ersten vier Lebensjah-

ren und zum Bedarf der Sprachförderung in Deutsch mit den Daten über den sozioökonomischen Status der Eltern und den Daten zum Bildungserfolg der Schüler/-innen auf Personenebene in einem einzigen Datensatz unter Verwendung einer einheitlichen Definition und unter Berücksichtigung differenzierter Kriterien von Migrationshintergrund und entsprechender Herkunft zusammenzuführen. Dieser Zustand sollte als Fernziel angestrebt werden, **aktuell genügt die Datenlage kaum den Mindestanforderungen für eine Verwendung der Zahlen als Indikatoren für ein in seinen Aussagen belastbares Integrationsmonitoring.**

4.4 Gesundheit, Vorsorge, Alter und Pflege

Thematik und Relevanz

Die Gesundheit als abhängige Variable gehört aufgrund ihrer Relevanz für ein glückliches Leben und die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und zudem ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung mit zu den wichtigsten Faktoren.

Allerdings ist es kaum möglich Daten zu finden, die direkt Auskunft über die gesundheitliche Verfassung von Menschen mit Migrationshintergrund geben. Einerseits sind Angaben zur Gesundheit von Menschen datenschutzrechtlich sehr sensibel und dürfen ohne hinreichende Begründung nicht abgefragt werden. Andererseits haben entsprechende Stellen für ihre Zwecke auch in der Regel keine Veranlassung, den Migrationshintergrund der untersuchten Personen abzufragen. Auch das Vorsorgeverhalten als Indikator und mögliche Determinante für Gesundheit und Gesunderhaltung hilft kaum weiter. **Es sind keine Daten bekannt, die die Kieler Bevölkerung in Bezug auf dieses Merkmal repräsentativ abbilden und gleichzeitig die notwendigen Differenzierungen enthalten.**

Die einzigen Zahlen, die aus diesem Themenbereich vorliegen und damit nutzbar gemacht werden können, sind die bereits vorgestellten Daten der Schuleingangsuntersuchungen (Gesundheitsamt Kiel), die u.a. Auskunft darüber geben, welche der U-Untersuchungen von U1 bis U9 gemäß vorzulegendem Früherkennungsheft bei den untersuchten Kindern stattgefunden haben und welche nicht (vgl. Kapitel 4.3). **Es muss an dieser Stelle unterstrichen werden, dass dieser Einzelindikator allein in keiner Weise dazu taugt, repräsentative Aussagen über das Vorsorgeverhalten oder gar die Gesundheit der Kieler Bevölkerung im Ganzen zu machen, sondern nur einen kleinen Ausschnitt dieses Themenfeldes untersucht.** Während sich andere Monitorings mit der Teilnahmequote von Kindern mit Eltern nicht-deutscher Herkunft an einer einzigen höheren U-Untersuchung begnügen, werden im vorliegenden Bericht Teilnahmeindizes über alle U-Untersuchungen hinweg gebildet und mögliche Determinanten für die Teilnahme an U-Untersuchungen analysiert. Die Behandlung des Themenfeldes Alter und Pflege

im Rahmen eines Integrationsmonitorings ist ein bisher ungebräuchlicher Ansatz, so dass hier bezüglich der Indikatorengestaltung nicht auf Erfahrungen anderer Kommunen zurückgegriffen werden kann. Die Relevanz der Thematik ist unabhängig davon offensichtlich. Die festgestellten Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur durch demographischen Wandel und die unterschiedlichen Altersstrukturen verschiedener Gruppen von Migranten und Migrantinnen legen nahe, dass dies auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppe älterer Kieler und Kielerinnen haben wird. Entsprechend notwendig wären Erkenntnisse darüber, ob sich die Lebensverhältnisse älterer Menschen zwischen den hier betrachteten Kategorien unterscheiden oder nicht, beispielsweise im Hinblick auf die Inanspruchnahme stationärer oder ambulanter Pflege oder die Relevanz häuslicher Pflege durch Angehörige. Auch hier ist die Datenlage das scheidende Kriterium zwischen Notwendigkeit und Machbarkeit.

Datengrundlage und Definitionen

Die Daten zu den Schuleingangsuntersuchungen liegen, wie bereits beschrieben, auf individueller Personenebene für die Kinder vor, die in den Schuljahren 2006/07 bis 2009/10 an den Schuleingangsuntersuchungen in Kiel teilgenommen haben. Diese Daten werden für die Darstellung der Entwicklungsverläufe nach Jahren genutzt, bei der Analyse von Zusammenhängen werden aufgrund der Fallzahl jedoch die Daten aller vier Schuljahre insgesamt herangezogen (N: 7.176).

Auch hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass bei den Schuleingangsuntersuchungen lediglich nach dem Herkunftsgebiet der beiden Elternteile gefragt wird, was einen Migrationshintergrund lediglich indiziert. Eine differenzierte und exaktere Erfassung der Staatsangehörigkeit oder des Migrationshintergrunds wie im Kapitel Demographie und Raum findet nicht statt.

Die Teilnahme an den U-Untersuchungen wird in zwei Schritten dokumentiert. Zunächst ist erfasst, ob das Früherkennungsheft für das untersuchte Kind vorgelegt wurde oder nicht. Liegt es vor, ist erfasst, für welche U-Untersuchungen von U1 bis U9 die Teilnahme dokumentiert ist und für welche nicht. Hieraus las-

sen sich der Anteil derjenigen ablesen, die das Früherkennungsheft vorgelegt haben und die Teilnahmequoten für die einzelnen U-Untersuchungen. Um eine validere Datengrundlage zu schaffen und den Einfluss einzelner ausgelassener U-Untersuchungen zu minimieren, werden für diese Analyse zwei additive Indizes gebildet. Zunächst wird für die Gruppe derer, die das Heft vorgelegt haben, für jede erfolgte Teilnahme ein Punkt addiert, so dass eine Zahl zwischen 1 und 9 Auskunft über die Zahl der bisher erfolgten Teilnahmen an den vorgesehenen U-Untersuchungen gibt. Eine Standardisierung auf ein 0-1-Spektrum erfolgt im Übrigen nicht, da die absolute Zahl besser interpretierbar ist. Dass das untere Ende des Index den Wert 1 aufweist, begründet sich damit, dass jedes vorgelegte Früherkennungsheft die Teilnahme an mindestens einer Untersuchung voraussetzt, in keinem Fall wurde ein Heft ohne Teilnahme vorgelegt. Hieraus ergibt sich das Problem, welches die Konstruktion eines zweiten Index zu Vergleichszwecken erforderlich macht. Die Restgruppe derer, die kein Heft vorgelegt haben kann nicht differenziert werden (haben sie an keiner U-Untersuchung teilgenommen oder haben sie das vorhandene Heft nicht vorgelegt?). Zwar findet die U1 direkt nach der Geburt statt, kann im Falle einer Hausentbindung ohne ärztliche Aufsicht aber auch umgangen werden. Daher wurde ein zweiter Index gebildet, der zusätzlich jene, die kein Heft vorgelegt haben, mit 0 erfasst. Dieser enthält im Unterschied zum ersten Index zwar alle Fälle, kann aber stärkere Verzerrungen enthalten (s.o.).

Zu den U-Untersuchungen ist ausdrücklich zu bemerken, dass diese nicht im jeweiligen Jahr der Datenerfassung stattgefunden haben. Wenn bei einer Schuleingangsuntersuchung im Schuljahr 2009/10 die Teilnahme an den frühen U-Untersuchungen erfasst wird, liegen diese selbst schon Jahre zurück. Es erfolgt in Bezug auf das Vorsorgeverhalten also zeitlich ein Rückblick, der weit über die eigentlich erfassten Jahre hinausgeht, zu diesen selbst aber noch keine Informationen enthalten kann.

Die Entwicklungen und Zusammenhänge werden nach den schon bekannten, im Kapitel 4.3 ausführlich dargestellten und teils schon auf andere Zusammenhänge hin untersuchten ebenfalls im Datensatz vorhandenen Variablen differenziert und analysiert. Neben der

Kombination der Elternteile entsprechend ihrer Herkunft werden die Entwicklungen auch differenziert nach Herkunftsgebieten untersucht. Als mögliche Determinanten der Teilnahme an U-Untersuchungen werden der höhere der Schulabschlüsse der beiden Elternteile und die dominierende Sprache in den ersten vier Lebensjahren des Kindes geprüft. Den Hintergrund hierzu bilden die Hypothesen, dass der Bildungsgrad der Eltern einen Einfluss auf die Bereitschaft zur Teilnahme an U-Untersuchungen und das Bewusstsein über deren Relevanz hat, sowie dass Eltern, die der deutschen Sprache weniger mächtig sind, eine höhere Hemmschwelle haben, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
beide Eltern deutscher Hk.	1.234	1.178	1.168	1.081
beide Eltern nicht-dt. Hk.	423	373	372	387

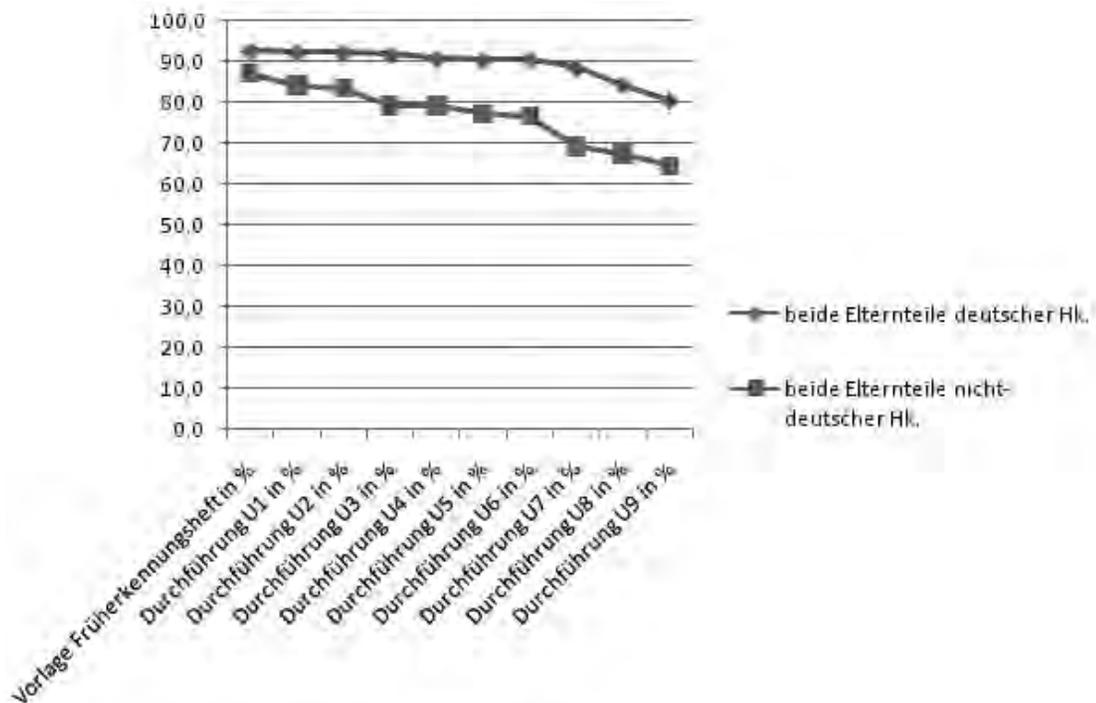
Die Analyse dieser Zusammenhänge ist deswegen wichtig, weil die Herkunft von Menschen an sich oder deren Migrationshintergrund keine direkte, kausale Wirkung auf das Vorsorgeverhalten hat, sondern etwaige Zusammenhänge vermittelt über entsprechende Merkmale wie Sprachkompetenz oder unterschiedliche demografische oder sozioökonomische Charakteristika wirksam werden. Das Gesamtbild erfährt durch diese Analysen also notwendige Konkretisierungen, die eine sinnvolle Maßnahmengestaltung erst ermöglichen und allgemeine, generalisierte Zuschreibungen zu vermeiden helfen.

Zu der Thematik Alter und Pflege sollte eine zentrale Datenerfassung anhand gebräuchlicher Definitionen und Abgrenzungen erfolgen, so dass die Situation älterer Menschen mit Migrationshintergrund repräsentativ und ausreichend differenziert untersucht werden kann. Möglichkeiten, Daten von Pflegeheimen, Pflegediensten und der Pflegekassen dahingehend zu erheben und zusammenzuführen sollten geprüft werden. Aufgrund der Komplexität und Dezentralität der Quellenlage sowie datenschutzrechtlicher Beschränkungen stellt diese Aufgabe jedoch eine größere Herausforderung dar. An dieser Stelle sei daher nur die

Indikatoren und erste Ergebnisse Gesundheit, Vorsorge, Alter und Pflege

		2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
Vorlage Früherkennungsheft in %	beide Eltern deutscher Hk.	92,9	89,8	94,1	92,7
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	82,5	78,0	84,4	87,1
Durchführung U1 in %	beide Eltern deutscher Hk.	92,1	89,6	93,2	92,2
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	76,4	73,5	79,8	84,2
Durchführung U2 in %	beide Eltern deutscher Hk.	91,7	89,4	93,2	92,2
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	75,7	72,9	79,0	83,5
Durchführung U3 in %	beide Eltern deutscher Hk.	91,2	89,0	92,9	91,7
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	74,7	72,1	78,0	79,3
Durchführung U4 in %	beide Eltern deutscher Hk.	90,9	88,5	91,8	90,7
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	72,3	71,0	75,3	79,3
Durchführung U5 in %	beide Eltern deutscher Hk.	90,4	88,2	91,0	90,3
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	69,7	66,0	73,9	77,3
Durchführung U6 in %	beide Eltern deutscher Hk.	90,0	87,4	91,1	90,5
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	70,7	67,8	72,6	76,7
Durchführung U7 in %	beide Eltern deutscher Hk.	88,6	86,2	89,5	88,4
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	66,0	60,1	67,2	69,3
Durchführung U8 in %	beide Eltern deutscher Hk.	82,6	82,6	84,2	84,2
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	54,1	57,1	64,5	67,4
Durchführung U9 in %	beide Eltern deutscher Hk.	78,9	78,4	81,5	80,4
	beide Eltern nicht-dt. Hk.	55,6	56,6	62,4	64,6

Tabelle 1, Diagramm 1: Entwicklung der Teilnahme an einzelnen U-Untersuchungen nach Herkunft der Eltern in Prozent.



Entwicklung der Gruppe ab 65 Jahren, differenziert nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund, basierend auf den in Kapitel 4.1 näher vorgestellten demographischen Bevölkerungsdaten, aufgezeigt, anhand derer die zukünftige Relevanz des Feldes deutlich wird. Im Weiteren sei auf die umfassende Analyse der Altersstruktur im Kapitel 4.1 verwiesen, sowie auf die Sozialraumdaten des Sozialdezernats, die einen differenzierten Überblick über Leistungen für SGB-XII-Beziehende geben, allerdings nicht nach Migrationshintergrund oder Staatsangehörigkeit unterscheiden.

- ▶ Teilnahmeindizes / Anzahl teilgenommener U-Untersuchungen nach dem höheren der Schulabschlüsse der beiden Elternteile
- ▶ Entwicklung der Gruppe der Menschen ab 65 Jahren nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

Teilnahme an einzelnen U-Untersuchungen nach Herkunft der Eltern

Zunächst werden die bei der Schuleingangsuntersuchung als absolviert dokumentierten U-Untersuchungen, differenziert nach ihren einzelnen Ausprägungen von U1 bis U9, in ihrer zeitlichen Entwicklung über vier Schuljahre betrachtet. Unterschieden wird dabei danach, ob die Eltern eines Kindes beide deutscher Herkunft oder beide nicht-deutscher Herkunft sind. Die dritte Gruppe derer, von denen ein Elternteil deutscher und ein Elternteil nicht-deutscher Herkunft ist, wird hier nicht mit einbezogen, da sich diese Gruppe, wie sich später zeigen wird, bezüglich der Zahlen stets zwischen den beiden betrachteten Gruppen ansiedelt, in der Regel mit einer größeren Nähe zur Gruppe mit Eltern deutscher Herkunft.

Damit verteilen sich die Fälle in der folgenden Tabelle wie folgt:
Die fehlenden Fälle auf die 7.176 des Datensatzes sind diejenigen Kinder, für die zu einem oder beiden der betrachteten Faktoren keine

Indikatoren und Analysen

- ▶ Teilnahme an einzelnen U-Untersuchungen und deren Entwicklung nach Herkunft der Eltern in Prozent
- ▶ Teilnahmeindizes / Anzahl teilgenommener U-Untersuchungen und deren Entwicklung nach Kombination der Herkunft der Elternteile
- ▶ Teilnahmeindizes / Anzahl teilgenommener U-Untersuchungen und deren Entwicklung nach Herkunftsgebiet der Mutter
- ▶ Teilnahmeindizes / Anzahl teilgenommener U-Untersuchungen nach dominierender Sprache in den ersten vier Lebensjahren

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	gesamt
N	156	5	3	7	12	25	42	109	269	1.064	1.692
%	9,2	0,3	0,2	0,4	0,7	1,5	2,5	6,4	15,9	62,9	100

0 = fehlende Vorlage des Früherkennungsheftes

Tabelle 2: Häufigkeitsverteilung der Indexwerte (2009/10)

	N	Mittelwert	Standardabweichung
Eltern deutscher Herkunft	4.305	8,62	0,95
ein Elternteil nicht-dt. Hk.	757	8,30	1,35
Eltern nicht-dt. Herkunft	1.291	7,66	1,84
gesamt	6.353	8,39	1,29

Tabelle 3: Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach Kombination der Herkunft der Elternteile

Angaben vorliegen oder die genau ein Elternteil deutscher Herkunft haben.

Die Kinder mit Eltern deutscher Herkunft liegen insgesamt auf einem sehr hohen Teilnahmelevel, insbesondere bei den ersten sieben U-Untersuchungen. Da in der Tabelle (1) bereits die Gruppe derer, die das Früherkennungsheft nicht vorgelegt haben, mit enthalten ist, ist besonders die Differenz zwischen der Prozentzahl derer, die das Heft vorgelegt

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Eltern deutscher Herkunft	4.661	7,96	2,46
ein Elternteil nicht-dt. Hk.	844	7,45	2,83
Eltern nicht-dt. Herkunft	1.555	6,36	3,33
gesamt	7.060	7,55	2,80

Tabelle 4: Teilnahmeindex U-Untersuchungen inkl. fehlender Früherkennungshefte (=0) nach Kombination der Herkunft der Elternteile

	N	F	Signifi- kanz	Eta
Wertung nur vorgelegter Früherkennungshefte	6.353	298,904	0,000	0,293
Fehlende Hefte werden als 0 gewertet	7.060	201,603	0,000	0,232

Tabelle 5: Statistische Kennzahlen zu den Teilnahmeindizes U-Untersuchungen nach Kombination der Herkunft der Elternteile

haben und derer, die die Untersuchungen absolviert haben interessant. Die Differenz ist bei den Kindern mit Eltern deutscher Herkunft mit weniger als 1% zur U1 minimal und zeigt, dass die fehlenden Prozente bei der Teilnahme an den U-Untersuchungen fast vollständig darauf zurückzuführen ist, dass das Früherkennungsheft nicht vorgelegt wurde. Bei den Kindern mit Eltern nicht-deutscher Herkunft ist nicht nur der Anteil derer, die das Früherkennungsheft nicht vorgelegt haben, deutlich größer, sondern auch die Differenz zwischen denen die es vorgelegt haben und denen, die die

Der Blick auf die zeitliche Entwicklung zeigt jedoch eine positive Tendenz auf: Die Teilnahmequoten von Kindern nicht-deutscher Eltern sind seit 2007/08 kontinuierlich und sehr deutlich, im Schnitt um rund 10 Prozentpunkte angestiegen. Es lässt sich allerdings kaum sagen, wie sich die Situation aktuell darstellt. Positive Entwicklungen oder Rückschläge lassen sich mit diesem Indikator wie beschrieben erst mit großer Verzögerung abbilden.

fällt die Teilnahme bei Kindern mit Eltern nicht-deutscher Herkunft schon von Anfang an und auch stärker ab, insbesondere zwischen der U6 und der U7. **Während die Differenz der Teilnahmequoten 2009/10 zwischen der U1 und der U9 bei Kindern mit Eltern deutscher Herkunft 11,8 Prozentpunkte beträgt, liegt sie bei Kindern mit Eltern nicht-deutscher Herkunft bei 19,6 Prozentpunkten.**

	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
Eltern deutscher Herkunft	8,58	8,67	8,59	8,64
ein Elternteil nicht-dt. Hk.	8,27	8,28	8,23	8,43
Eltern nicht-dt. Herkunft	7,46	7,65	7,73	7,83
gesamt	8,31	8,43	8,38	8,43

Tabelle 6: Entwicklung des Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach Kombination der Herkunft der Elternteile

U1 absolviert haben liegt mit um die 5% deutlich höher. Auch in Bezug auf die Entwicklung von U-Untersuchung zu U-Untersuchung gibt es Unterschiede (Abb.1). Während bei den Kindern mit Eltern deutscher Herkunft die Teilnahmequote von der U1 bis zur U6 nur marginal abfällt, 2009/10 von 92,2% auf 90,5%, zur U7 leicht und dann deutlich um rund 10 Prozentpunkte auf 2009/10 80,4% bei der U9 sinkt,

Teilnahmeindizes / Anzahl teilgenommener U-Untersuchungen

Wie zuvor bereits erläutert, wurden zur validen Datenauswertung zwei Indizes gebildet, die die Anzahl der absolvierten U-Untersuchungen abbilden, einmal unter Berücksichtigung lediglich der Fälle, die das Früherkennungsheft vorgelegt haben, einmal unter Be-

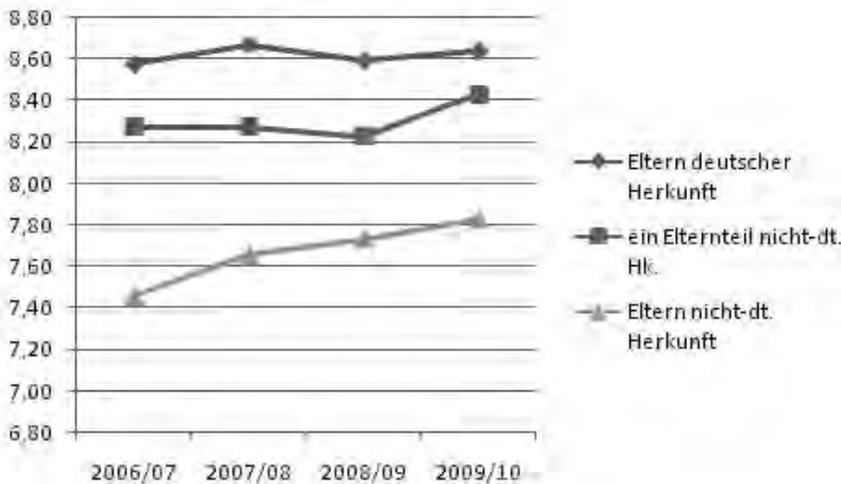


Diagramm 2: Entwicklung des Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach Kombination der Herkunft der Elternteile

rücksichtigung aller Fälle, wobei für ein nicht vorgelegtes Heft der Wert 0 bestimmt wurde. Für die Schuleingangsuntersuchung im Schuljahr 2009/10 ergibt sich hieraus folgende Häu-

diese Gruppe und die Differenzierung der Indizes durchaus von Relevanz. Lediglich 1,6% der Kinder, zu denen ein Heft vorgelegt wurde, haben an weniger als fünf U-Untersuchungen

	N	Mittelwert	Standardabweichung
Deutschland	4.795	8,59	1,00
Türkei	524	7,75	1,62
Osteuropa und ehem. GUS	409	7,79	2,15
arab. und nordafrik. Staaten	268	7,50	1,64
Asien	121	7,87	1,77
Balkan und Südeuropa (o. EU)	102	7,78	1,56
Sonstige	155	8,10	1,55
gesamt	6.374	8,38	1,29

Tabelle 7: Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach Herkunftsgebiet der Mutter

	N	Mittelwert	Standardabweichung
Deutschland	5.198	7,92	2,49
Türkei	621	6,54	3,18
Osteuropa und ehem. GUS	491	6,49	3,51
arab. und nordafrik. Staaten	310	6,49	2,99
Asien	148	6,43	3,44
Balkan und Südeuropa (o. EU)	113	7,03	2,75
Sonstige	203	6,18	3,71
gesamt	7.084	7,54	2,80

Tabelle 8: Teilnahmeindex U-Untersuchungen inkl. fehlender Früherkennungshefte (=0) nach Herkunftsgebiet der Mutter

figkeitsverteilung als Basis. Tabelle 2: Häufigkeitsverteilung der Indexwerte (2009/10) Die überwiegende Mehrheit von 62,9% der Kinder hat an allen 9 U-Untersuchungen teilgenommen, weitere 15,9% haben lediglich eine Untersuchung verpasst. Bereits die drittgrößte Gruppe sind mit 9,2% die Kinder, zu denen kein Früherkennungsheft vorgelegt wurde. Deshalb sind diese Gruppe und die Differenzierung der Indizes durchaus von Relevanz. Lediglich 1,6% der Kinder, zu denen ein Heft vorgelegt wurde, haben an weniger als fünf U-Untersuchungen teilgenommen. Selbst die Gruppe deren, zu denen ein Heft vorgelegt wurde und die an weniger als acht U-Untersuchungen teilgenommen haben, ist mit 12,0% kaum größer, als die Gruppe derer, zu denen kein Früherkennungsheft vorgelegt hat. (Tab.2)

Teilnahme an U-Untersuchungen nach Kombination der Herkunft der Eltern

Es folgt in Tabelle 3 die Betrachtung der Anzahl der absolvierten U-Untersuchungen nach der Kombination der Herkunft der Eltern (hier nun auch unter Berücksichtigung der Kinder, die ein Elternteil deutscher und eines nicht-deutscher Her-

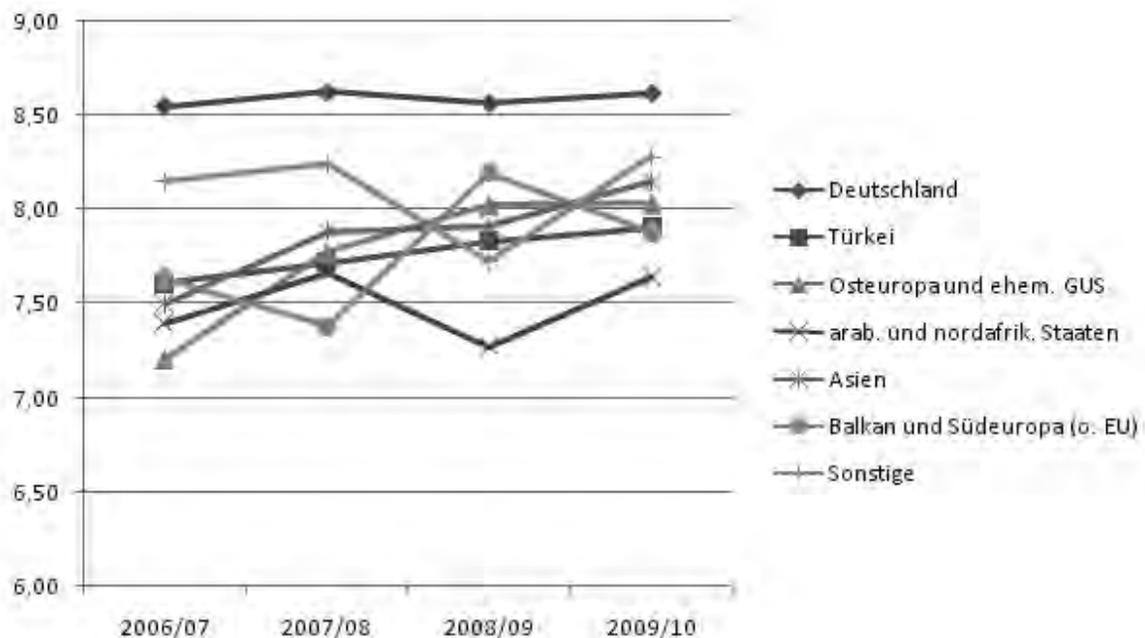
Indikatoren und erste Ergebnisse Gesundheit, Vorsorge, Alter und Pflege

	N	F	Signifikanz	Eta
Wertung nur vorgelegter Hefte mit Deutschland	6.374	91,254	0,000	0,281
Wertung nur vorgelegter Hefte ohne Deutschland	1.579	2,350	0,039	0,086
Fehlende Hefte als 0 gewertet mit Deutschland	7.084	63,991	0,000	0,227
Fehlende Hefte als 0 gewertet ohne Deutschland	1.886	0,983	0,427	0,051

Tabelle 9: Statistische Kennzahlen zu den Teilnahmeindizes U-Untersuchungen nach Herkunftsgebiet der Mutter

	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
Deutschland	8,55	8,62	8,56	8,62
Türkei	7,61	7,72	7,83	7,91
Osteuropa und ehem. GUS	7,21	7,77	8,03	8,03
arab. und nordafrik. Staaten	7,39	7,67	7,27	7,64
Asien	7,50	7,89	7,91	8,15
Balkan und Südeuropa (o. EU)	7,63	7,38	8,19	7,88
Sonstige	8,15	8,24	7,73	8,28
gesamt	8,31	8,42	8,38	8,43

Tabelle 10, Diagramm 3: Entwicklung des Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach Herkunftsgebiet der Mutter



kunft haben). Für die Analyse werden die Fälle aller vier Schuljahre herangezogen. Aus den Tabellen (3-5) können eine Vielzahl wichtiger Erkenntnisse abgelesen werden. Kinder mit Eltern deutscher Herkunft nehmen gemäß vorliegenden Früherkennungsheften durchschnittlich an 8,62 der 9 betrachteten U-Untersuchungen teil, an durchschnittlich 7,96, wenn die Nicht-Vorlage mit 0 gewertet wird.

Kinder mit einem Elternteil deutscher und einem nicht-deutscher Herkunft liegen mit 8,3 bzw. 7,45 nur leicht darunter. **Kinder von Eltern nicht-deutscher Herkunft fallen mit 7,66 bzw. 6,36 U-Untersuchungen demgegenüber deutlich ab⁶.**

6. Interessant ist aber vor allem, dass die Standardabweichung, die Auskunft darüber gibt, wie deutlich die Verteilung um den Mittelwert streut, bei den Kindern mit

Indikatoren und erste Ergebnisse Gesundheit, Vorsorge, Alter und Pflege

	N	Mittelwert	Standard-abweichung
deutsch	4.756	8,58	1,01
Elternsprache	983	7,55	1,93
zweisprachig	542	8,11	1,48
gesamt	6.281	8,38	1,30

Tabelle 11: Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach dominierender Sprache in den ersten vier Lebensjahren

	N	Mittelwert	Standard-abweichung
deutsch	5.160	7,91	2,50
Elternsprache	1.194	6,21	3,37
zweisprachig	630	6,97	3,13
gesamt	6.984	7,54	2,80

Tabelle 12: : Teilnahmeindex U-Untersuchungen inkl. fehlender Früherkennungshefte (=0) nach dominierender Sprache in den ersten vier Lebensjahren

	N	F	Signifikanz	Eta
Wertung nur vorgelegter Früherkennungshefte	6.281	297,291	0,000	0,294
Fehlende Hefte werden als 0 gewertet	6.984	202,809	0,000	0,234

Tabelle 13: Statistische Kennzahlen zu den Teilnahmeindizes U-Untersuchungen nach dominierender Sprache in den ersten vier Lebensjahren

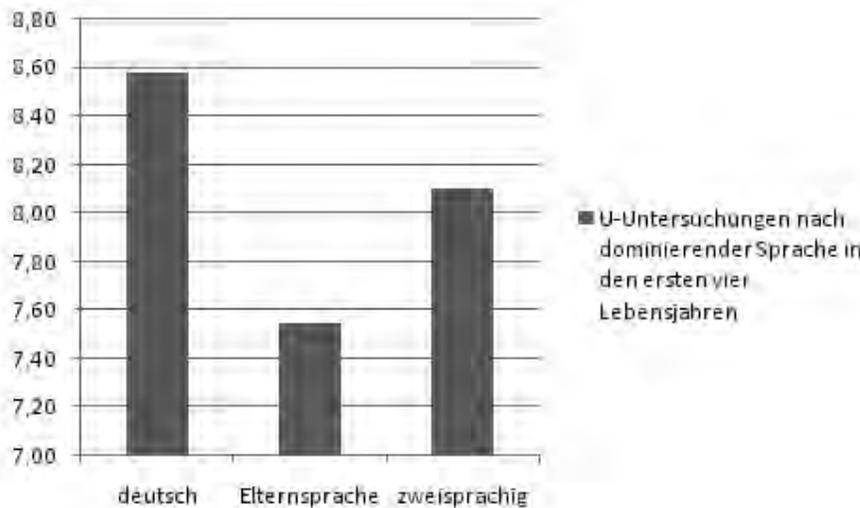


Diagramm 4: Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach dominierender Sprache in den ersten vier Lebensjahren

Eltern nicht-deutscher Herkunft für beide Indizes gegenüber den anderen beiden Gruppen größer ausfällt, d.h. die Gruppe der Kinder nicht-deutscher Eltern ist in sich stärker differenziert, als die anderen Gruppen. Dies gibt einen Hinweis darauf, dass eine Analyse dieser Gruppe nach anderen Faktoren sinnvoll sein könnte.

Zunächst sei aber noch ein Blick auf die zeitliche Entwicklung der Anzahl absolvierter U-Untersuchungen geworfen (Tab.6). Hier bestätigen sich weitgehend die Ergebnisse der Betrachtung nach einzelnen U-Untersuchungen. Während die Kinder von Eltern deutscher Herkunft konstant hoch liegen, ist für die Kinder mit Eltern nicht-deutscher Herkunft ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Teilnahme an U-Untersuchungen nach dem Herkunftsgebiet der Mutter/des Vaters

Die Teilnahme an U-Untersuchungen wurde sowohl nach dem Herkunftsgebiet der Mütter als auch nach dem Herkunftsgebiet der Väter untersucht. Die Unterschiede zwischen der Betrachtung nach Müttern und Vätern waren allerdings sehr gering, so dass hier die Darstellung einer Analyse genügt (Tab.7). Da davon ausgegangen wird, dass sich in den meisten Familien

nach wie vor eher die Mutter für Vorsorgeuntersuchungen der Kinder verantwortlich fühlt, wird im Folgenden die entsprechende Differenzierung untersucht. An den Teilnahmezahlen gemäß vorgelegter Früherkennungshefte ist ersichtlich, dass für diesen Faktor die Unterschiede zwischen den Kindern mit Müttern deutscher Herkunft und Kindern mit Müttern nicht-deutscher Herkunft größer sind, als die zwischen Kindern mit Müttern unterschiedlicher nicht-deutscher Herkunft. Vielmehr unterscheiden sich die Zahlen, differenziert nach verschiedenen nicht-deutschen Herkunftsgebieten, kaum voneinander. Lediglich leicht höhere Werte für die Kategorie Sonstige und die Kinder mit Müttern asiatischer Herkunft, sowie leicht reduzierte Werte für die Kinder mit Müttern arabischer oder nordafrikanischer Herkunft, sowie eine etwas höhere Streuung in der Gruppe der Kinder mit Müttern aus Osteuropa oder der ehemaligen GUS sind zu verzeichnen (Tab.8). Die Wertung nicht vorgelegter Früherkennungshefte ändert das Bild kaum. Für Kinder mit Müttern aus dem Balkan oder Südeuropa außerhalb der EU scheinen die Früherkennungshefte häufiger vorgelegt zu werden, dennoch ist der Abstand zwischen Kindern mit Müttern deutscher Herkunft zu den Kindern mit Müttern nicht-deutscher Herkunft auch hier der deutlich dominante. Die statistischen Kennzahlen bestätigen diesen Befund (Tab.10). Wird Deutschland als Herkunftsgebiet aus der Analyse herausgenommen, sinken die festgestellten Korrelationen (Eta) auf Werte nahe null. **Entsprechend fällt bei der Betrachtung der Entwicklungen im Zeitverlauf zunächst auch der alleinig und konstant hohe Wert der Kinder mit Müttern deutscher Herkunft auf.** Obgleich jedoch die Kurven der anderen Herkunftsgebiete recht unterschiedlich verlaufen und insbesondere für die Herkunftsgebiete mit kleinen Fallzahlen entsprechend höhere Schwankungen zu verzeichnen sind, lassen sich insgesamt und besonders für die Kinder mit Müttern asiatischer, türkischer oder einer Herkunft aus Osteuropa oder der ehemaligen GUS eindeutig positive Entwicklungstendenzen erkennen (Abb.3). Lediglich für Kinder mit Müttern arabischer oder nordafrikanischer Herkunft kann kein steigender Trend konstatiert werden.

Teilnahme an U-Untersuchungen nach dominierender Sprache in den ersten vier Lebensjahren

Die Sprachkompetenz kann einen relevanten Einfluss auf die Entscheidung haben, einen in der Regel deutschsprachigen Arzt zu konsultieren. Das Bewusstsein unzureichender Kommunikationsfähigkeit verbunden mit der Erwartung unangenehmer Situationen, bspw. der Unfähigkeit seine Anliegen adäquat zu artikulieren, Erklärungen nachvollziehen und Fragen beantworten zu können, möglicherweise zusätzlich verbunden mit der Angst vor Zurückweisung durch den Arzt in einer solchen Situation können erhebliche Hemmschwellen aufbauen.

Für die vorliegende Analyse wird angenommen, dass die Sprache, die das Kind in seinen ersten vier Lebensjahren überwiegend gesprochen hat, auch einen Rückschluss auf die Sprachkompetenz der Eltern bzgl. der deutschen Sprache erlaubt. Weitere Informationen zu diesem Indikator sind dem Kapitel 4.3 zu entnehmen.

Die Ergebnisse bezüglich dieses Zusammenhangs sind eindeutig. **Kinder, die in ihren ersten vier Lebensjahren überwiegend die deutsche Sprache verwendet haben, nehmen durchschnittlich an einer U-Untersuchung mehr teil, als Kinder, die vorwiegend die Sprache eines nicht-deutschen Elternteils gesprochen haben (Abb.4). Wird die Nicht-Vorlage des Früherkennungsheftes mit 0 gewertet, steigt diese Differenz sogar auf 1,7 Untersuchungen.** Angesichts der Tatsache, dass insgesamt und inklusive der Nullwertung bei fehlender Vorlage des Heftes lediglich 21,2% aller Kinder weniger als 8 von 9 U-Untersuchungen absolvieren, ist diese Zahl kaum zu überschätzen.

Zudem liegt die Differenz zwischen den Indizes für Kinder, die primär deutsch gesprochen haben bei 0,67, für Kinder, die primär die Sprache eines nicht-deutschen Elternteils gesprochen haben bei 1,34. Hieraus geht hervor, dass die Eltern von Kindern, die überwiegend eine nicht-deutsche Elternsprache gesprochen haben, auch seltener überhaupt das Früherkennungsheft vorlegen.

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
kein Schulabschluss	109	7,10	1,82
Förderschule	72	7,71	1,60
Hauptschule	1.119	8,23	1,36
Realschule	1.681	8,42	1,25
(Fach-) Hochschulreife	2.678	8,58	1,11
Gesamt	5.659	8,42	1,25

Tabelle 14: Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungshefte nach dem höheren der Schulabschlüsse der Elternteile

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
kein Schulabschluss	144	5,38	3,44
Förderschule	83	6,80	2,94
Hauptschule	1.282	7,18	3,02
Realschule	1.820	7,78	2,54
(Fach-) Hochschulreife	2.899	7,92	2,52
Gesamt	6.228	7,65	2,70

Tabelle 15: : Teilnahmeindex U-Untersuchungen inkl. fehlender Früherkennungshefte (=0) nach dem höheren der Schulabschlüsse der Elternteile

	N	F	Signifikanz	Eta
Wertung nur vorgelegter Früherkennungshefte	5.659	54,772	0,000	0,193
Fehlende Hefte werden als 0 gewertet	6.228	46,839	0,000	0,171

Tabelle 16: : Statistische Kennzahlen zu den Teilnahmeindizes U-Untersuchungen nach dem höheren der Schulabschlüsse der Elternteile

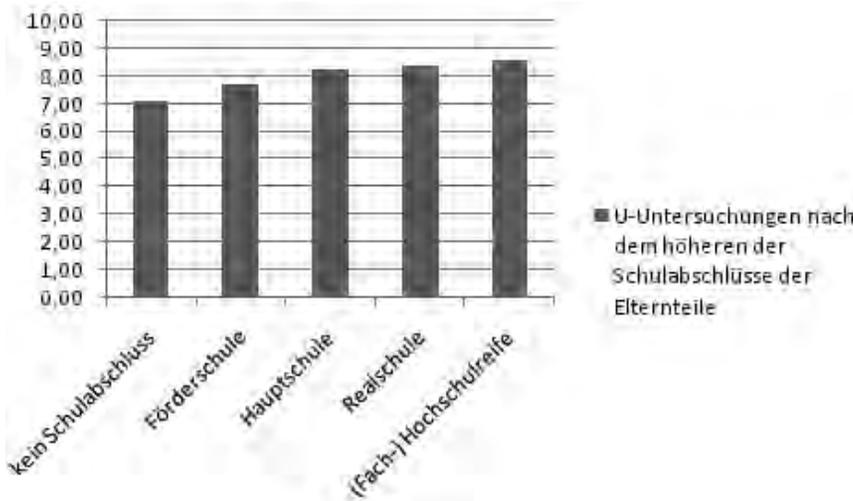
Teilnahme an U-Untersuchungen nach dem höheren der Schulabschlüsse der Elternteile

Dem Schulabschluss der Eltern kommt in zweifacher Hinsicht Bedeutung für die Teilnahme der Kinder an U-Untersuchungen zu. Erstens konnte bereits im Kapitel 4.3 gezeigt werden, dass der Schulabschluss der Eltern mit der dominierenden Sprache in den ersten vier Lebensjahren des Kindes korreliert und diese, wie gezeigt, ihrerseits auf die Anzahl der durch die Kinder absolvierten U-Untersuchungen wirkt. Teile der Effekte dieses Zusammenhangs finden sich also auch in dieser Analyse nach

dem höheren der Schulabschlüsse wieder. Der genaue Anteil lässt sich jedoch hier nicht eruieren, dies würde umfangreichere Analysen unter Konstantsetzung eines Faktors erfordern. Zweitens kann vermutet werden, dass ein höherer Bildungsgrad mit einem höheren Bewusstsein für und erweiterter Kenntnisse um die gesundheitlichen Risiken der Kinder und den Nutzen der U-Untersuchungen einher geht, so dass eine höhere Teilnahmemotivation seitens der Eltern gegeben ist.

Zwar geht die Analyse des Zusammenhangs der Teilnahme an U-Untersuchungen und dem Bildungsabschluss der Eltern zunächst scheinbar über die Beschäftigung mit dem Feld Migration und Integration hinaus. Dies ist jedoch insofern nicht richtig, als es von großer Relevanz ist, wenn eine scheinbare Differenz zwischen zwei Gruppen in einem Faktor durch ihre Unterschiedlichkeit in einem anderen Faktor erklärt werden kann. Wenn also gezeigt wurde, dass sich die Eltern der Kinder, differenziert nach verschiedenen Migrationsgruppen, in ihrem Bildungsstatus unterscheiden und der Bildungsstatus Einfluss auf das Vorsorgeverhalten hat, dann sind Unterschiede, die bezüglich des Vorsorgeverhaltens zwischen den Migrationsgruppen bestehen ggf. teilweise oder ganz durch den Bildungsstatus zu erklären. Ursächlich wäre folglich nicht der Migrationsstatus, sondern der Bildungsstatus unabhängig vom Migrationsstatus, was in der Konsequenz völlig andere gesamtgesellschaftliche und politische Implikationen, Diskussionen und Maßnahmen mit sich bringt.

Anzusetzen wäre dann bspw. nicht bei Menschen mit Migrationshintergrund, sondern bei Menschen mit niedrigem Bildungsstatus, unabhängig vom Migrationshintergrund. Auch wenn die Analyse dieser Zusammenhänge umfangreiche Berechnungen unter gegenseitiger Kontrolle relevanter Faktoren erfordert,



rade einmal 0,35 be-
läuft, ist die Differenz
zu den Kindern, deren
Eltern keinen Schulab-
schluss haben mit 1,13
weitaus größer. Für die
Betrachtung mit der
Null-Wertung einer
fehlenden Vorlage des
Heftes ist dieser Effekt
noch bedeutend grö-
ßer.

Diagramm 5: Teilnahmeindex U-Untersuchungen vorliegender Früherkennungs-
hefte nach dem höheren der Schulabschlüsse der Elternteile

		2006	2007	2008	2009
kein Migrationshintergrund [0]	N	39.747	40.187	40.499	40.637
	%	93,8%	93,4%	93,2%	92,8%
deutsch mit Migrationshintergrund	N	1.369	1.439	1.480	1.556
[2] [3] [4] [5]	%	3,2%	3,3%	3,4%	3,6%
ausschließlich nicht deutsch [1]	N	1.258	1.391	1.484	1.577
	%	3,0%	3,2%	3,4%	3,6%

Tabelle 17: Entwicklung der Gruppe der Menschen ab 65 Jahren nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

zeigt die hier geleistete Übersicht (Tab. 14) zu-
mindest den Bedarf an weitergehenden Unter-
suchungen und die Komplexität der vorliegen-
den Zusammenhänge auf.

**Dies zeigt, dass auch der Anteil an Kindern,
für die kein Früherkennungsheft vorgelegt
wurde, desto größer ist, je geringer der Bil-
dungsstatus der Eltern ist.**

Auch für diesen Faktor ist ein eindeutiger Zu-
sammenhang erkennbar. Hierbei ist zu beob-
achten, dass sich **die positive Auswirkung des
Bildungsstatus der Eltern auf die Teilnahme
der Kinder an den U-Untersuchungen beson-
ders stark in den Abstufungen der niedrigen
Bildungsabschlüsse bemerkbar macht.** Mit
zunehmendem Bildungsstatus steigt die An-
zahl der absolvierten U-Untersuchungen zwar
kontinuierlich an, die Steigung schwächt sich
nach oben jedoch deutlich ab. Während die
Differenz sich bei der Anzahl der absolvierten
U-Untersuchungen gemäß vorgelegten Früh-
erkennungsheften zwischen Kindern mit El-
tern, deren höherer Abschluss der Hauptschul-
abschluss ist und denen, deren höherer Ab-
schluss die (Fach-)Hochschulreife ist, auf ge-

**Entwicklung der Gruppe der Menschen
ab 65 Jahren nach Staatsangehörigkeit
und Migrationshintergrund**

Für eine hinreichende Analyse des Themen-
feldes Alter und Pflege liegen derzeit noch kei-
ne ausreichenden Daten vor. Dennoch wird an
der folgenden Tabelle (17) deutlich, dass sich
bereits heute, wenn auch noch schwach, eine
konstante Verschiebung der Bevölkerungs-
struktur andeutet.

Zunächst ist festzustellen, dass sich die Gruppe
der Menschen ab 65 Jahren in allen Kategorien
kontinuierlich vergrößert, im Verhältnis zuei-
einander jedoch die Gruppe ohne Migrations-
hintergrund an Bedeutung verliert. Zwar be-

läuft sich die Verschiebung innerhalb der vier Jahre auf lediglich einen Prozentpunkt. Angesichts der Tatsache, dass die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund aber insgesamt jünger ist und damit das Gros der Verschiebung erst in einigen Jahren zu erwarten ist, ergänzt um den Umstand, dass die zweite Generation in den Daten, wie im Kapitel 4.1 erläutert, in dieser Altersgruppe nicht mehr erfasst ist, wird aber klar, dass diese Entwicklungen für die Zukunft im Blick behalten werden sollten.

Abschließende Bemerkungen

Insgesamt wurde deutlich, dass fast alle der untersuchten Faktoren großen Einfluss auf die Anzahl der U-Untersuchungen haben, an denen die Kinder teilgenommen haben. Die Differenz, betrachtet auf Grundlage der vorgelegten Früherkennungshefte, beläuft sich zwischen Kindern mit zwei Elternteilen deutscher Herkunft und Kindern mit zwei Elternteilen nicht-deutscher Herkunft auf 0,96, zwischen Kindern mit einer Mutter deutscher Herkunft und Kindern mit einer Mutter arabischer oder nordafrikanischer Herkunft auf 1,09, zwischen Kindern, die in den ersten vier Lebensjahren primär deutsch gesprochen haben und Kindern, die primär eine nicht-deutsche Elternsprache gesprochen haben auf 1,03 und zwischen Kindern, deren Eltern keinen Schulabschluss haben und Kindern mit mindestens einem Elternteil mit (Fach-)Hochschulreife auf 1,48 absolvierten U-Untersuchungen. Einzig die Unterschiede zwischen Kindern mit Müttern verschiedener nicht-deutscher Herkunftsgebiete sind zu vernachlässigen. Angemerkt sei auch, dass die Streuung der Fälle um die jeweils höheren genannten Mittelwerte teils erheblich geringer ausfällt, als die Streuung um die niedrigeren Mittelwerte.

Diese Ergebnisse verdeutlichen aber auch, wie wichtig es wäre, die Effekte nicht nur bivariat, sondern auch multivariat unter gegenseitiger Kontrolle zu analysieren, um herauszufinden, in wie weit sich diese zueinander additiv verhalten und in wie weit sie ineinander substitutiv aufgehen. Dies kann auf Basis der knappen Ergebnisse hier lediglich vermutet werden.

Hingewiesen sei an dieser Stelle auch noch darauf, dass für einzuschulende Schüler und

Schülerinnen weitergehende, speziellere Informationen erhoben werden, die auf die Erkenntnis der Verbreitung bestimmter Krankheitsbilder oder Risikomerkmale, beispielsweise Übergewicht, Verhaltensauffälligkeit oder Kariesrisiko, abzielen. Obgleich epidemiologisch interessant, waren diese Informationen im hier genutzten Datensatz nicht vorhanden und hätten in Bezug auf Umfang und Spezifität den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Im Zuge der Ausgestaltung konkreter Maßnahmen sollten diese Daten aber Berücksichtigung finden.

Weiterhin sei noch erwähnt, dass in einigen anderen Bundesländern im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen neben den U-Untersuchungen auf Basis der Früherkennungshefte auch der Impfstatus für relevante Krankheiten wie Mumps oder Röteln erfasst wird, woraus Durchimpfungsraten nach Migrationshintergrund verglichen werden können. Dieser Indikator stellt eine gute Ergänzung zu der Teilnahme an U-Untersuchungen dar. Die Problematik bezüglich der Definition des Migrationshintergrunds macht sich im Übrigen auch in diesen Ländern bemerkbar, zumal selbst verschiedene Bundesländer diesen Faktor unterschiedlich erheben.

Bezüglich des Themenfelds Alter und Vorsorge bleibt an dieser Stelle lediglich der Hinweis auf die noch nicht hinreichende Datensituation zur adäquaten und niedrigschwelligen Integration in ein Monitoring.

4.5 Gesellschaftliche Partizipation

Thematik und Relevanz

Während sich die vorherigen Kapitel bereits auf Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe konzentriert haben – wie u.a. Erwerbsarbeit, Erziehung und Bildung –, widmet sich dieses Kapitel der Frage der aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft und Politik durch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund und damit der Frage der demokratischen Qualität der Politik. Anders als in den vorherigen Kapiteln liegen für diese Bereiche keinerlei Daten auf städtischer Ebene vor. Insofern kann es hier nur darum gehen, aufzuzeigen, welche Indikatoren denkbar wären und welche Untersuchungen dafür durchgeführt werden müssten.

Partizipationsformen sind in vielerlei Hinsicht denkbar. Sie reichen von Fragen des ehrenamtlichen Engagements über die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen bis zur politischen Partizipation im Sinne von politischen Ämtern. Es geht insgesamt um Fragen der „Civil Society“ und die Erkenntnis, dass „Bürger“ und „Bürgerinnen“ aktiv und selbstverantwortlich auf das politische Lebens Einfluss nehmen, eine Vorstellung, wie sie u.a. Ralf Dahrendorf formuliert hat. Die erste und empfindliche Frage lautet, wer als Bürger bzw. Bürgerin zu verstehen ist. Dass alle Staatsangehörigen als solche zu verstehen sind, wird nicht bezweifelt. Jedoch wird in vielen Bereichen Ausländern und Ausländerinnen kein Bürgerstatus zuerkannt; sie besitzen z.B. kein bzw. im Falle der EU-Mitgliedschaft ein auf die kommunale Ebene eingeschränktes Wahlrecht. Da die Einbürgerungszahlen vergleichsweise niedrig sind, **ist die Mehrheit von der politischen Partizipation bei Wahlen ausgeschlossen.**

Zugleich steigt die Zahl der Wahlberechtigten, - das zeigen die bundesweiten Zahlen (Befragte der Bundesregierung 2009) - so dass das Thema in Zukunft an Relevanz gewinnen wird. Wegen der mangelhaften Ausgestaltung der politischen Beteiligung hat die Stadt Kiel, wie die meisten anderen Städte und Kommunen auch, das „Forum für Migrantinnen und Migranten“ geschaffen, eine Gruppe, die sich mit Fragen der Integration befasst und die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund in Kiel vertritt.

Fünf Formen der politischen Partizipation werden in der Politikwissenschaft unterschieden:

- ▶ Teilnahme an Wahlen,
- ▶ Mitgliedschaft in Parteien,
- ▶ Mitgliedschaft in Interessensverbänden,
- ▶ Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen,
- ▶ Individuelle Einwirkung auf den Gesetzgeber.



Zur aktiven Mitgestaltung der Politik und Gesellschaft liegen bisher keine Daten vor.

Aus der Perspektive der politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Migranten und Migrantinnen wäre die Liste zu ergänzen mit der Frage nach politischen Führungspositionen, also nach Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen.

Migrantenselbstorganisationen haben heute ein umfangreiches Netz ausgebildet und weisen einen hohen Grad an bürgerschaftlichem Engagement auf. Hier bietet die Stadt Unterstützung im Bereich Beratung und finanzielle Förderung. Für diese Vereine und Gruppen existiert ein Überblick über Selbsthilfeorganisationen, jedoch keine Daten zur Zusammensetzung der Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden der Kommune, die nicht explizit von und für Migranten und Migrantinnen gegründet wurden. Von größerem Interesse sind hier die Sportvereine, ein Sektor, in dem die meisten Menschen gemeinschaftlich aktiv sind. Insgesamt zeigen Forschungen, dass Personen mit Migrationshintergrund zwar ein geringeres Ausmaß an bürgerschaftlichem Engagement aufweisen, aber dennoch zu einem großen Teil aktiv sind (26,8% gegenüber 35,7%)¹. In anderen kommunalen Monitorings wird dieser Bereich in der Regel nicht berücksichtigt, ist aus unserer Sicht jedoch ein wichtiger und daher notwendiger Bereich.

1. Freiwilligensurvey BMFSFJ, download unter: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJengagementpolitik,did=121872.html>

Daten, Datenquellen und Indikatoren

Wie eingangs betont, liegen derzeit keine erfassten Daten vor. Anders als die Frage der

- ▶ Mitgliedschaft in Parteien oder politischen Organisationen

dürfte es nicht so schwierig sein, auf kommunaler Ebene zu eruieren:

- ▶ Anteil der Ratsmitglieder (Mandatsträger/innen) mit Migrationshintergrund

Unseres Wissens sind es derzeit vier Ratsabgeordnete, die einen Migrationshintergrund aufweisen, nämlich kurdisch, afghanisch, dänisch und ein Spätaussiedler (so auch das Ergebnis in einem laufenden Forschungsprojekt)². Bei momentan 58 Sitzen macht dies einen Anteil von 6,8% aus. Aus unserer Sicht reicht dies aber nicht aus. Ebenso wichtig wäre jeweils zu erheben, wie die Zahl

- ▶ Der Kieler und Kielerinnen mit Migrationshintergrund in den Ausschüssen der Stadt und in den Ortsbeiräten

ist. Dies wäre sicherlich am einfachsten über die Parteien zu erfragen. In den Ausschüssen sind neben den Ratsmitgliedern so genannte bürgerliche Mitglieder vertreten. Die Mitgliedschaft in den Ortsbeiräten ist besonders wichtig, da hier die Bevölkerung über Belange ihres eigenen Stadtteils verhandelt.

Die Erfassung des Engagements durch Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden sowie der Beteiligung ohne Mitgliedschaft kann über zwei Wege erfasst werden. Zum einen über die reine

- ▶ Mitgliedschaft in Vereinen.

Hier könnte überlegt werden, ob diejenigen Vereine, die eine Zuwendung erhalten, verpflichtet werden, über Geschlecht und Migrationshintergrund ihrer Mitglieder und Zielgruppen Bericht zu erstatten. Diese Angaben wären ebenso für ein Gender Budgeting wie

für ein Integrationsmonitoring notwendig und könnten ausgewertet werden. Der andere Weg, der in Surveys verwendet wird, wäre die Befragung der Bevölkerung bzw. entsprechende Fragen für eine Bevölkerungsbefragung. Zu bedenken ist in beiden Fällen, dass Faktoren wie Alter und Bildung Einfluss haben.

2. Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, Göttingen.

4.6 Interkulturelle Öffnung

Die Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung bezieht sich nicht nur auf die Verwaltung, sondern auf alle Erbringer von sozialen Diensten und darüber hinaus auf den gesamten Erziehungs- und Bildungsbereich. Hierzu gehört einerseits die kulturelle Kompetenz der Fachkräfte, zum anderen aber auch die Erhöhung des Anteils an Fachpersonal mit Migrationshintergrund.

Während das erstere kaum messbar ist und sich allenfalls Projekte und Maßnahmen zur Schulung denken lassen – beispielsweise in Form eines Fortbildungsangebotes – ist letzteres über den Anteil an Fachkräften und Personal mit Migrationshintergrund zu erheben. Systematische Daten liegen hier nicht vor, so dass wir lediglich Indikatoren vorschlagen können.

Von Bedeutung ist hier der Erziehungs- und Bildungsbereich, so dass hier ein Überblick über den Anteil der Beschäftigten, v.a. des Fachpersonals mit Migrationshintergrund geschaffen werden sollte. Zahlen, die sich auf die Staatsangehörigkeit beziehen (Anteil der Ausländer/-innen), sind aus der Erwerbsstatistik zu erhalten, reichen aber nicht aus.

Weiterhin ist der öffentliche Dienst, und auf kommunaler Ebene ist das die Verwaltung, von Interesse. Denn die politischen Institutionen der Gesellschaft sollten die zunehmende Vielfalt der Gesellschaft auch in ihrem Personal repräsentieren. **Der Personalbericht der Landeshauptstadt Kiel weist allerdings ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit auf.** Über den Anteil deutscher Beschäftigter mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung werden keine Daten erhoben. 94 Beschäftigte, das sind 2% aller Beschäftigten haben eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit und sind damit in der Stadtverwaltung deutlich unterrepräsentiert. Zum größten Teil (55%) ist dies die türkische Staatsbürgerschaft und es sind mehr Frauen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit beschäftigt als Männer.

An dieser Stelle wäre ein Diversity Management in der Personalpolitik interessant, das die Ziele der Geschlechtergleichstellung, der Inklusion von Menschen mit Behinderungen

EMPFEHLUNG Ein Diversity Management würde Ziele der Geschlechtergleichstellung, der Inklusion, der interkulturellen Öffnung mit der Altersentwicklung verbinden und aktiv gestalten.

mit der interkulturellen Öffnung verbindet und zudem auf die aktuelle Entwicklung des steigenden Alters der Beschäftigten aktiv antwortet. Hier wären dann nicht nur die Beschäftigtenanteile zu erheben, sondern ein Personalentwicklungsplan würde auch klare Zielsetzungen für Aufstiegs- und Führungsoptionen beinhalten.

! Zur interkulturellen Öffnung liegen keinerlei Daten vor.

Zur interkulturellen Öffnung werden vielfach Trainings- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich Interkulturelle Kompetenz gezählt. Interkulturelle Kompetenz ist zu einem Schlüsselbegriff geworden. Gleichwohl sagt die Anzahl an Teilnahmen an entsprechenden Kursen nichts über die Qualität aus und es existieren Trainingsangebote, die äußerst kritisch zu sehen sind, da sie kulturalistisch vorgehen. Ursache ist ein verkürzter und oberflächlicher Kulturbegriff, soziale Verhältnisse werden auf Kultur reduziert sowie die Pluralität der Menschen mit Migrationshintergrund nicht wahrgenommen. Da nur bei qualitativ guten Angeboten eine wirkliche interkulturelle Perspektive eingenommen wird und sich eine Organisationskultur verändert, verzichten wir auf ein rein quantitatives Maß wie Teilnahme an Fortbildungen.

Auch hier gilt wieder, dass sich Interkulturalität nicht ausschließlich auf die Begegnung, den Umgang und das Verhältnis von Deutschen und Zugewanderten bzw. deren Nachkommen bezieht, sondern umfassend im Sinne von Diversity gelten sollte – nämlich für eine Gleichwertigkeit und Offenheit in Bezug auf das Alter, das Geschlecht, unterschiedlicher Lebensformen, der sexuellen Orientierung usw. und eben in Hinblick auf Religion und ethnische Herkunft.

Daten, Datenquellen und Indikatoren

Das städtische Personal wird bisher nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und tariflicher Eingruppierung differenziert. Hier wäre es nötig,

- ▶ die Zusammensetzung des städtischen Personals auch nach Migrationshintergrund aufzunehmen.

Dies könnte im Rahmen einer Befragung, freiwilligen Selbstauskunft durchgeführt werden. Besonders für die Zukunft ist als Indikator

- ▶ Anteil der Bewerber/innen auf einen Ausbildungsplatz sowie der
- ▶ Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund wichtig.

Auf interkulturelle Öffnung im Erziehungs- und Bildungsbereich sind wir an anderer Stelle eingegangen.

Es bliebe die Frage nach der Öffnung der Bevölkerung insgesamt, d.h. nach der Bewertung multikulturellen Zusammenlebens, nach dem Ausmaß von Vorurteilen und nach Diskriminierungserfahrungen – alles Faktoren, die nur in Befragungen erhoben werden können.

Interessant scheint uns die Initiative, die Bevölkerung nach der Attraktivität der Stadt zu befragen, zu der wir bis zur Drucklegung jedoch keine weiteren Informationen bekommen haben. Sollte diese regelmäßig durchgeführt werden, sollten hier entsprechende Fragen zu Diversitykriterien (Attraktivität der Stadt für verschiedene Gruppen) aufgegriffen werden.

5. Empfehlungen

Dieses abschließende Kapitel dient dazu, wesentliche Aussagen der einzelnen Kapitel zur Qualität und Tauglichkeit der Datengrundlage sowie den möglichen Indikatoren für die einzelnen Themenfelder noch einmal übersichtlich zusammenzustellen. Auch werden inhaltliche wie methodische Empfehlungen für die zukünftige Fortentwicklung und Ausgestaltung des Monitorings gegeben.

In Kapitel 5.1 werden zunächst allgemeine Voraussetzungen für eine erfolgreiche, sinnvolle und belastbare Ergebnisse erzielende Fortführung des Monitorings aufgeführt, die dauerhaft gewährleistet sein müssen. Ergänzend werden konstruktive Handlungsschritte vorgeschlagen, die darauf abzielen, diese Voraussetzungen, die derzeit zu einem großen Teil noch nicht erfüllt sind, zukünftig zu schaffen. Kapitel 5.2 gibt dann in tabellarischer Form eine Übersicht über die aktuelle Datensituation in der Landeshauptstadt Kiel – so wie sie uns zugänglich war. Es werden Datengrundlagen vorgestellt, die im Zuge des Projekts einer Prüfung unterzogen und auf die Tauglichkeit zur Ableitung von Indikatoren hin untersucht worden sind. Viele der allgemeinen Empfehlungen aus Kapitel 5.1 fußen direkt auf Erkenntnissen zur in Kapitel 5.2 ebenfalls berücksichtigten Problematik der Datensituation. Dort tritt auch klar zu Tage, dass zu zentralen Bereichen wie der gesellschaftlichen Partizipation oder der interkulturellen Öffnung noch überhaupt keine Daten vorliegen, die eine Einschätzung des Integrationsstandes in diesen Feldern ermöglichen würden. Auch wurde auf die Anführung von Daten verzichtet, die entweder aufgrund sehr hoher Anfälligkeit für statistische Einflüsse von Drittvariablen und unzureichender Möglichkeit zu deren Kontrolle keine belastbaren Ergebnisse zuließen, sondern lediglich Raum für Fehlinterpretationen schaffen würden oder von Daten, die räumlich nicht ausreichend differenziert vorliegen, um die Kieler Bevölkerung als Grundgesamtheit abgrenzen zu können. So wurde auf den Bereich Straffälligkeit vollständig verzichtet, da die Polizeikriminalstatistik ebenso wie die Daten der Strafgerichte aus einer langen Reihe von Gründen nicht zur Konstruktion belastbarer Aussagen in der Gegenüberstellung von Deutschen und Nicht-Deutschen taugen.

In Kapitel 5.3 schließlich werden Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung von Indikatoren für ein zukünftiges Monitoring unterbreitet. Diese beruhen teilweise auf den in Kapitel 5.2 besprochenen Datengrundlagen; hier werden jedoch auch Vorschläge für Indikatoren zu jenen Feldern unterbreitet, zu denen noch keine Daten vorliegen. In diesem Fall stellen die Vorschläge mögliche Konstruktionen von wünschenswerten Indikatoren vor, zu deren tatsächlicher Erhebung Änderungen oder Erweiterungen in der bisherigen Erhebungsarbeit vorgenommen werden müssten oder in einem maßvollen Rahmen neue Erhebungen, wie bspw. Bürgerbefragungen, durchgeführt werden müssten.

Bei einer solchen Entscheidung ist immer abzuwägen zwischen der Machbarkeit (schließlich geht es nicht darum, umfangreiche Forschungsprojekte zu entwerfen) einerseits und der Wünschbarkeit andererseits. Ein Monitoring soll, wie am Anfang des Berichtes dargestellt und begründet, Indikatoren so aufweisen, dass die Datenerfassung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung machbar ist.

Wir sehen daher davon ab, wünschenswerte Indikatoren zu empfehlen, die zwar ein hohes Maß an Erkenntnis liefern könnten, jedoch bezüglich ihrer Erhebung oder Auswertung derart komplex sind, dass sie die realistischen Möglichkeiten der erhebenden Institutionen erkennbar übersteigen würden. Ein Beispiel hierfür wären umfassende Netzwerkanalysen auf Basis einer Befragung zum Anteil von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im persönlichen und beruflichen Umfeld oder die geschätzte Zahl privater oder funktionaler Sozialkontakte zu Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Solche Fragen bleiben einzelnen Forschungsarbeiten überlassen, die in Zusammenarbeit mit den Kieler Hochschulen durchaus auch als Abschlussarbeiten vergeben werden könnten.

Hingewiesen sei schließlich auch darauf, dass der Bereich Gesundheit, Alter, Pflege sowie Gesellschaftliche Partizipation in anderen kommunalen Monitorings nicht oder kaum vorkommt. Gesundheit wird ausschließlich über U-Untersuchungen erfasst (z.B. Wiesbaden), ein Indikator, den wir (s. 5.2) für nicht aussagekräftig genug halten.

Empfehlungen

.....

Zieht man alle Überlegungen, die im Laufe des Projektes mit den verschiedensten Gruppen (öff.Tagung 14.1.; Gespräche im Forum für Migranten/innen usw.) in Betracht, wird eine Grundsatzentscheidung zur Fortführung eines Monitorings nötig sein. Hier wird ein Design für ein Integrationsmonitoring und sogleich auch ein erstes Monitoring (2006-2009) vorgelegt. Üblicherweise müsste jetzt entschieden werden, in welchen Zeitabständen – sinnvoll wären u.E. alle zwei Jahre – das Monitoring in Zukunft durchgeführt wird. Es kann als eigenes Dokument publiziert werden. Aus unserer Sicht sprechen aber verschiedene Gründe für zwei andere Optionen:

Option 1

Das Integrationsmonitoring wird integriert in den Bericht „Sozialraumdaten“ des Sozialdezernats. Vorteil: Es würde deutlich, dass Integration ein Querschnittsthema darstellt und bei allen (in diesem Fall: sozialen) Aspekten zu beachten ist. Nachteil: Integration wird auf „Soziales“ reduziert. Themen wie Gesellschaftliche Partizipation oder Interkulturelle Öffnung kämen nicht vor.

Option 2

Eine aus unserer Sicht politisch wie fachlich aussagekräftigere Variante wäre es, statt eines Integrationsmonitorings ein „Vielfaltsmonitoring“ oder „Diversitymonitoring“ zu erstellen. In diesem wäre das Integrationsmonitoring auch wieder enthalten – allerdings mit sämtlichen Handlungsfeldern. Hinzu kämen hier relevante Daten in Hinblick auf demographischen Wandel (Kategorie: Vielfalt), in Hinblick auf Gleichstellung (Kategorie: Geschlecht) und in Hinblick auf Inklusion (Kategorie: Behinderung). Dies sind Bereiche, die in Zukunft bedeutender für die Stadtentwicklungsplanung werden als je zuvor. Man würde damit auch der Pluralisierung der Gesellschaft gerecht werden, denn wie in den vorherigen Kapiteln gezeigt, sind die Migranten und Migrantinnen ebenso wenig eine homogene Gruppe wie Menschen mit Behinderungen oder Frauen. Nicht zuletzt wäre hier die wünschenswerte Ressourcenorientierung und Konzentration auf Diversität als Potential umsetzbar.

Allgemeine Voraussetzungen und Empfehlungen für eine zukünftige Berichterstattung

5.1 Allgemeine Voraussetzungen und Empfehlungen für eine zukünftige Berichterstattung

Im Folgenden werden, bevor sich die Kapitel 5.2 und 5.3 mit der konkreten Datensituation und entsprechenden Indikatoren befassen, zunächst allgemeine Handlungsempfehlungen für die nächsten Schritte und für die dauerhafte Durchführung des Monitorings gegeben. Im Sinne einer kompakten Handreichung zum umsetzungsorientierten Gebrauch erfolgt diese Darstellung in einer übersichtlichen Stichpunktform unter den relevanten Oberbegriffen, die sich im Zuge der bisherigen Erarbeitung als die besonders zentralen Ansatzpunkte und Handlungsfelder identifizieren ließen.

Auf einheitliche Definitionen achten

- ▶ Verwendung der Definition von Migrationshintergrund nach der Erhebungsverordnung des Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- ▶ Klare Kommunikation und Anwendung der Definition bei allen Erhebungen
- ▶ Vereinheitlichung der Begriffsverwendung zwischen datenverwaltenden Institutionen
- ▶ Weiterführung bisher verwendeter Definitionen, allerdings unter klar abgegrenzter Begrifflichkeit
- ▶ Auch bei anderen Merkmalen penibel auf Definitionen prüfen, z.B. bei SGB-II-Daten (Personen nach SGB II, erwerbsfähige Hilfsbedürftige nach SGB II, Arbeitslose nach SGB II)
- ▶ Daten kritisch auf Grundgesamtheit und Repräsentativität hin überprüfen

Ausreichende Differenzierung der betrachteten Faktoren

- ▶ Migrationshintergrund (bspw. Nicht-Deutsche, Deutsche mit Migrationshintergrund, Deutsche ohne Migrationshintergrund)

- ▶ Herkunft der Eltern / Zusammensetzung des Haushalts (beide deutsch, gemischt, beide nicht-deutsch)
- ▶ Räumliche Differenzierung (Sozialzentren sind zu großflächig, mindestens Stadtteile)

Zusätzliche Einflussfaktoren (Determinanten) berücksichtigen und kontrollieren

- ▶ Geschlecht
- ▶ Herkunftsgebiet
- ▶ Alter
- ▶ Bildungsstand
- ▶ Einkommen / Berufsposition
- ▶ Art der Erwerbstätigkeit
- ▶ Soziale Herkunft (bei Kindern)
- ▶ Sprachkompetenz

Datenerhebung

- ▶ Wiederaufnahme / Erweiterung der Bürgerbefragungen zur Aufnahme von Stimmungen und Feststellung von Sachverhalten, zu denen nur über freiwillige Selbstauskunft Daten gewonnen werden können
- ▶ Anpassung / maßvolle Erweiterung der laufenden Datenerhebungen, vereinzelt Erhebung weiterer Daten anstoßen (s. Kapitel 5.3)
- ▶ Verantwortungsvolle und präzise Erhebung von Migrationshintergrund gewährleisten (keine allgemeine Selbstauskunft über Migrationshintergrund, sondern Einzelkriterien abfragen; keine Auskünfte akzeptieren, die auf Einschätzungen auf Basis von Namen, Sprache, Aussehen oder gutem Glauben beruhen)
- ▶ Zusammenstellung vorhandener Daten fortführen, im Rahmen dieser Arbeit wurden sicherlich nicht alle vorhandenen Daten entdeckt
- ▶ Bei der Anpassung der Datenerhebungen in den erhebenden Institutionen auf vorhandene Ressourcen, Sinnhaftigkeit und Maßhaltigkeit der Anpassungen achten. Veränderungen professionell begleiten lassen, umsetzende Mitarbeiter/-innen

Allgemeine Voraussetzungen und Empfehlungen für eine zukünftige Berichterstattung

müssen umfassend über Sinn und Zweck der Änderungen informiert werden, Umstellungsprozesse müssen u.U. angeleitet und ggf. betreut werden.

Siehe unter 5.1 ausführlich a) mit den Sozialraumdaten, b) Integration in ein „Vielfaltsmonitoring“ oder „Diversitymonitoring“.

Zukünftige Fortführung und Berichterstattung

- ▶ Ausreichende Bereitstellung von Ressourcen zur zukünftigen Erstellung des Integrationsmonitorings: Große Teile des vorhandenen Datenmaterials enthält die Indikatoren nicht in seiner Grundform, es sind Datentransformationen, Tabellenkonstruktionen und komplexere Auswertungen nötig. Entsprechend bedarf es Mitarbeiter/-innen mit ausreichenden Kompetenzen in Statistik und dem Themenfeld, auch bzgl. der Komplexität der Bezüge und Zusammenhänge. Die Verwendung von SPSS o.ä. für die Datenpflege und -analyse wird zusätzlich zu Excel empfohlen.
- ▶ Möglichst keine unkritische Vermischung von Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit, die Grundgesamtheiten sind klar zu trennen. Allerdings entsprechend differenzierte Analyse.
- ▶ Verantwortungsvoller Umgang (nicht kontrollierte Zusammenhänge benennen, möglichst umfassende Kontrolle und Differenzierung, Vorbeugung gegen populistischen Missbrauch durch offene, kompetente, vollständige Berichterstattung)
- ▶ Keine Vermischung von Integrationsbericht und Monitoring vornehmen. Letzteres ist rein quantitativ ausgelegt und mittel- bis langfristig orientiert; Zahlen aus Projektvaluationen oder gar Projektbeschreibungen gehören ebenso wenig in ein Monitoring, wie Bewertungen, die positive Trends als Resultat konkreter politischer Maßnahmen darstellen etc. Derartiges ist auf Basis des Monitorings außerhalb desselben zu leisten.
- ▶ Datenpflege jährlich, Berichterstattung ressourcenabhängig auch zwei- bis vierjährlich möglich.
- ▶ Prüfung der Zusammenlegung mit anderen Datenberichten

5.2 Empfehlungen bezüglich der Tauglichkeit der Datengrundlagen

Im Folgenden werden, geordnet nach den erarbeiteten Themenfeldern, die bisher identifizierten und geprüften Datensätze benannt, charakterisiert und in ihren wesentlichen Potenzialen wie Defiziten vorgestellt, die Auskunft über die Bevölkerung der Landeshauptstadt Kiel geben und eine Differenzierung nach Migrationshintergrund zulassen. Da die Datensituation im Hinblick auf Migrationshintergrund jedoch noch überaus dürftig ist, wurden in die Betrachtung auch solche Daten einbezogen, die eine Differenzierung lediglich nach Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund indizierenden Merkmalen zulässt. Es ist an dieser Stelle deutlich darauf hinzuweisen, dass dieser Umstand ausschließlich der defizitären Datensituation geschuldet ist und in keiner Weise Vorbildcharakter haben darf. Vielmehr ist darauf hinzuwirken, dass zunehmend Datensätze entstehen, die eine einheitliche und ausreichend differenzierte Betrachtung von Migrationshintergrund ermöglichen, während die Heranziehung von Datensätzen, die diese Möglichkeit nicht bilden zunehmend unterlassen werden sollte. Die Gefahr unpräziser und unzulässiger Vermischungen und Verallgemeinerungen ist bei einer dauerhaften Nutzung in ihrer Grundgesamtheit differierender Datensätze größer, als der aus entsprechenden Betrachtungen resultierende Nutzen. Entsprechend sollte der hier noch sehr großzügig angelegte Raum dessen, was noch als verwendbar oder zulässig interpretiert wird, mit steigender Qualität der Datengrundlage auch durch strengere Richtlinien und Aufnahmekriterien ersetzt werden.

Empfehlungen bezüglich der Tauglichkeit der Datengrundlagen

	Daten	Art	Variable	mögliche Differenzierung	
Demographie und Raum	Bevölkerungsdaten	Individualdaten	Migrationshintergrund	Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund differenziert	
				Bezugsgebiet	
				Geschlecht	
				Alter (aus Geburtsdatum)	
				Wohnort	
				Bezugsland	
				Geburtsland / -gebiet	
				Zuzugsjahr nach KI / D	
		Zahl der Einbürgerungen	Gesamtzahl	Einbürgerungen	
Arbeitsmarkt und Transfer-einkommen	Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort	aggregiert	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	Staatsangehörigkeit	
				Wohnort	
	Daten zu Arbeitslosen nach SGB II	aggregiert	Arbeitslose nach SGB II	Staatsangehörigkeit	
				Wohnort	
	Daten zu Personen / Bezugsgemeinschaften nach SGB II	Individualdaten	Personen nach SGB II	Staatsangehörigkeit	
				Wohnort	
				Geschlecht	
				Alter	
				Familienstand	
				Rolle in Bezugsgemeinschaft	
				Höchster Schulabschluss	
				Status bei der Arbeitsvermittlung	
				Dauer der Arbeitslosigkeit	
				Erwerbsfähigkeit	
				Parallelbezug / Aufstocker	
				Bezugsgemeinschaft	
				Haushaltstyp	
		Daten zu Personen nach SGB II	aggregiert	Personen nach SGB II	Staatsangehörigkeit
					Wohnort
					Geschlecht
				Alter	
	Daten zu Arbeitslosen nach SGB III	aggregiert	Arbeitslose nach SGB III	Staatsangehörigkeit	
				Wohnort	

Empfehlungen bezüglich der Tauglichkeit der Datengrundlagen

Items	Problematik	Bewertung	Quelle
	Wegfall des Migrationshintergrunds über Eltern mit Volljährigkeit	Verwendbar, bestmögliche Differenzierung von Migrationshintergrund	Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen (Abteilung 05.3 – Statistik)
Großgebiete (Osteuropa und ehem. GUS, arabische Staaten etc.)	Einteilung der Gebiete müsste bspw. mittels Faktorenanalyse auf Sinnhaftigkeit überprüft werden, andere Aufteilung als Daten der Schuleingangs-untersuchungen	von den verfügbaren Alternativen die beste	
		verwendbar	
metrisch		verwendbar	
stat. Bezirk, Stadtteil, Sozialzentrum		verwendbar	
Staaten	teils Doppelbelegung (z.B. Sowjetunion, Russland, Ukraine)	wegen Doppelbelegung in relevanten Gruppen nicht empfehlenswert	
Staaten / Großgebiete	viele Missings	nicht empfehlenswert	
	bei Kiel kein Herkunftsort, bei Deutschland viele Missings	nicht empfehlenswert	
			Bürger- und Ordnungsamt
deutsch, nicht-deutsch	kein Migrationshintergrund	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar	Bundesagentur für Arbeit
stat. Bezirk, Stadtteil, Sozialzentrum		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
deutsch, nicht-deutsch	kein Migrationshintergrund	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar	Bundesagentur für Arbeit
stat. Bezirk, Stadtteil, Sozialzentrum		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
nach Land, Auswertung nach deutsch - nicht-deutsch möglich	kein Migrationshintergrund	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar	Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen (Abteilung 05.3 – Statistik)
stat. Bezirk, Stadtteil, Sozialzentrum		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
metrisch		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
BG-Vorstand, Partner, Kinder diff.		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
	viele Missings	verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
arbeitslos, nicht-arbeitslos arbeitssuchend, ratsuchend u.a.		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt, notwendig für Identifikation der Gruppe Arbeitslose nach SGB II in dem Datensatz	
metrisch		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt, quantitativ wenig Relevanz	
		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt, quantitativ wenig Relevanz	
durch 1-Kodierung des BG-Vorstands Anzahl der Bezugsgemeinschaften feststellbar		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
deutsch, gemischt, nicht-deutsch	„gemischt“ auch durch deutsches Kind erfüllt, wenn beide Eltern nicht-deutsch (im Ggs. zu Schuleingangs-untersuchung)	verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
deutsch, nicht-deutsch	kein Migrationshintergrund	bessere Datengrundlage vorhanden (s.o.), nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar, Differenzierung nur für erwerbsfähige Hilfebedürftige möglich	Bundesagentur für Arbeit
stat. Bezirk, Stadtteil, Sozialzentrum		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
dichotom bei 25 Jahren		wenig differenziert	
deutsch, nicht-deutsch	kein Migrationshintergrund	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar, geringe quantitative Relevanz, wenig Aussagekraft	Bundesagentur für Arbeit
stat. Bezirk, Stadtteil, Sozialzentrum		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	

Empfehlungen bezüglich der Tauglichkeit der Datengrundlagen



	Daten	Art	Variable	mögliche Differenzierung
Bildung und Sprachkompetenz	Daten zu Schülern und Schülerinnen	aggregiert	Nicht-deutsche SchülerInnen	Staatsangehörigkeit
				Schulen / Schulformen
	Daten zu Schülern und Schülerinnen	aggregiert	SchülerInnen mit Migrations-hintergrund	Migrations-hintergrund
				Schulen / Schulformen
				Sprachförderbedarf i. Deutsch
	Daten zu Schulabgängen	aggregiert	Schulabgänge eines Jahrgangs	Staatsangehörigkeit
				Erreichter Schulabschluss
	Daten zu Schulabgängen	aggregiert	Schulabgänge eines Jahrgangs	Migrationshintergrund
				Erreichter Schulabschluss
				Weiterer Verbleib
				Geschlecht
	Daten der Schuleingangs-untersuchungen	Individualdaten	Familiensituation der SchülerInnen	Herkunftsgebiet der Eltern
				Haushaltstyp
				Erziehungssituation
				Bildungsstatus der Eltern
				Vorwiegend verwendete Sprache
	Daten zu Kindern in Kinderbetreuungs-einrichtungen der Stadt	aggregiert	Kinder in Kinderbetreuungs-einrichtungen der Stadt	Vorwiegend verwendete Sprache
Gesundheit und Vorsorge	Daten der Schuleingangs-untersuchungen	Individualdaten	Teilnahme an den U-Untersuchungen	Herkunftsgebiet der Eltern
				Haushaltstyp
				Einzelne U-Untersuchungen
				Vorwiegend verwendete Sprache
				Bildungsstatus der Eltern
gesellschaftliche Partizipation	keine Daten vorhanden			
interkulturelle Öffnung	keine Daten vorhanden			

Empfehlungen bezüglich der Tauglichkeit der Datengrundlagen

Items	Problematik	Bewertung	Quelle
deutsch, nicht-deutsch	kein Migrationshintergrund, Grundgesamtheit nach Schulort, auch Nicht-KielerInnen enthalten	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar	Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen (Schulen)
	zu anderer Statistik abweichende Zuordnung von Schulen zu Schulformen (insb. Real-, Regional- und Gemeinschaftsschulen)	bedingt verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
dichotom	Migrationshintergrund nicht weiter differenziert, unklare Definition, Grundgesamtheit nach Schulort, auch Nicht-KielerInnen enthalten	bedingt verwendbar	Datensätze der Schulen aus der Schulstatistik über das Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen (Schulen)
	zu anderer Statistik abweichende Zuordnung von Schulen zu Schulformen (insb. Real-, Regional- und Gemeinschaftsschulen)	bedingt verwendbar	
ja, nein		bedingt verwendbar	
	kein Migrationshintergrund, Grundgesamtheit nach Schulort, auch Nicht-KielerInnen enthalten	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar	Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen (Schulen)
		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
dichotom	Migrationshintergrund nicht weiter differenziert, keine Gymnasien enthalten, Grundgesamtheit nach Schulort, auch Nicht-KielerInnen enthalten	verwendbar	Schulamts der LHS Kiel bzw. RÜM
bis max. Realschule	keine Gymnasien, entsprechend keine (Fach-)Hochschulreife enthalten	verwendbar mit benannten Einschränkungen	
Ausbildung (diff.), weiterführende Schulen (diff.) u.a.	keine Gymnasien, entsprechend kein Übergang zu Hochschulen enthalten, naturgemäß hoher Anteil von noch nicht feststehendem Verbleib	verwendbar mit benannten Einschränkungen	
		verwendbar	
nach Großgebieten, für Mutter und Vater	Indiziert Migrationshintergrund unzureichend, Einteilung der Gebiete müsste bspw. mittels Faktorenanalyse auf Sinnhaftigkeit überprüft werden, andere Aufteilung als Demographiedaten, Grundgesamtheit nach Schulort, auch Nicht-KielerInnen enthalten	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar	Gesundheitsamt
deutsch, gemischt, nicht-deutsch	gemischt nur bzgl. Eltern (im Ggs. zu Personen nach SGB II)	verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
beide Elternteile, allein-erziehend, Elternteil mit Partner u.a.		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
für Mutter und Vater		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
Deutsch, zweisprachig, nicht-deutsche Elternsprache	unklare Abgrenzung von „zweisprachig“, Verzerrung durch Begriffspopularität und soziale Erwünschtheit wahrscheinlich	unter Ausschluss von zweisprachig bedingt verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
Deutsch, zweisprachig, nicht-deutsche Elternsprache	unzureichende Indikation von Migrationshintergrund	wegen unpräziser Grundgesamtheit nicht verwendbar	Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen (Kindereinrichtungen)
nach Großgebieten, für Mutter und Vater	Indiziert Migrationshintergrund unzureichend, Einteilung der Gebiete müsste bspw. mittels Faktorenanalyse auf Sinnhaftigkeit überprüft werden, andere Aufteilung als Demographiedaten, Grundgesamtheit nach Schulort, auch Nicht-KielerInnen enthalten	nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar, Grundgesamtheit nach Schulort, auch Nicht-KielerInnen enthalten	Gesundheitsamt
deutsch, gemischt, nicht-deutsch	gemischt nur bzgl. Eltern (im Ggs. zu Personen nach SGB II)	verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
Vorlage des Nachweises, U1 bis U9		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
Deutsch, zweisprachig, nicht-deutsche Elternsprache	unklare Abgrenzung von „zweisprachig“, Verzerrung durch Begriffspopularität und soziale Erwünschtheit wahrscheinlich	unter Ausschluss von zweisprachig bedingt verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	
für Mutter und Vater		verwendbar, aber Hauptkriterium nicht erfüllt	

Empfehlung: Konkrete Indikatoren für ein diversitätsorientiertes Integrationsmonitoring

5.3 Empfehlung: Konkrete Indikatoren für ein diversitätsorientiertes Integrationsmonitoring

Die folgende Übersicht dient dazu, auf einen Blick zu erfassen, welche Indikatoren u.E. übernommen werden sollten. In 5.2 wurden die Daten, die im Rahmen des Projektes analysiert und auf ihre Eignung zur Ableitung von Indikatoren geprüft wurden, sehr detailliert dargestellt. In der folgenden Übersicht kann daher auf umständliche methodische Erläuterungen verzichtet werden.

Aufgeführt sind Indikatoren nur dann, wenn sie methodisch und inhaltlich für gewinnbringend und vertretbar gehalten werden. Indikatoren, die wir wegen der in den Kapiteln beschriebenen Gründen ablehnen, finden sich im Folgenden nicht. Stattdessen werden hier aber

nun auch wünschenswerte Indikatoren angeführt, für die bisher keine Daten vorliegen, die wir aber für unverzichtbar halten.

Bei einer solchen Entscheidung ist immer abzuwägen zwischen der Machbarkeit (schließlich geht es nicht darum, umfangreiche Forschungsprojekte zu entwerfen) einerseits und der Wünschbarkeit andererseits. Ein Monitoring soll, wie am Anfang des Berichtes dargestellt und begründet, Indikatoren so aufweisen, dass die Datenerfassung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung machbar ist.

Hingewiesen sei schließlich auch darauf, dass der Bereich Gesundheit, Alter, Pflege sowie Gesellschaftliche Partizipation in anderen kommunalen Monitorings nicht oder kaum vorkommt.

Demographie und Raum

Indikator	Kommentar/Bewertung	Status
Bevölkerungsdaten: Anteil der Bevölkerung mit Migr.hintergrund (nach einzelnen Kriterien), sozialräumlich und differenziert nach Alter, Geschlecht, Bezugsgebieten und Wohnort	Verwendbar	Vorhanden (Einschränkung s. detaillierte Übersicht)
Zahl der Einbürgerungen	Nur als Gesamtzahl abrufbar	Wünschenswert wäre: Anteil Einbürgerungen an Personen mit Einbürgerungsanspruch (Befragung)
Haushaltstypus und Familienstand		Nicht vorhanden, wünschenswert, im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung machbar
Sozio-ökonomischer Status	Mind. Variablen Einkommen, Bildungsabschluss	Nicht vorhanden, wünschenswert, im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung machbar
Wohnungsmarkt Wohnungsgrößen/ Quoten Wohnungs- und Hauseigentümer		Nicht vorhanden, wünschenswert, im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung machbar

Arbeitsmarkt und Transfereinkommen

Indikator	Kommentar/ Bewertung	Status
Grad der Erwerbstätigkeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Erwerbslose, Bezieher/innen von Transfereinkommen nach Regelkreis SGB II nach Wohnort, Geschlecht, Schulabschluss	Aussagen nur für Gruppe der Ausländer/-innen möglich (evtl. Änderungen durch Verordnung des BMAS?)	Auf diese Gruppe beschränkt vorhanden und sinnvoll
Jugendarbeitslosigkeit differenziert nach Migrationshintergrund und Geschlecht (Anteil der unter 25 Jährigen an ausl. Arbeitslosen im Vergleich Nicht-ausländisch)	Bisher nur über Staatsangehörigkeit erfasst	Vorhanden, regelmäßig anführen
Anteil Personen mit Migrationshintergrund an geringfügiger Beschäftigung		Nicht vorhanden, wünschenswert
Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an Gewerbetreibenden, freien Berufen, im öffentlichen Dienst	Würde den Blick auf Vielfalt als Resource verstärken	Nicht vorhanden, wünschenswert

Empfehlung: Konkrete Indikatoren für ein diversitätsorientiertes Integrationsmonitoring

Erziehung, Bildung, Ausbildung

Indikator	Kommentar/ Bewertung	Status
Anteil Kinder mit Migrationshintergrund in Kinderbetreuung 0-3 Jährige		Nicht vorhanden, wünschenswert
Anteil Kinder mit Migrationshintergrund in Kinderbetreuung 3-6 Jährige (Stadt / Träger der freien Wohlfahrtspflege/ privat)		Nicht vorhanden, wünschenswert
Identifizierung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit niedrigem/ durchschnittlichem / hohem Migrantenanteil	(Vorbild Berechnungen zu Schulen, s. Kap. 4.3). Im Sinne einer interkulturellen Öffnung sollten über- und unterdurchschnittliche Belegungen vermieden werden.	Nicht vorhanden, wünschenswert
Beschäftigte (Erzieher/innen, ZDL, Soz. arb./Dipl.päd.) in Kinderbetreuungseinrichtungen nach Migrationshintergrund, Geschlecht, Alter	Würde gezielte Planung einer interkulturellen Öffnung erlauben	Nicht vorhanden, könnte im Rahmen einer Befragung erhoben werden
Schulabgänger/innen eines Jahrgangs mit/ohne Migrationshintergrund	Verwendbar, aber endet mit Real-schulabschluss	Vorhanden*
Verbleib der Schulabgänger/innen mit/ ohne Migrationshintergrund	Verwendbar, aber endet mit Real-schulabschluss	Vorhanden*
Übergang Grundschule in weiterführende Schulen (Schüler/innen mit Migrationshintergrund)	Vorhanden sind weder Differenzierungen nach Staatsangehörigkeit noch nach Migrationshintergrund	Wünschenswert
Schulbildung der Eltern nach Herkunft	Eingeschränkt vorhanden (erfasst über Schuleingangsuntersuchungen)	Trotz Einschränkungen empfohlen
Schulabgänger/innen eines Jahrgangs der Gymnasien		Nicht vorhanden, wünschenswert
Segregation der Schulen (nach Migrationshintergrund)	Verwendbar	Vorhanden
Personen mit Migrationshintergrund in Ausbildung		Wünschenswert, bei den Kammern zu erfragen (Meldepflicht), bisher nur über Staatsangehörigkeit erfasst
Anträge / Anerkennungen / Ablehnungen ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse insgesamt für die Kieler Bevölkerung	Daten der anerkennenden Landesinstitutionen müssten zusammengefasst werden	Wünschenswert
Sprachkompetenz Kinder	In Schuleingangsuntersuchungen erhoben (nur eingeschränkt verwendbar)	Erfassung verbesserungswürdig
Sprachkompetenz Erwachsener	Nur über Selbstauskunft und Selbsteinschätzung zu erfassen	Nicht vorhanden, wünschenswert; Bürgerbefragung
Anteil Studierende mit Migrationshintergrund an Hochschulen Kiels	Bisher an Hochschulen nur Merkmal „Ausländer/-innen“ erfasst	Anfordern

* Lt. Auskunft Übergangsmanagement

Empfehlung: Konkrete Indikatoren für ein diversitätsorientiertes Integrationsmonitoring

Gesundheit und Vorsorge

Indikator	Kommentar/ Bewertung	Status
U-Untersuchungen differenziert nach Herkunftsgebieten		Vorhanden
Gesundheitszustand: Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte, Teilnahme an relevanten Vorsorgeun- tersuchungen nach Bildungsabschluss	Daten liegen bei Krankenkassen vor; jedoch wegen Datenschutz nicht verwendbar	Nicht vorhanden, könnte im Rahmen einer Befragung erhoben werden
Subjektives Wohlbefinden		Nicht vorhanden, könnte im Rahmen einer Befragung erhoben werden
Anteil der über 65-Jährigen nach Her- kunftsgebiet, Geschlecht und/oder Greying Index	Sinnvoll in Hinblick auf Planungen zur kul- tursensiblen Pflege	Vorhanden
Vorstellungen zur Gestaltung des Alters	Sinnvoll in Hinblick auf Planungen zur kul- tursensiblen Pflege	
Anteil Pflegekräfte/sonst. Fachkräfte mit Migrationshintergrund in Pflege- und Senioreneinrichtungen diff. nach Geschlecht (Stadt / Träger der freien Wohlfahrtspflege/ privat)	Nicht vorhanden	Wünschenswert, im Falle von städt. Förderung sollten Angaben im Rah- men möglicher Zuwendungsbeschei- de als Voraussetzung für Zuwendung eingefordert werden

Gesellschaftliche Partizipation

Indikator	Kommentar/ Bewertung	Status
Anteil der Vertretungen mit Migrationshintergrund in politischen Ämtern (Ratsmitglieder, Sachkundige Bürger/-innen, Ortbeiräte), nach Geschlecht		Sollte regelmäßig in Bericht aufgeführt werden; kann zusammen gestellt werden
Mitgliedschaften in Vereinen (v.a. Sportvereine; Kleingärtner/-innen)		Wünschenswert. Sollte abgefragt werden, u.U. Angaben im Rahmen möglicher Zuwendungsbeschei- de als Voraussetzung für Zuwendung ein- fordern

Interkulturelle Öffnung von Gesellschaft und Kommune

Indikator	Kommentar/ Bewertung	Status
Zusammensetzung des städtischen Per- sonals nach Migrationshintergrund, Ge- schlecht, Alter, Behinderung	Schritt zu Diversity Management	Vorhanden nur Geschlecht, Behinde- rung. Übrige im Rahmen einer Befra- gung zu erheben
Dgl. differenziert nach Gehaltsgruppen	Schritt zu Diversity Management	Im Rahmen einer Befragung zu erheben
Dgl. für die Bewerbungen + Auszubil- denden	Dgl.	Formulare um Fragen im Rahmen einer freiwilligen Selbstauskunft erweitern
Bi-Nationale / Bi-Kulturelle Ehen in der Bevölkerung		Eheschließungsstatistik (erfasst nur Staatsangehörigkeit)
Offenheit der Bevölkerung; Bewertungen multikulturellen Zusammenlebens	Vorhandene Stichprobenbefragun- gen bundesweit zu geringe Stichprobe; meist Einstellungen erhoben	Nicht vorhanden, Befragung im Kontext einer Bürger/-in- nenbefragung wünschenswert
Diskriminierungserfahrungen	v.a. in Hinblick auf Wohnraum (Vermie- tung, Verkauf) relevant	Nicht vorhanden, Befragung im Kontext einer Bürger/-in- nenbefragung zu überlegen
Zufriedenheit in der Stadt/ Attraktivität der Stadt für verschiedene Gruppen: In Hinblick auf interkulturelle Offenheit; Ge- schlechtergerechtigkeit; Barrierefreiheit		Wünschenswert, Befragung im Kontext einer Bürger/-in- nenbefragung; Erweiterung bereits vor- handener Befragungen möglich?

6. Literatur

Bemerkung: Da es zu Fragen der Migration/Integration und Diversity/Vielfalt eine Vielzahl von Literatur gibt, wird hier nur die unmittelbar zitierte angeführt.

3. Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren (IntMK)(2010). Ergebnisse der Pilotstudie Indikatorenentwicklung und Monitoring 2005 – 2008 für die Länder Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg. Berlin.
- Baraulina, Tatjana (2007). Integration und interkulturelle Konzepte in Kommunen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 22-23/2007, S. 26-32.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2008). Indikatorenset für ein bundesweites Integrationsmonitoring. Berlin.
- Bommes, Michael (2007). Integration - gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22-23/2007, S. 3-5.
- Bühlmann, Jacqueline, Paul Röthlisberger, Beat Schmid (Hrsg.)(1998). Monitoring Multicultural Societies. A Siena Group Report. Neuchatel.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BmFSFJ)(2008). Der Mikrozensus im Schnittpunkt von Geschlecht und Migration. Möglichkeiten und Grenzen einer sekundär-analytischen Auswertung des Mikrozensus 2005. Baden-Baden.
- Diefenbach, Heike/Weiß, Anja (2006). Menschen mit Migrationshintergrund. Datenerfassung in der Integrationsberichterstattung. Gutachten im Auftrag der Stelle für Interkulturelle Arbeit und des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Saarbrücken. München: www.muenchen.de/interkult.
- Filsinger, Dieter (2008). Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)/Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) (2009). Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin.
- KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.) (2008). Interkulturelle Öffnung. Köln.
- KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.) (2006). Integrationsmonitoring. Materialie 2/2006. Köln.
- Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein. Juni 2002.
- Kuhlmann, Sabine, Jörg Bogumil, Hellmut Wollmann (Hrsg.)(2004). Leistungsmessung und –vergleich in Politik und Verwaltung. Wiesbaden.
- Kuhnke, Ralf (2006). Indikatoren zur Erfassung des Migrationshintergrundes. Arbeitsbericht im Rahmen der Dokumentationsreihe: Methodische Erträge aus dem „DJI-Übergangspanel“. Arbeitspapier 2/2006 des Forschungsschwerpunkts Übergänge in Arbeit. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Landeshauptstadt Kiel (2007). Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Kiel.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2004a): Wiesbadener Monitoringsystem zur Ausländerintegration. Bericht. Wiesbaden: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung.
- Ohliger, Rainer (2007). Zuwandererintegration und –monitoring in Deutschland: Ergebnisse im Rahmen eines Projekts. In: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hrsg.): Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen. Berlin , 18–28.
- Ohliger, Rainer (2009). Integration und Vielfalt messen: Konzept für ein Frankfurter Monitoring. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt am Main.
- Pröhl, Marga (2006). Bedeutung der Strategischen Steuerung. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Strategische Steuerung. Dokumentation eines Expertendialoges im Rahmen der Projektinitiative „Staat der Zukunft“. Gütersloh.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2009). Sachver-

Literatur

ständigenrat begrüßt ‚Integrationsindikatorenbericht‘ der Bundesregierung. Presseinformation (Langfassung). Berlin.

Schulte, Axel (2002). Integrations- und Antidiskriminierungspolitik in Einwanderungsgesellschaften: Zwischen Ideal und Wirklichkeit der Demokratie. Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration, Bonn/Bad Godesberg.

Siegert, Michael (2006): Integrationsmonitoring – State of the Art in internationaler Perspektive. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Nürnberg. Überarbeitete Fassung vom 23.6.06. Bamberg: Europäisches Forum für Migrationsstudien Bamberg (www.efms.de).

Söhn, Janina/Özcan, Veysel (2005). Bildungsdaten und Migrationshintergrund: Eine Bilanz. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.). Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Bildungsreform Band 14. Bonn/Berlin: BMBF, S. 117–128.

Tebbe, Günter (2004). Arbeiten mit Kennzahlen: Anwendungserfahrungen aus den Projekten kik und Kompass der Bertelsmann Stiftung. In: Kuhlmann, Sabine. Leistungsmessung und –vergleich in Politik und Verwaltung. Wiesbaden, S. 138-147.

Treibel, Annette (2008). Migration. In: Handbuch Soziologie. Hrsg. von Baur, Nina et al.. Wiesbaden, S. 295-317.

Herausgeberin

Landeshauptstadt Kiel
Amt für Familie und Soziales
Referat für Migration
Stephan-Heinzel-Straße 2
24116 Kiel

Ansprechpartnerin:

Birgit Lawrenz

Tel.: 0431/901-2433

E-Mail: birgit.lawrenz@kiel.de

Text:

Prof. Dr. Uta Klein und Fabian Rebitzer, M.A.

Institut für Sozialwissenschaften

Gender Research Group

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Satz: Holtenauer Verlag Kiel

Umschlaggestaltung: Landeshauptstadt Kiel

Druck: druckpunkt eckernförde

Auflage: 100 Stück, April 2011

